



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Das Verhalten der deutschen Führung in der Julikrise
1914 - Risikostrategie oder gewollter Krieg in Europa?“

Verfasser

Michael Müller

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie

Wien, im Juni 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 192 313 884

Studienrichtung lt. Studienblatt:

LA Geschichte und Sozialkunde (Stzw)

UF Informatik und Informatikmanagement

Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Alfred Kohler

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
<i>Imperiumsdefinition laut Münkler</i>	3
<i>Das deutsche Kaiserreich als Imperium?</i>	5
Quellenproblematik und aktueller Forschungsstand	10
Machtstrukturen	26
<i>Woraus setzt sich die deutsche Führung zusammen?</i>	26
<i>Wer konnte Mobilmachung und Krieg erklären?</i>	26
<i>Wer erstellte die Kriegs- und Mobilmachungspläne?</i>	31
<i>Wer war verantwortlich für die Außenpolitik?</i>	34
<i>Wer war verantwortlich für die Koordination zwischen den einzelnen Institutionen?</i>	36
Deutsche Imperiumsaspirationen von 1871 bis 1914 - vom Aufkommen der Risikostrategie und dem Verlangen nach einem Präventivkrieg	38
<i>Entwicklung von 1871 bis 1890 Von der halbhegemonialen Stellung in Europa hin zur deutschen „Saturiertheit“</i>	43
<i>Entwicklung von 1890 bis 1908 „Weltpolitik und kein Krieg“ - das persönliche Regiment und die daraus folgende Inkonsequenz der deutschen Außenpolitik</i>	50
<i>Entwicklung von 1908 bis 1914 Das Kaiserreich in der Defensive - der Präventivkriegsgedanke als vermeintlich letzte Möglichkeit zur Imperiumsgründung</i>	65
Julikrise	75
<i>Ausgangssituation im Mai 1914</i>	75
<i>28. Juni bis 4. Juli - Attentat, aber noch keine Krise</i>	79
<i>5. bis 6. Juli - Mission Hoyos und deutscher Blankoscheck</i>	81
<i>6. Juli bis 21. Juli 1914 - Risikostrategie und deutsche Inaktivität</i>	84
<i>21. Juli bis 23. Juli 1914 - Die Risikostrategie droht zu scheitern</i>	86
<i>23. Juli bis 26. Juli - Die Risikostrategie ist gescheitert</i>	87
<i>27. Juli bis 29. Juli - Der sich abzeichnende europäische Krieg</i>	89
<i>30. Juli bis 1. August - Der europäische Krieg. Gewollt oder nicht mehr aufzuhalten?</i>	92
Quantifizierung, Ausblick und Schlussbemerkung	96
Bibliographie	101
Anhang A - Abstract	105
Anhang B - Lebenslauf	107

Einleitung

Den Ausgangspunkt für diese Arbeit bildete ein Seminar bei Prof. Kohler über die Imperiumstheorie des deutschen Politikwissenschaftlers Herfried Münkler. In seinem Buch *„Imperien – Die Logik der Weltherrschaft“*¹ untersucht Münkler die machtpolitischen Ursachen für den kontinuierlichen Auf- und Abstieg von imperialen Strukturen in der Weltgeschichte. Was sind die Voraussetzungen zur Gründung eines Imperiums, was führt schließlich wieder zu seinem Verfall? Warum existieren einige Imperien länger als andere, was sind die inneren Handlungszwänge denen sie unterliegen? Welche Kräfte sind schließlich für das Wachstum eines Imperiums maßgeblich?

Mit all diesen Fragen hat Münkler sich in seinem Buch beschäftigt, und somit folglich auch wir uns in unserem Seminar. Obwohl ich dorten zwar im Speziellen das Römische Imperium und nicht das Deutsche Reich auf Münklers Thesen hin untersucht habe, war doch bereits damals ein reges Interesse meinerseits an der Julikrise vorhanden. Im Laufe des Seminars habe ich mich dann gefragt, ob und wie sich dieser Wendepunkt in der deutschen und europäischen Geschichte in die Münklersche Imperiumstheorie einordnen lässt. Hat Deutschland im Juli 1914 den bewussten Versuch einer Imperiumsgründung auf militärischer Basis unternommen oder nicht? War die Zielsetzung vor Ausbruch des Krieges defensiv (also „lediglich“ die lokale Risikostrategie gegen Serbien), oder offensiv (also der gewollte europäische Krieg zur Gründung eines deutschen Imperiums im Sinne Münklers)?

Imperiumsdefinition laut Münkler

Dazu muss man zunächst erwähnen, dass Münkler seiner Arbeit als Basis eine eigene Definition von Imperium zugrunde gelegt hat, mit welcher er sich wesentlich von den bisherigen Imperialismustheorien abgegrenzt. Ein Imperium ist laut Münkler zunächst eine Ordnungsstruktur, welche sich vom herkömmlichen Flächen- oder Nationalstaat deutlich unterscheidet. Zwar kann ein Imperium als zentralen Kern einen solchen Staat beinhalten, die imperialen Grenzen gehen aber dabei meist über diesen hinaus. Auch unterscheidet sich die Art der Grenzen. Während bei einem Flächenstaat klar definierte Grenzen vorhanden sind, ist dies bei Imperien nicht der Fall, dort sind die imperialen Ränder meist nur unscharf definiert

¹ Münkler, Herfried: Imperien, Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin 2005.

und halbdurchlässig, das bedeutet mehr Menschen wollen in den imperialen Raum hinein als hinaus, was Münkler auf die wirtschaftliche und kulturelle Attraktivität von imperialen Großräumen zurückführt. Sich im imperialen Einzugsbereich befindliche Staaten werden nicht als gleichberechtigt angesehen, eine Einmischung in innere Angelegenheiten ist jederzeit von Seiten des Imperiums möglich, nicht jedoch aus umgekehrter Richtung. Daher gibt es auch meist ein steiles Integrationsgefälle, das vom Zentrum zur imperialen Peripherie hin verläuft. Münkler unterscheidet in seiner Definition folglich auch wesentlich zwischen der bloßen Hegemonie und ihrer Steigerungsform, dem Imperium. In einem hegemonialen System gibt es zwar eine klar anerkannte Führungsmacht, die restlichen Staaten sind aber zumindest formal unabhängig und gleichberechtigt. In einem Imperium ist diese formale Gleichberechtigung hingegen nicht mehr gegeben, die anderen Staaten werden nicht mehr als gleichwertig angesehen.

Der wesentlichste Unterschied von Münklers Imperiumsdefinition im Vergleich mit den klassischen Imperialismustheorien ist die Ansicht, dass imperialen Gründungen meist keine „*grand strategy*“, also ein groß angelegter Plan von Mächtegruppierungen im späterem Zentrum zugrunde liegt, sondern dass die meisten Imperien durch Zufall oder durch Sogwirkung an den beginnenden imperialen Grenzen geschaffen wurden. Ein definitiver Wille zur Imperiumsgründung ist laut Münkler nicht vorhanden oder jedenfalls letztlich nicht ausschlaggebend.

Ein Imperium muss sich für sein Bestehen immer auch auf Machtquellen stützen können, welche Münkler in vier Sorten einteilt, die militärische, die ökonomische, die politische und die ideologische Macht. Für die, während der Julikrise entscheidende, Phase der Imperiumsgründung selbst sind hier vor allem die militärische und ökonomische Machtsorte ausschlaggebend, da sich die Frage nach dem tatsächlichen Kosten und Nutzen der Imperiumsgründung laut Münkler hier noch nicht stellt. Diese Frage taucht erst nachträglich auf, so dass für den längerfristigen Bestand eines Imperiums möglichst eine Balance zwischen allen vier aufgezählten Machtsorten angestrebt wird. Des Weiteren führt Münkler als bestimmende Kriterien für Imperialität die zeitliche Verweildauer und die räumliche Ausdehnung an. Ein Imperium muss mindestens einen Zyklus des Aufstiegs und Niederganges durchschritten haben. Die nötige zeitliche Verweildauer wird somit mit dem Kriterium der Regenerationsfähigkeit verknüpft, welche ein Imperium zumindest einmal während seines Bestehens eindeutig bewiesen haben muss. Das Kriterium der räumlichen

Ausdehnung ist zunächst einmal von der nötigen geographischen Ausdehnung gekennzeichnet. Als Anhaltspunkt hierfür nennt Münkler die österreichische Donaumonarchie, von der er auf Grund von zu geringem imperialem Machtgebiet nur als Großmacht, nicht jedoch als Imperium spricht. Räumliche Ausdehnung kann sich aber auch auf den informellen Teil eines Reiches beziehen, also die vor allem für Seeimperien maßgebliche Kontrolle über Waren- und Kapitalströme sowie Wirtschaftszentren und Flottenstützpunkte. Bezüglich der räumlichen Ausdehnung setzt Münkler des Weiteren in seiner Definition den Begriff Imperium mit dem Begriff Weltreich gleich, wobei „Welt“ für ihn diesbezüglich nicht deckungsgleich mit der Erdoberfläche ist. Welt ist für Münkler hier eine relative Größe, die neben geographischen auch von kulturellen und technologischen Faktoren bestimmt ist. Obwohl ein Imperium eigentlich einen Alleinherrschaftsanspruch in seiner Welt beansprucht, hat es so bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts immer auch zwei oder mehr gleichzeitig nebeneinander existierende Imperien auf der Erde geben können. Der Raum zwischen diesen einzelnen imperialen Welten ist aber, auf Grund von Handelsbeziehungen und technologischem Fortschritt, im Lauf der Geschichte immer weiter geschrumpft, sodass zu Beginn der Industriellen Revolution nur mehr Platz für zwei Imperien (Russland und Großbritannien) vorhanden war. Laut Münkler führte dies zu einem Verdrängungswettbewerb, indem die vorherrschenden Imperien neue Imperiumsaspiranten (im Fall der Julikrise das deutsche Kaiserreich) gemeinsam gar nicht erst aufkommen ließen. Den Höhepunkt dieser Entwicklung sieht Münkler dann in der Gegenwart, wo es nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion mit den USA nur mehr ein einziges (trans-) globales Imperium gibt.

Das deutsche Kaiserreich als Imperium?

Wie lässt sich nun das hier im Rahmen der Julikrise von 1914 behandelte Deutsche Kaiserreich in diese Imperiumstheorie einordnen? Folgt man den weiter oben von Münkler aufgestellten Kriterien, so stellt das 1871 neu gegründete Kaiserreich eigentlich kein vollwertiges Imperium dar. Die deutschen Kolonialgebiete reichten von Größe und Bedeutung hierfür nicht aus, und auch das Deutsche Reich selbst war flächenmäßig zu klein und hatte seine Kraft und Regenerationsfähigkeit seit seiner Gründung noch nicht bewiesen. Um als Imperium im Münklerschen Sinne zu gelten hätte das Kaiserreich daher an Eigenschaften zusätzlich mindestens einige mittelgroße Vasallenstaaten und die Vorherrschaft in Europa

aufweisen müssen. Diese Vorherrschaft hat das Reich aber nur in den ersten vier Jahren seines Bestehens (und auch hier nur teilweise) innegehabt, spätestens nach der „*Krieg in Sicht*“ – Krise von 1875 war es damit wieder vorbei, und das Deutsche Kaiserreich war fortan (auch im eigenen Verständnis) lediglich die stärkste europäische Großmacht.² Im besten Fall sprechen einige Historiker für die nächsten Jahrzehnte mit Rücksicht auf die militärisch und wirtschaftliche Dominanz Deutschlands noch von einer halb- hegemonialen Stellung innerhalb Europas,³ aber auch diese ist spätestens mit der endgültigen französisch- russischen Annäherung in den 1890er Jahren wieder verloren gegangen. 1914 ist es dann schließlich zum kriegerischen Aufeinandertreffen der verbündeten Mächte Frankreich, Russland und Großbritannien mit dem praktisch isolierten Deutschland gekommen, in dessen Verlauf Deutschland nach vier Jahren Krieg eindeutig unterlag und als Ergebnis für längere Zeit von der Weltpolitik ausgeschlossen wurde.

Was aber, wenn die Julikrise von 1914 nicht den Auftakt zum Untergang einer gescheiterten Großmacht bedeutet, sondern vielmehr den ersten großen Versuch des Deutschen (später Großdeutschen) Reiches der Gründung einer dauerhaften imperialen Stellung im Sinne Münklers darstellt? Kaiser Wilhelm II. selbst hatte schließlich bereits 1896 den Willen zum „*Weltreich*“ angekündigt, der deutsche Flottenbau sollte hierfür dem britischen Imperium Paroli bieten. Eine deutsche Hegemonie in Form der Weltpolitik wurde angestrebt. Auch in Europa selbst gab es immer wieder Versuche, die beiden verbliebenen gegnerischen Großmächte Russland und Frankreich voneinander zu trennen, und vor allem letzteres während der beiden Marokkokrisen von 1905 und 1911 in ein hegemoniales Vasallenverhältnis hineinzuzwingen.

² Nach der Reichsgründung von 1871 stieg Deutschland zur wirtschaftlich und militärisch stärksten Nation in Europa auf. Da die anderen Großmächte untereinander nicht verbündet waren und Frankreich von den Kriegsfolgen noch stark geschwächt war, hatte Deutschland in Europa de facto eine hegemoniale Stellung inne, und konnte zumindest theoretisch jeder anderen Großmacht auf dem Festland seinen Willen aufzwingen. Frankreich konnte sich aber trotz Besatzung und enormen Reparationszahlungen bis 1875 militärisch und wirtschaftlich wieder erstaunlich rasch erholen, sodass Bismarck nun kurzzeitig erneut zu einer Droh- und Einmischungspolitik überging, um Frankreich dauerhaft schwach zu halten. Als allerdings Deutschland schließlich Vorstufen zur Mobilisierung des Heeres beschloss und die regierungsnahen Zeitung „Die Post“ einen Artikel mit dem Titel „*Ist Krieg in Sicht?*“ veröffentlichte, kam es zu einer schweren diplomatischen Krise, in deren Verlauf sich Deutschland gegenüber Frankreich, Großbritannien und Russland erstmals isoliert sah. Bismarck musste zurückstecken, und mit dieser Grenzziehung durch die beiden bereits bestehenden Imperien war auch der vorher genossene Handlungsspielraum Deutschlands in Europa wesentlich eingeschränkt worden. Da Deutschland nun nicht mehr uneingeschränkt schwächeren europäischen Großmächten seinen Willen aufzwingen konnte, war die Phase der deutschen Hegemonie in Europa nach vier Jahren Dauer bereits wieder beendet. Siehe hierzu *Stürmer*, Michael: Die Reichsgründung, Deutscher Nationalstaat und europäisches Gleichgewicht im Zeitalter Bismarcks, Deutsche Geschichte der neuesten Zeit 4, München 1984, S. 98 – 100, sowie *Born*, Karl Erich: Von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg, Handbuch der deutschen Geschichte 16, München 1988, S. 102 – 104.

³ Siehe z.B. *Hillgruber*, Andreas: Die gescheiterte Großmacht, Eine Skizze des Deutschen Reiches 1871-1945, Düsseldorf 1980, S. 40.

Diese Versuche sind zwar gescheitert, aber bereits wenige Wochen nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurden von deutscher Seite aus Kriegsziele formuliert, welche im Wesentlichen auf die Gründung eines deutschen Imperiums in Europa hinausliefen. Im Septemberprogramm des deutschen Reichskanzlers Bethmann- Hollweg wurde bereits 1914 die Loslösung riesiger russischer Gebiet zugunsten Deutschlands angestrebt. Im Westen sollte Luxemburg annektiert und Belgien entweder zerschlagen oder gemeinsam mit Holland und Österreich als abhängiger „Schutzstaat“ quasi zum deutschen Vasallenstaat werden. Frankreich sollte entweder rohstoffreiche Gebiete abtreten müssen, oder durch ein Schutz- und Trutzbündnis als untergeordneter Staat in das neue deutsche imperiale System integriert werden.⁴

Damit wäre das Deutsche Kaiserreich die uneingeschränkte Vormacht in Europa geworden. Man hätte nicht nur die Hegemonie, sondern vielmehr gleich die imperiale Herrschaft im Sinne Münklers über große Teile Europas erobert. Der von Kaiser Wilhelm propagierte Traum vieler Deutscher vom imperialen Herrschaftsgebiet „*Mitteleuropa*“ oder seiner weiteren Steigerung den „*Vereinigten Staaten von Europa*“ wäre mit einem Schlag Wirklichkeit geworden.⁵ Folgerichtig wurde von Seiten der deutschen Führung am Septemberprogramm und an ähnlichen Kriegszielen auch fast während der gesamten Dauer des Krieges festgehalten, sogar noch als die Umstände eigentlich längst einen Verständigungsfrieden mit den Gegner gefordert hätten. Das es Deutschland mit diesen Zielen ernst war hat im März 1918 dann eindrucksvoll der Friede von Brest-Litowsk bewiesen. Zuerst hatte man die von deutscher Seite eigentlich verhasste bolschewistische Bewegung in Russland nach Kräften gefördert, um dann im Friedensvertrag mit Lenin das sich in Revolution befindliche Zarenreich anschließend de facto zu zerschlagen. Polen, Finnland, die

⁴ Fischer, Fritz: *Krieg der Illusionen, Die deutsche Politik von 1911 bis 1914*, Düsseldorf 1969, S. 752 – 774. Für eine allgemeine Abhandlung der deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg vgl. Fischer, Fritz: *Griff nach der Weltmacht, Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Nachdruck der Ausgabe 1967, Düsseldorf 2004. Anmerkung: Reichskanzler Theodor v. Bethmann Hollweg selbst war, als ursprünglicher Vertreter der defensiv eingestellten Risikostrategie, nach der verlorenen Marneschlacht in Frankreich zwar persönlich ein Anhänger eines Verständigungsfriedens geworden und distanzierte sich nun privat vehement vom Septemberprogramm und seinen Richtlinien, der politische Druck der Nationalisten war in Deutschland aber bereits so stark geworden dass er sich nicht mehr öffentlich dagegen aussprechen konnte. Trotzdem wurde er von der (vor allem auch in der Obersten Heeresleitung) immer mehr an Einfluss gewinnenden nationalen Rechten als „Flaumacher“ schlechthin denunziert, der dem deutschen Totalsieg entgegenstände. Dieser Druck ging schließlich soweit, dass die Anhänger eines Siegfriedens Wilhelm II. im Juli 1917 politisch erpressten und zur Entlassung von Bethmann Hollweg zwangen (und den Kaiser damit quasi endgültig entmachteten resp. eine kaum verdeckte Militärdiktatur einführten). Ein (auch vorher schon nicht realistisch durchsetzbarer) Verständigungsfrieden war damit endgültig politisch nicht mehr machbar, das Ziel der Imperiumsgründung wurde somit trotz militärstrategisch bedenklicher Lage von der Mehrheit der Entscheidungsträger unvermindert von 1914 bis zum Kriegsende 1918 weiterverfolgt. Siehe *Wollstein, Günter: Theobald von Bethmann Hollweg, Letzter Erbe Bismarcks, erstes Opfer der Dolchstoßlegende*, Göttingen 1995, S. 95 – 155.

⁵ Vgl. *McLean, Roderick R.: Dreams of a German Europa: Wilhelm II and the Treaty of Björkö of 1905*, Beitrag in *Mombauer, Annika (gemeinsame Ed. mit Deist, Wilhelm): The Kaiser, New Research on Wilhelm II's role in Imperial Germany*, Cambridge 2003, S. 119 – 143, sowie *Fischer: Krieg der Illusionen*, S. 94 f, S.201 – 203, S. 765 – 774.

baltischen Staaten und die Ukraine wurden abgetrennt, die deutsche Besatzungszone reichte bis zum Kaukasus. Russland sollte auf Jahrzehnte als Imperium ausgeschaltet werden, der gesamte Osten bis zum Fluss Don deutsches Einflussgebiet werden. Der Wille diese Gebiete für die neue deutsche Einflusszone zu gewinnen war so stark, dass über eine Million Soldaten dort stationiert blieben, noch während in Frankreich bereits die letzten Entscheidungsschlachten bevorstanden!⁶ Hätte das Deutsche Kaiserreich letztlich auch im Westen einen solchen Siegfrieden durchsetzen können, so wäre es unzweifelhaft zu einem machtvollen Imperium im Sinne der Münklerschen Imperiumstheorie aufgestiegen, mit einer eigenen, von ihm beherrschten imperialen „Welt“. Auch Münkler selbst ist dieser Ansicht, wenn er von Deutschland etwa als einem „*failed empire*“ spricht.⁷ Er sieht das Deutsche Reich von 1871 – 1945 als eine kontinuierliche Einheit an. 1914 und 1939 wären dann in der Tat die wiederholten (wenn auch ultimativ gescheiterten) Versuche gewesen, die gewollte imperiale Stellung gewaltsam durch einen großen Krieg zu erzwingen.

Der Julikrise kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu, stellt sie doch für Europa die Abkehr von fast 43 Jahren Frieden zwischen den Groß- und Weltmächten dar, hin zu einem großen, vier Jahre andauernden imperialen Existenzkampf. Die Frage die sich mir nun in diesem Zusammenhang gestellt hat war, ob das Deutsche Reich im Juli 1914 aus einer defensiven Motivation zur Bewahrung des bereits Erreichten handelte (Risikostrategie mit dem Ziel der Demütigung resp. Unterwerfung Serbiens durch den österreichischen Bündnispartner, im Endeffekt so zu sagen ein gescheiterter diplomatischer Bluff mit katastrophalen Folgen), oder ob es bei einem maßgeblichen Teil der deutschen Führung den Willen zum Imperium gab, auch um den Preis eines großen europäischen Krieges.

Zwar unterscheidet sich Münklers Imperiumstheorie in *Münkler: Imperien*, S. 20 f gerade dadurch von den klassischen Imperialismustheorien, dass sie die Bedeutung der Führungspersönlichkeiten bei der Entstehung von Imperien zugunsten von Zufällen und Einzelentscheidungen oftmals hierfür politisch gar nicht legitimierter Personen zurückschraubt. Das muss aber kein Widerspruch zu der oben genannten Fragestellung sein. Da ja die Bemühungen zur Imperiumsgründung auf Seiten der deutschen Führung durch das Septemberprogramm bereits kurz nach Kriegsausbruch deutlich erkennbar in vollem Gange waren, kann diese Arbeit auch als Versuch gesehen werden die Frage zu klären, ob die Gründung von Imperien wirklich zufällig, wie Münkler meint „*in a fit of absence of mind*“

⁶ Hillgruber, Andreas, Dülffer, Jost (Hg.): PLOETZ, Geschichte der Weltkriege, Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945, Freiburg 2005?, S. 70 f.

⁷ Münkler: Imperien, S. 22 f.

erfolgt, oder ob es zumindest im Fall des deutschen Kaiserreiches eine „*grand strategy*“ gab, also das bewusste vom Zaun brechen oder in Kauf nehmen des europäischen Krieges zum Umsturz der Verhältnisse und zur Errichtung eines Imperiums.

Diese Frage ist in abgewandelter Form schon oftmals in der Geschichtsforschung gestellt worden, bis heute jedoch meist unter dem moralisch wertenden Begriff der Kriegsschuldfrage. In der vorliegenden Arbeit soll nun die Fragestellung Risikostrategie oder gewollter europäischer Krieg davon unabhängig, im Hinblick auf die weiter oben angestellten Überlegungen beantwortet werden. Damit wäre Müncklers diesbezügliche These von der Irrelevanz der politischen Führung bei Imperiumsgründungen zumindest in Bezug auf das Deutsche Kaiserreich entweder verifiziert oder widerlegt.

Grundlage hierfür ist der aktuelle Forschungsstand zur Julikrise. Da die bisherige Auseinandersetzung mit dem Thema in den letzten neun Jahrzehnten jedoch, wie eben erwähnt, auf Grund der ebenfalls mit der Julikrise verknüpften Kriegsschuldfrage meist sehr emotional aufgeladen war, bedarf die Bearbeitung von diesbezüglichen Primär- und Sekundärquellen einer besonderen Vorsicht. Akten wurden versteckt, verfälscht oder vernichtet, Tagebücher verbrannt oder umgeschrieben. Der Großteil der Monographien zu diesem Thema ist bereits mit dem Vorsatz verfasst worden, einen bestimmten Standpunkt (entweder von der Schuld oder Unschuld des Kaiserreichs am Kriegsausbruch) zu vertreten, sodass eine objektivere Betrachtung der Abläufe während der Julikrise nur selten und erst in letzter Zeit erfolgt ist. Aus diesem Grund wird im folgenden ersten Kapitel ein kurzer Überblick über die bisherige Historiographie zur Julikrise gegeben, bevor dann schließlich, neben einer Betrachtung der Machtstrukturen des Kaiserreichs und der imperiumstheoretisch relevanten Vorgeschichte, zur eigentlichen Bearbeitung der Ereignisse des Juli 1914 im Hinblick auf die deutsche Führung übergegangen wird.

Quellenproblematik und aktueller Forschungsstand

Abgesehen von der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft ist kein anderes historisches Problemfeld in den letzten Jahrzehnten so umfangreich und zugleich kontrovers publizistisch behandelt worden wie die Julikrise von 1914, ihre Vorgeschichte und ihre Folgen. Obwohl sich die modernen Geschichtswissenschaften schon lange von der Vorstellung einer objektiven historischen Wahrheit verabschiedet haben, ist die Historiographie der Julikrise weitgehend gekennzeichnet durch eine auffallende Tendenz zum Subjektivismus im negativen Sinn und zur Propagandageschichtsschreibung. Die Ursachen für diesen Subjektivismus (mit dem Ziel ein bereits zuvor erwünschtes Endergebnis oft auch wieder besseres Wissen bestätigt zu sehen) sind im Wesentlichen auf die so genannte Kriegsschulddebatte zurückzuführen. Während die Frage nach den Ursachen für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges heute klar beantwortet ist, gibt es diesbezüglich für den Ersten Weltkrieg immer noch keine einheitliche historische Position, ein Umstand der schon alleine durch die immer noch verbreitete Kompromiss- Sprachregelung vom „Ausbruch“ des Ersten Weltkrieges verdeutlicht wird, quasi so als ob es keine dafür verantwortlichen Politiker gegeben hätte und der Krieg wie eine Krankheit oder ein Vulkan unabänderlich einfach ausgebrochen wäre. Bis in die 1970er Jahre hinein war die national eingestellte Forschung vor allem im deutschen Sprachraum (ab 1945 mit Ausnahme der DDR- Gebiete) bemüht dieses Bild zu erzeugen und zu verbreiten, um Deutschland von der im Versailler Friedensvertrag festgeschriebenen deutschen Kriegsschuld freizusprechen. Damit verknüpfte Reparationszahlungen, befürchtete nationale Schande oder schlicht der Wunsch nach einer Verständigung zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern waren die Motive für eine Geschichtsschreibung, welche das vorhandene Quellenmaterial zu Gunsten von historischer Propaganda oft einseitig und selektiv interpretierte. Verschärft wurde diese Problematik zusätzlich noch dadurch, dass trotz früh und heftig einsetzender publizistischer Beschäftigung mit der Julikrise (zu der auch die Veröffentlichung von umfangreichen diesbezüglichen Quelleneditionen gehörte) das eigentliche Quellenmaterial (im Gegensatz zu dem des Zweiten Weltkriegs) teilweise bis heute noch lückenhaft ist und so Raum für Spekulationen zulässt. Ein Teil der Quellen ging während der Umbruchsjahre 1914 - 1945 durch Bombenfeuer oder Kriegswirren verloren, wie etwa 1945 beim Brand des Heeresarchivs in Potsdam, bei dem der Großteil der Akten der preußischen Armee vernichtet wurden. Ein mindestens ebenso großer Teil wurde aber, weil

als für Deutschland belastend angesehen schlichtweg unterschlagen, manipuliert oder mutwillig vernichtet.⁸

Anfang der 1960er Jahre kam es dann mit Fritz Fischer und der von ihm gegründeten Hamburger Schule zu einem radikalen Umbruch. Anstelle der zuvor in der deutschen Historikerkunft vorherrschenden Apologie des Kaiserreichs und seiner Politiker setzte Fischer nun im Rahmen einer langen und publizistisch heftig geführten Kontroverse seine Ansicht von einer Hauptschuld Deutschlands am Entstehen des Ersten Weltkriegs durch. Während seine Ansichten rasch international Akzeptanz fanden, konnten sie sich im deutschen Sprachraum nicht überall durchsetzen. Viele seiner Thesen gelten bis heute als unbestritten, seine in seinen Büchern durchscheinende Vorstellung von einer langfristig geplanten Verschwörung der deutschen Führung mit dem Ziel eines europäischen Krieges konnte jedoch bis heute nicht bewiesen werden. Seine Forschungen und die von ihm gegründete Schule haben aber dazu geführt, dass die Julikrise und ihre Vorgeschichte in den letzten drei Jahrzehnten unter anderen, kritischeren Blickwinkeln betrachtet wurden, und dass es auf Grund des publizistischen Interesses noch einmal zu einer großen Quellensuche und Quellensammlung kam. Jüngere Historiker haben danach versucht das Thema auch auf breiterer Basis anzugehen, und etwa neben dem Primat der Außenpolitik auch auf die Innenpolitik als treibende Kraft hingewiesen und versucht hieraus die Abläufe im Juli 1914 zu interpretieren. Dennoch ist bis heute, 94 Jahre nach den Ereignissen, selbst die Betrachtung der Julikrise immer noch stark mit der Frage nach dem „Warum“ respektive der Schuld am Weltkrieg verknüpft, sodass zu einem besseren Verständnis der zugrunde liegenden Quellensammlungen und Sekundärliteratur eine ausführlichere historiographische Betrachtung notwendig ist, wobei hier der Schwerpunkt auf den historiographisch weniger

⁸ Das jüngste und bekannteste Beispiel hierfür sind die Tagebücher von Kurt Riezler, dem engsten Mitarbeiter von Reichskanzler Theodor von Bethmann Hollweg. Die umfangreichen Aufzeichnungen wurden bis zum Ableben von Riezler nicht veröffentlicht. Riezler selbst wollte die Tagebücher posthum verbrennen lassen, da aus ihnen angeblich die „Kriegswilligkeit“ des Reichskanzlers hervorging, welcher sich den europäischen Krieg im Juli 1914 geradezu „herbeiwünschte“. Auch die alteingesessene historische Zunft sah aus diesen belastenden Gründen lange von einer möglichen Veröffentlichung ab. Die Tagebücher wurden zwar später dennoch teilweise veröffentlicht, allerdings nun paradoxerweise mit dem Ziel in der gerade aufkommenden Fischerkontroverse gegen Fischers These von der deutschen Kriegsschuld Stellung zu nehmen. Maßgeblich beteiligt daran waren einflussreiche Historiker wie Erdmann, Ritter, Herzfeld, Hölzle und Zechlin. Der Quellenwert für die Julikrise wurde jedoch von der Hamburger Schule und Fritz Fischer sofort in Frage gestellt, da die Wesentlichen Teile des Tagesbuches für die Zeit vom 7. Juli bis zum 14. August nicht aus dem Originaltagebuch selbst stammen, sondern später entweder von Riezler oder einem der bearbeitenden Historikern in abgeänderter Form hinzugefügt worden sind, wobei die Original wahrscheinlich verbrannt wurden. Daher ist diese wichtige Quelle für die Julikrise heute nur von sehr eingeschränktem Nutzen, und es ist anzunehmen, dass mit anderem belastenden Material ähnlich umgegangen wurde, vor allem in den ersten drei Jahrzehnten nach dem Ersten Weltkrieg. Siehe für die Position der Hamburger Schule hierzu *Fischer, Fritz: Juli 1914, Wir sind nicht hineingeschlittert, Das Staatsgeheimnis um die Riezler- Tagebücher, Eine Streitschrift, Hamburg 1983.*

bekannten aber umso wichtigeren ersten paar Jahrzehnten nach Ausbruch der Julikrise liegen soll.

Die nationale und internationale Aufarbeitung der Julikrise von 1914 begann sowohl auf Seiten der Mittelmächte als auch auf Seiten der ihnen gegenüberstehenden alliierten Ententemächte bereits wenige Tage nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, damals allerdings noch wirklich ausschließlich von propagandistischen Beweggründen getragen und einzig unter dem eingeengten und moralisierenden Blickwinkel der Kriegsschuldfrage betrachtet. Allen am Krieg beteiligten Staaten war daran gelegen, die gegnerische Seite als Alleinschuldigen am Kriegsausbruch darzustellen, was folglich zu einer stark verzerrten Darstellung der während der Julikrise vorgefallenen Ereignisse führte. Auf allen Seiten betonten Politiker und Historiker, dass das jeweils eigene Land in den ersten Augusttagen heimtückisch hinterrücks überfallen worden sei, und man daher den Krieg als reinen Verteidigungskrieg darstellen müsse, der einem von den kriegslüsternden Gegnern aufgezwungen wurde.

Hierzu bediente man sich im Wesentlichen zweier Mittel. Einerseits der offensichtlichen propagandistischen Verzerrung für die breite Masse, ohne die ein moderner Krieg nicht mehr zu führen war und die davon überzeugt werden musste, dass der Krieg ausschließlich zur Verteidigung diene.⁹ Dies geschah vor allem in Form der Produktion von hunderttausenden Postkarten, Plakaten und überhaupt Abdrücken aller Art, vom Flugzettel bis hin zum Kartenspiel, in denen das Verhalten der Gegenseite während der Julikrise immer wieder als kriegslüsternd und gewissenlos dargestellt wurde.¹⁰ Andererseits erkannten aber die Verantwortlichen aller am Krieg beteiligten Seiten schon kurz nach Kriegsausbruch die

⁹ Was übrigens keinen Widerspruch zu den auch von einem großen Teil der jeweiligen Bevölkerung unterstützen ausufernden Kriegszielen darstellte. Das von den jeweiligen politischen und militärischen Führungen gegenüber der Öffentlichkeit vertretene Argument war hierbei, dass etwaige Annexionen und Reparationsforderungen nur dazu dienen würden, eine Neuauflage des großen Krieges durch besser verteidigbarere Grenzen und dauerhafte Schwächung der Gegner zu verhindern, praktisch also friedenssichernde Maßnahmen darstellen würden.

Zumindest im Deutschen Kaiserreich gab es im politischen Spektrum jedoch auch noch zwei diesbezügliche Extrempositionen, die der Alldutschen und der SPD. Die Alldutschen hatten schon vor dem Krieg eine umfangreiche Ausweitung der deutschen Machtposition verlangt, während die SPD (die 1914 die stärkste Partei im deutschen Reichstag war) eine vergleichsweise pazifistische Position einnahm und der Regierung die Zustimmung zu notwendigen Kriegskrediten nur im Glauben an einen reinen Verteidigungskrieg gegen Russland gewährte. Die deutsche Führung und besonders Reichskanzler Bethmann- Hollweg haben diese divergierenden Positionen während des gesamten Krieges immer wieder berücksichtigen müssen, sodass die deutsche Kriegszielpolitik zumindest in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit starken Schwankungen unterlag. Für eine ausführliche Betrachtung zu den deutschen Kriegszielen und der Ambivalenz zwischen behauptetem Verteidigungskrieg und geplanten weit reichenden Annexionen siehe hierzu das immer noch aktuelle Werk von *Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht, die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-18*, 3. und verbesserte Auflage Düsseldorf 1964.

¹⁰ Siehe hierzu *Hamann, Brigitte: Der Erste Weltkrieg, Wahrheit und Lüge in Bildern und Texten*, München 2004.

Notwendigkeit, auch das nationale und vor allem internationale historisch-politisch interessierte Publikum von den eigenen friedenserhaltenden Handlungen während der Julikrise zu überzeugen. Zu diesem Zweck begannen bald alle größeren kriegführenden Staaten im Rahmen der bereits existierenden diplomatischen Farbbücher offizielle Dokumente zur Julikrise herauszugeben, welche den jeweiligen Standpunkt unterstützen und so die Gegenpartei ins Unrecht versetzen sollten.¹¹ Aufgrund dieser Absicht waren und sind diese speziellen Farbbücher für die historische Aufarbeitung der Julikrise allerdings nicht geeignet, zumal sie neben selektivem und manipulativem Umgang mit Quellmaterial auch einzig und allein auf die Frage der „Kriegsschuld“ fokussiert waren, ein Zustand der sich mit zunehmender Härte und Dauer des Krieges nur noch weiter verfestigt hat.

War also die Herausgabe dieser selektiven Aktensammlungen schon während des Weltkriegs hauptsächlich als Rechtfertigungsliteratur gedacht, so erreichte der Kampf um die „Schuld“ am Kriegsausbruch seinen ersten großen Höhepunkt mit dem Ende des Weltkriegs und den darauf 1919 beginnenden Friedensverhandlungen von Versailles. Von den ursprünglichen Kriegsparteien auf Seiten der Mittelmächte war zum Beginn dieser Verhandlungen nach dem Zerfall Österreich - Ungarns und des Osmanischen Reiches ja im Wesentlichen nur mehr das jetzt demokratisch gewordene Deutsche Reich in Form der neu gegründeten Weimarer Republik übrig geblieben, sodass sich die bereits während des Krieges auf Seiten der Alliierten Mächte stark vorhandenen Tendenzen einer Alleinschuldzuweisung an Deutschland nun vollends auf dieses Land fokussierten, was auf deutscher Seite wiederum die eigenen Historiker nur um so mehr motivierte, die Öffentlichkeit von den friedlichen Absichten der deutschen Führung während der Julikrise zu überzeugen. Der in Versailles durch Zwang abgeschlossene Friedensvertrag war vor allem deswegen so folgenreich für die zukünftige historische Diskussion, weil die Gebietsverluste und die immensen Reparationszahlungen zu Lasten des Deutschen Reiches nicht wie bis dahin üblich als reine Kriegsreparationen verstanden wurden, sondern von beiden verhandelnden Seiten vielmehr als Bestrafung für ein im Juli 1914 vorsätzlich begangenes Verbrechen angesehen wurden.¹² Diese im so genannten

¹¹ Verschiedene Farbbücher zum Kriegsausbruch, jeweils in deutscher Übersetzung: *Für Deutschland*: Das Deutsche Weißbuch, Aktenstücke zum Kriegsausbruch, Wie Russland Deutschland hinterging und den Europäischen Krieg entfesselte, Berlin 1914. *Für England*: Das englische Blaubuch, Die Geschichtsdarstellung und die Erklärung der Minister, Berlin 1914. *Für Frankreich*: Das Gelbbuch Frankreichs, Die Zeit vom 24. bis 28. Juli 1914 (von der Überreichung der österreichischen Note an Serbien bis zur Kriegserklärung Österreichs an Serbien), Berlin 1915. *Für Österreich*: Österreichisch-ungarisches Rotbuch, diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914, Wien 1915. *Für Russland*: Das Russische Orangebuch, Berlin 1915.

¹² Siehe hierzu *Schwabe*, Klaus: „Gerechtigkeit für die Großmacht Deutschland“ - Die deutsche Friedensstrategie in Versailles, Beitrag in *Krumeich*, Gerd in Zusammenarbeit mit *Fehlemann*, Silke: Versailles 1919 : Ziele - Wirkung - Wahrnehmung, Essen 2001, S. 71 – 86.

Kriegsschuldparagraph (Artikel 231 des Versailler Vertrages) förmlich niedergeschriebene Verurteilung löste gemeinsam mit einer noch weit schärfer gehaltenen Mantelnote des Vertrages einen regelrechten Schock sowohl in der deutschen Bevölkerung als auch unter der Mehrheit der sich bereits zuvor schon als national verpflichtet fühlenden deutschen Historiker aus.¹³ Jahrelang hatten sie sich laut eigener Propaganda selbst als überfallenen Staat, als überfallenes Volk gefühlt oder fühlen wollen, und hatten die Millionen Toten und Verletzten nicht nur zuletzt sondern vor allem auch zur Verteidigung der eigenen Heimat auf sich genommen. Das auch die anderen Nationen den Verteidigungscharakter des Krieges für sich in Anspruch nahmen übersah man, um so mehr als bald nach Kriegsende die berühmterberühmte Legende vom „Dolchstoß“ aufkam, den die deutsche „Heimatfront“ der unbesiegten Armee angeblich während des Verteidigungskampfes versetzt haben sollte.

Nun hatte das Deutsche Reich aber nicht nur den Krieg nach vier Jahren grausamen Kampfes verloren, sondern wurde nun auch noch vor der ganzen Welt vertraglich als praktisch allein Verantwortlicher für die Katastrophe des Weltkrieges gebrandmarkt.¹⁴ Eine einigermaßen sachliche Aufarbeitung des Verhaltens der deutschen Führung während der Julikrise, womöglich auch noch losgetrennt von der alles beherrschenden Kriegsschuldfrage war damit für die nächsten Jahre und Jahrzehnte praktisch endgültig unmöglich geworden. Die national geprägten deutschen Historiker setzten alles daran, den als nationales Unglück empfundenen Paragraphen 231 zu widerlegen, während die Alliierten und unter ihnen vor allem die

¹³ Mantelnote zur Antwort der alliierten und assoziierten Mächte, Ultimatum vom 16. Juni 1919, abgedruckt in Schwabe, Klaus: Quellen zum Friedensschluss von Versailles, Darmstadt 1997.

„Nach Anschauung der Alliierten und Assoziierten Mächte ist der Krieg, der am 1. August 1914 zum Ausbruch gekommen ist, das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker gewesen. ... Sie [die deutsche Führung] haben getrachtet, sich dazu fähig zu machen, ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren, so wie sie ein unterjochtes Deutschland beherrschten und tyrannisierten. ... Sie sind bestrebt gewesen zwischen den Nationen an Stelle der Freundschaft Feindschaft und Argwohn zu säen. ... Das Verhalten Deutschlands ist in der Geschichte der Menschheit fast beispiellos. Die schreckliche Verantwortlichkeit, die auf ihm lastet, lässt sich in der Tatsache zusammenfassend zum Ausdruck bringen, daß wenigstens sieben Millionen Tote in Europa begraben liegen, ... zwanzig Millionen [Verwundete legen Zeugnis ab], daß Deutschland durch den Krieg seine Leidenschaft für die Tyrannei hat befriedigen wollen.“

Diese Mantelnote stellte gleichzeitig ein Ultimatum dar. Falls der Friedensvertrag von Versailles samt Kriegsschuld Klausel nicht binnen fünf Tagen vollständig angenommen werden sollte, drohte man mit Aufkündigung des Waffenstillstands und Wiederaufnahme der Kämpfe. Die Empörung in Deutschland war so groß, dass die amtierende Regierung Scheidemann trotzdem nicht unterzeichnete und zurücktrat. Erst die Nachfolgeregierung Bauer stimmte dann wenige Stunden vor Ablauf des Ultimatus dem Vertragswerk schließlich doch noch unter Protest zu.

¹⁴ Hierzu ist jedoch anzumerken, dass in der jüngeren Geschichtsschreibung allerdings auch vermehrt die Ansicht auftaucht, dass von Seiten der Siegermächte in Versailles nicht unbedingt eine moralische Verurteilung Deutschlands beabsichtigt war, sondern dass man den Kriegsschuldparagraphen 231 bereits von vorne herein hauptsächlich nur zur rechtlichen Abdeckung der enormen Reparationsforderungen in das Vertragswerk aufgenommen hätte. Vgl. hierzu Krumeich, Gerd: Vergleichende Aspekte der „Kriegsschulddebatte“ nach dem Ersten Weltkrieg, in Michalka, W., Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München 1994, S. 913 – 928.

französische Regierung zumindest von offizieller Seite her ein starkes Interesse an seiner Aufrechterhaltung hatten, um die noch ausstehenden Reparationszahlungen nicht zu gefährden.¹⁵ Für die Historiographie der Julikrise ist hierbei auch bedeutend, dass zu dieser Zeit viele der später einflussreich gewordenen Historiker wie etwa Hermann Oncken oder Gerhard Ritter neben den eigenen Kriegserlebnissen vor allem durch den Versailler Vertrag und seinen Paragraphen 231 geprägt worden sind, und zwar in eine ihm negativ gegenüber stehende, revisionistische Richtung.¹⁶ Folgerichtig sahen es viele von ihnen auch als ihre historiographisch- politische Hauptaufgabe an, die in Versailles festgeschriebene Kriegsschuldthese möglichst eindrucksvoll auch für die breite Öffentlichkeit wissenschaftlich zu widerlegen.

Davon beeinflusst kam es zeitgleich auch zu einer ersten Flut von Monographien von an der Julikrise direkt oder indirekt beteiligten ehemaligen Entscheidungsträgern, sowohl auf Seiten der Alliierten als auch der Mittelmächte. Motivation dürften hierfür neben finanziellen Gründen wohl vor allem Rechtfertigungs- und Reinwaschungsversuche der eigenen Handlungen im Juli 1914 gewesen sein, um vor der Geschichte nicht als mitschuldig an der Katastrophe des Weltkrieges dastehen zu müssen. Obwohl diese Monographien alle einen historischen Anspruch erhoben und viele Details zu den Abläufen innerhalb der deutschen Führung erstmals öffentlich machten, ist ihr historischer Wert daher durch bewusste Verzerrung oder Verkürzung der Ereignisse seitens der Autoren stark eingeschränkt worden.¹⁷

Immerhin kam es im Lauf der Kontroverse zu einer nochmaligen enormen Veröffentlichung von Aktenmaterial, worunter sich auch etliche vorher geheim gehaltene

¹⁵ Während in Deutschland die Ablehnung des Paragraphen 231 unter den Historikern praktisch eindeutig war, gab es auch etliche amerikanische und britische Historiker, die sich zunächst mit der deutschen Position identifizieren konnten. Neben einer zunächst noch unzulänglichen Quellenbasis war hierfür auch die Einsicht verantwortlich, dass der Paragraph 231 nicht friedenserhaltend, sondern im Gegenteil kontraproduktiv zu einem Anstieg der Verbitterung und des Nationalismus in Deutschland führen würde, sodass im Sinne einer Verständigung auch von ihnen die Julikrise dementsprechend deutschfreundlich aufgearbeitet wurde. Vgl. hierzu *Jahr*, Christoph, *Der Lange Weg nach München, Britische Außenpolitik unter dem Eindruck von Versailles*, Beitrag in *Krumeich, Fehlemann: Versailles 1919*, S. 113 – 125.

¹⁶ Gerhard Ritter sprach sich z.B. 1919 trotz Kriegsdrohung gegen eine Unterzeichnung des Vertrages aus, der seiner Meinung nach dazu diene, „*einem Siebzigmillionenvolk planmäßig das Lebensblut auszusaugen*“. Die Meinung das der Paragraph 231 und die begleitende Mantelnote die Schuld des deutschen Reiches nicht nur seit 1914 sondern bereits quasi inhärent seit seiner Gründung 1871 bestehe war damals auch unter seinen Historikerkollegen weit verbreitet, und führte zu äußerst heftigen Abwehrreaktionen. Siehe hierzu *Cornelissen*, Christoph: „*Schuld am Weltfrieden*“: Politische Kommentare und Deutungsversuche deutscher Historiker zum Versailler Vertrag 1919-1933, Beitrag in *Krumeich, Fehlemann: Versailles 1919*, S. 237 – 258.

¹⁷ Siehe hierzu als exemplarische Beispiele etwa *Hollweg Bethmann*, Th. von: *Betrachtungen zum Weltkriege*, 1. Teil - *Vor dem Kriege*, Berlin 1919, *Bülow*, B.W.v.: *Die Grundlinien der diplomatischen Verhandlungen bei Kriegsausbruch*, Charlottenburg 1920 oder auch *Jagow*, Gottlieb von: *England und der Kriegsausbruch, eine Auseinandersetzung mit Lord Grey*, Berlin 1925.

Regierungsdokumente zu den Ereignissen der Julikrise befanden. Diese Veröffentlichungen waren jedoch immer noch einseitig, nur den Standpunkt der Regierungen unterstützendes Material wurde aktiv gesucht und in die Quellensammlungen aufgenommen. In Deutschland wurde hierzu gleich nach dem Waffenstillstand und noch vor Abschluss des Versailler Friedensvertrages eine eigene Unterabteilung des Auswärtigen Amtes ins Leben gerufen, das so genannte „*Kriegsschuldreferat*“, dessen einziger Zweck es war, die Weltöffentlichkeit von der deutschen Unschuld am Kriegsausbruch zu überzeugen. Hierzu wurden Unmengen an Akten gesammelt und gesichtet, zunächst um die deutschen Verhandler in Versailles mit Material zu unterstützen, später mit der schon erwähnten revisionistischen Absicht den Paragraphen 231 zu widerlegen. Um nach Abschluss des Friedensvertrages dabei weiter den Anschein der Unabhängigkeit erwecken zu können wurde 1921 noch eine zusätzliche staatliche Einrichtung gegründet, die so genannte „*Zentralstelle für die Erforschung der Kriegsursachen*“. Formell unabhängig wurde sie jedoch zur Gänze vom weiterhin bestehenden Kriegsschuldreferat finanziert und war personell hauptsächlich mit revisionistisch motivierten Historikern besetzt.¹⁸ Trotz dieser offensichtlich propagandistischen Intentionen ist zu erwähnen, dass das von der Zentralstelle und dem Kriegsschuldreferat veröffentlichte Material nicht von vorne herein gefälscht (was im großen Maßstab wohl bald auch Deutschland freundlich gesinnten internationalen Historikern aufgefallen wäre und so die Glaubwürdigkeit der beiden Stellen minimiert hätte), sondern eben lediglich sehr subjektiv ausgewählt wurde, sodass die veröffentlichten Quellen trotzdem neben den im Weltkrieg veröffentlichten Farbbüchern mangels anderer Alternative bald eine der Hauptquellen für die Bearbeitung der Julikrise darstellten.¹⁹

Basierend auf diesem veröffentlichten Material und den unterschiedlichen nationalen Interessen bildeten sich weltweit rasch zwei historische Schulen heraus, die Revisionisten und die Antirevisionisten (bezogen auf den Paragraphen 231 des Versailler Vertrages). Die Revisionisten waren vor allem in Deutschland und den USA dominierend, mit Vertretern wie Alfred von Wegerer, Bradshaw Fay oder Max Monteglas. Die Antirevisionisten, also jene

¹⁸ Ab 1923 erschien auch ein monatliches Magazin mit dem Namen „*Die Kriegsschuldfrage*“, editiert von Alfred von Wegerer, finanziert und herausgegeben von der Zentralstelle zur Erforschung der Kriegsschuldfrage. Wegerer selbst war eigentlich kein Historiker sondern Militäroffizier und später Beamter im Äußeren Amt, auf Grund der über 300 unter seinem Namen erschienen Publikationen zur Julikrise erwarb er sich aber bald auch in historischen Kreisen großen Einfluss. In seinem Magazin wurden zahlreiche Artikel von angesehenen Historikern, Lehrern und Journalisten zum Thema der Julikrise veröffentlicht, allerdings unter einer freiwilligen patriotischen Selbstzensur und mit dem einzigen Ziel den Paragraphen 231 von Versailles als falsch zu widerlegen. Siehe hierzu *Langdon*, John W.: *July 1914, The Long Debate 1918 - 1990*, New York 1991, S. 3 sowie S. 21 – 26.

¹⁹ Für eine ausführlichere Behandlung der beiden genannten Institutionen siehe *Mombauer*, Annika: *The origins of the First World War, controversies and consensus*, Harlow 2002, S. 50 - 56 sowie S. 108 – 110.

Gruppe die im Verhalten der deutschen Führung vom Juli 1914 den Wunsch und den Willen zum Eroberungskrieg sah, war vor allem in Frankreich am stärksten vertreten, mit Proponenten wie Jules Isaac und Pierre Renouvin, wenngleich auch diese Richtung das Verhalten der deutschen Führung nicht ganz so verdammend wie der Versailler Vertrag beschrieb und auf eine gewisse Mitschuld aller beteiligten Staaten verwies.²⁰ Im Gegensatz zu einigen veröffentlichten Quelleneditionen sind die Monographien aus dieser Zeit heute für die Erforschung der Julikrise schlicht nicht mehr ohne grobe Einschränkung zu verwenden. Auf deutscher Seite wegen der bereits erwähnten Rechtfertigungsabsichten, auf internationaler Seite wegen ähnlicher Absichten und vor allem aus Mangel an hinreichend klarem und zuverlässigem Quellenmaterial.

Nachdem die Konfrontation in den Jahren unmittelbar nach Versailles einen ersten Höhepunkt erfahren hatte, klang sie zu Beginn der 1930er Jahre wieder etwas ab. International hatte sich die revisionistische deutsche Linie unter den Historikern mehrheitlich durchsetzen können, auch im Lichte des Wunsches eines friedlichen Ausgleiches mit dem deutschen Reich, wobei dieser Wunsch vor allem auf Seiten Großbritanniens und den USA vorhanden war. Sinnbild für diese von politischen Absichten beeinflusste historische Auffassung der Ereignisse der Julikrise ist bis heute der Ausspruch des ehemaligen britischen Premierministers David Lloyd George geworden, der noch 1933 vom berühmten unbekümmerten „*Hineinschlittern*“ der Nationen in den Weltkrieg schrieb.²¹ Diese Aussage ist umso bemerkenswerter, als Lloyd George etwa noch 1918 bei Kriegsende die Auslieferung des abgesetzten Kaisers Wilhelm II. aus den Niederlanden und die anschließende Vollstreckung der Todesstrafe für ihn forderte, angesichts der angeblich von ihm begangenen Kriegsverbrechen, zu denen der damalige Premierminister auch das mutwillige vom Zaun brechen eines Angriffskrieges zählte. Mit dieser späteren konträren Aussage Lloyd Georges über das unbeabsichtigte Hineinschlittern wurde schließlich eine revisionistische Ansicht zusammengefasst, welche sich damals auch bereits bei vielen britischen Historikern durchgesetzt hatte, und von der Mehrheit der deutschen Historiker ebenfalls freudig übernommen und bestätigt wurde.²² Für die

²⁰ Als Beispiel für das unschlüssige Verhalten der antirevisionistischen Schule in Bezug auf den Paragraph 231 sei hiermit stellvertretend Pierre Renouvin erwähnt, dessen diesbezüglich mehrmals schwankende Haltung ausführlich behandelt wird in *Allain, Jean-Claude: Pierre Renouvin und der Versailler Vertrag, Beitrag in Krumeich, Fehlemann: Versailles 1919, S. 259 – 268.*

²¹ „*The nations slithered over the brink into the boiling cauldron of war without a trace of apprehension or dismay.*“ in *George, David Lloyd: War memoirs, Vol. 1, London 1933, S. 32.*

²² Ursprünglich waren Lloyd George und die Mehrheit der britischen Historiker auf Grund der Kriegserfahrung im Antirevisionistischen Lager, viele von ihnen änderten aber bereits kurz nach Kriegsende ihre Einstellung, getragen von dem Wunsch nach Versöhnung (und zur gleichen Zeit auch stark beeinflusst vom deutschen propagandistischem Bemühen in dieser Frage). Zur revisionistischen Meinungsänderung von Lloyd George und

Aufarbeitung der Julikrise war diese internationale Kompromissformel nicht unbedingt von Vorteil, da Politiker und Historiker getragen vom Aussöhnungsgedanken sich mit ihr langfristig arrangierten, und daher an einer sachlicheren Darstellung, welche eventuell zu widersprüchlichen Ergebnissen führen hätte können nur wenig Interesse hatten.

Die international eingenommenen Positionen änderten sich ab 1933 kurzfristig erneut, umso mehr je deutlicher die Folgen der Nationalsozialistischen Machtergreifung an die Öffentlichkeit drangen. Ein nun wieder militärisch aufrüstendes Deutschland machte den Vertrag von Versailles immer mehr zur Makulatur, die Reparationen und sonstige Auflagen wurden schrittweise von deutscher Seite umgangen. Während Politiker und national geprägte Historiker auf deutscher Seite schon alleine aus ideologischen und gebietsrevisionistischen Gründen trotz des Wegfalls des Versailler Vertrages weiterhin ein großes Interesse an der bereits seit 1914 verbreiteten Überfallsthese hatten (laut derer angeblich das friedfertige Deutschland im Juli 1914 von einer Welt von Feinden heimtückisch überfallen worden war, sodass in den Augen der Vertreter dieser Linie eine Revision der jetzigen Verhältnisse nur fair zu sein schien²³), arrangierten sich internationale Historiker zunächst noch stärker mit Lloyd Georges Formel vom unbeabsichtigten Hineinschlittern, schon alleine um in der neuen internationalen Situation mit einem erstarktem Deutschland die zwischenstaatlichen Verhältnis nicht durch die Kriegsschuldfrage weiter zu belasten. Trotz dieser verbreiteten revisionistischen Linie gab es jedoch auch Fortschritte in der historischen Forschung, da sich nach der weitgehenden Einigung auf das „Hineinschlittern“ die Diskussion nun nicht mehr vordergründig nur um die Schuldfrage an sich drehte. An ihre Stelle trat die Frage nach den tieferen Ursachen für den Kriegsausbruch, um durch deren bessere Erforschung eventuell einen bereits absehbaren zukünftigen Weltkrieg verhindern zu können. Vor allem auf amerikanischer und britischer Seite kamen zu dieser Zeit neue Ansätze auf, die sich vermehrt mit den längerfristigen Ursachen der Julikrise beschäftigten, mit den Allianzsystemen, dem Problem des Militarismus, des Nationalismus und den inflexiblen Kriegsplänen.²⁴ Auch wurden in den 1930er Jahren nochmals eine Vielzahl neuer Quellen zugänglich, so etwa durch Indiskretion eines Reichstagsmitgliedes die Berichte der badischen, sächsischen und württembergischen Gesandtschaftsberichte, welche es nun erstmals möglich machten die

der Mehrheit der britischen Historiker bezüglich des deutschen Verhaltens während der Julikrise siehe hierzu *Graham Fry, Michael: British Revisionism, Beitrag in Boemeke, Manfred F.: The Treaty of Versailles, A Reassessment after 75 years, Washington DC 1998, S. 565 – 602.*

²³ Vgl. *Kruse, Wolfgang: Eine Welt von Feinden, Der Große Krieg 1914-1918, Frankfurt am Main 1997.*

²⁴ Vgl. *McDonough, Frank: The origins of the First and Second World Wars, Cambridge 1997, S. 25.*

Aussagen von Führungspersonlichkeiten in deren Monographien und Biographien zu verifizieren respektive zu widerlegen.²⁵

Mit dem offenkundigem Beginn der deutschen Aggression (Anschluss Österreichs im März 1938, Reichskristallnacht im November 1938, Einverleibung der Rest-Tschechei im März 1939) und dem sich abzeichnenden Zweiten Weltkrieg gingen internationale Historiker und Journalisten jedoch bald vermehrt dazu über, die Absichten des jetzt militaristisch und drohend auftretenden Großdeutschen Reiches auf die Absichten des untergegangenen Kaiserreiches während des Juli 1914 rückzuprojizieren um so eine Kontinuitätslinie zu erzeugen, ein Trend der sich nach Ausbruch des Kriegs noch einmal stark verstärkte. Auf deutscher Seite blieb die Argumentation praktisch unverändert, da ja auch der Zweite Weltkrieg mit Hilfe des Überfalls auf den Radiosender Gleiwitz und anderer fingierter Zwischenfälle von offizieller Seite zunächst als Verteidigungskrieg dargestellt wurde (sodass Hitler in seiner Kriegsrede vor dem Reichstag am 1. September 1939 eben „seit 5:45 zurückschießen“ konnte). Damit schien jedoch bis zum Kriegsende 1945 und auch noch Jahre danach eine Betrachtung der Julikrise ohne grob propagandistische Verfälschung erneut praktisch kaum möglich, vor allem in den totalitär faschistisch oder stalinistisch geführten Ländern Europas.

Dennoch gab es während dieser Zeit auch herausragende Ausnahmen, wie etwa den italienischen Senator, Journalisten und Historiker Luigi Albertini. Durch seine zahlreichen Kontakte gelang es ihm Ende der 1930er und Anfang der 1940er Jahre etliche Interviews mit noch lebenden einflussreichen Persönlichkeiten der Julikrise zu führen, welche zu einer Fülle von neuem Quellenmaterial führten. Albertini hat diese Interviews zusammen mit anderem Quellenmaterial aus ganz Europa in seinem großen dreibändigen Werk „*Le origini della guerra del 1914*“ verarbeitet, welches noch während des Krieges posthum 1943 in Mailand veröffentlicht wurde und sich ausschließlich mit der Julikrise beschäftigt. Albertinis Werk

²⁵ Die französische Vierteljahrszeitschrift „*Revue d'Histoire de la Guerre Mondiale*“ veröffentlichte ab April 1935 die eigentlich noch geheimen Berichte der sächsischen und württembergischen Gesandtschaften, welche sie von einem ehemaligen Mitglied des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Deutschen Reichstages zugespielt bekam. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes wurden darauf hin als Reaktion eine deutsche, mit den badischen Gesandtschaftsberichten erweiterte und kommentierte Ausgabe herausgegeben. (Bach, August: Deutsche Gesandtschaftsberichte zum Kriegsausbruch 1914, Berichte und Telegramme der badischen, sächsischen und württembergischen Gesandtschaften in Berlin aus dem Juli und August 1914, Berlin 1937.) Die darin enthaltenen Kommentare sind auf Grund ihrer Voreingenommenheit heute nicht mehr zu gebrauchen, die abgedruckten Quellen hingegen teilweise schon, zumindest dorten wo sie mit dem französischen Abdruck inhaltlich übereinstimmen. Dies gilt umso mehr, als viele der dort abgedruckten Quellen Ende 1945 durch Bombardierungen und anschließende Feuer verloren gingen und heute daher gar nicht mehr als Originale vorliegen.

stellt an Umfang und historisch- wissenschaftlichem Anspruch sicher einen ersten Höhepunkt in der Historiographie der Julikrise dar. Sein Werk kann als erster umfangreicher Versuch gelten, die Ereignisse der Julikrise nicht mehr ausschließlich aus einer moralisch bewertenden oder propagandistischen Perspektive zu betrachten, da Albertini auch Fragen nach dem „Warum“ und dem „Wie“ hinsichtlich der Ereignisse mit wissenschaftlichem Anspruch nachging, und überdies auch für die jeweilige Regierungen inkriminierende Quellentexte in seine Sammlung aufnahm, sodass er zwar von einer Schuld Deutschlands spricht, aber weder eine reine Anklageschrift verfasste noch bedingungslos die alternative These vom Hineinschlittern unterstützte. Hinzu kommt noch dass Albertini sich in seinem ersten Band auch ausführlich mit dem Hintergrund der Julikrise und den historischen Strömungen welche zu ihrer Entstehung geführt haben beschäftigte. Trotzdem dieser zahlreichen Vorzüge ist sein Werk lange Zeit, hauptsächlich wahrscheinlich auf Grund der verwendeten italienischen Sprache, unter deutsch und englischsprachigen Historikern kaum bekannt und verwendet worden. Erst nach einer später erfolgten englischen Übersetzung gewann sein durchaus neuer Ansatz zeitverzögert in den 1960er und 1970er Jahren an Einfluss.²⁶ Da Albertini noch selbst in die Entwicklungen des Ersten Weltkrieges verstrickt war kann er und sein Werk nur bedingt als unabhängig gelten, für die Historiographie der Julikrise ist er dennoch immens relevant, da er durch seine Bücher und seinen wissenschaftlichen Anspruch bei der Quellensammlung viele spätere (kritisch eingestellte) Forscher entscheidend beeinflusst hat.²⁷

Nach dem Zweiten Weltkrieg und den nun in der Weltöffentlichkeit immer offensichtlicher werdenden Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen der Nationalsozialisten ging die internationale Geschichtsschreibung bezüglich der Julikrise in der nun immer mehr zwischen West und Ost aufgeteilten Welt erneut weit auseinander. Im Osten dominierte die kommunistisch - marxistische Geschichtsauffassung, die hier der Vollständigkeit halber kurz erwähnt werden soll. In Russland hatte man sofort nach der Revolution 1917 Unmengen an geheimen Aktenmaterial veröffentlicht, mit dem Ziel, nicht nur die Kriegsgegner der Mittelmächte anzuprangern, sondern auch das untergegangene Zarenreich und überhaupt das System des Kapitalismus als Hauptschuldigen am Scheitern der Friedensbemühungen während der Julikrise darzustellen. Die Aufarbeitung der Julikrise erfolgte, ähnlich wie in

²⁶ Für eine Zusammenfassung über Albertinis späteres Wirken und seine Ansichten zur Julikrise siehe auch Williamson, Samuel R. Jr.: *The origins of a tragedy*, St. Louis 1981, S. 20 – 23.

²⁷ Luigi Albertini war während des Ersten Weltkrieges als Journalist und Herausgeber der einflussreichen Zeitung „*Corriere della Sera*“ einer der Hauptverfechter eines italienischen Kriegseintrittes auf Seiten der Entente und somit befangen. Siehe hierzu und für eine ausführliche Beschreibung zu Luigi Albertinis historischem Wirken in den 1960er und 1970er Jahren Langdon: *July 1914 – The Long Debate*, S. 50 – 61.

Deutschland, unter politischen Gesichtspunkten, bis 1933 wurden England und das Deutsche Reich, oder besser gesagt ihre kapitalistischen Vertreter als Alleinschuldige angesehen. Historische Forschung konnte diesbezüglich überhaupt nur unter dem größeren Blickwinkel des Historischen Materialismus in größerem Umfang geschehen. Nach 1945 verstärkte sich dieser Trend noch, im Zuge des Kalten Kriegs wurde bei der Aufarbeitung der Julikrise auch immer mehr versucht, die USA und überhaupt den ganzen Westen als verantwortlich für den Kriegsausbruch darzustellen. Auch auf Seiten der ostdeutschen Historiker sah man nun keinen Grund mehr, Deutschland zu schonen, und warf ihm, gemeinsam mit allen anderen Großmächten, den unbedingten Willen zum Krieg vor, ohne den das kapitalistische System auf Dauer angeblich nicht funktionieren könnte.²⁸ Eine einigermaßen objektive, nicht von der Schuldfrage oder kommunistischer Ideologie geprägte Aufarbeitung der Ereignisse war nicht gewünscht und ist daher auch nicht in größerem Umfang erfolgt. Da die kommunistische Geschichtsschreibung und der Historische Materialismus nach 1990 / 1991 stark an Einfluss und Bedeutung verloren hat, soll hierauf auch nicht näher eingegangen werden, eine heutige Verwendung von sowjetischen Monographien zur Julikrise ist aus den oben genannten Gründen nicht anzuraten.²⁹

In Westeuropa und den USA ging man im Unterschied zur kommunistisch geprägten Geschichtsschreibung allerdings erstaunlicherweise (im Angesicht des 1939 gestarteten deutschen Angriffskriegs und der zahlreichen begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit) wieder vermehrt dazu über, Geschichtsschreibung im Sinne der von Lloyd George propagierten These vom Hineinschlittern aller Parteien in den Ersten Weltkrieg zu verfassen. Der Kriegsschuldparagraph von Versailles wurde als mitverantwortlich für die Radikalisierung Deutschlands angesehen, im Sinne der Völkerverständigung im zertrümmerten Europa wurde daher versucht die deutsche Verantwortung am Ersten Weltkrieg zurückzuschrauben. Der „*Entfesselung*“ des Zweiten Weltkrieges wurde nun wie bereits Eingang erwähnt bewusst der „*Ausbruch*“ des Ersten gegenübergestellt.

Die Motive hierfür waren unterschiedlich. Während es den Westmächte in Zeiten des Kalten Krieges vor allem auf eine Aussöhnung mit dem neuen Verbündeten, der Bundesrepublik Deutschland an kam, war für viele deutsche Historiker nach den Erfahrungen des Naziregimes und des Zweiten Weltkrieges wichtig darzulegen, dass der vom Nationalsozialismus geführte

²⁸ Vgl. *Mombauer*: The origins of the First World War, S. 121 – 123.

²⁹ Siehe hierzu und für eine weiterführende ausführliche Behandlung der Sowjetischen Historiographie zur Julikrise *Schlarp*, Karl-Heinz: Ursachen und Entstehung des Ersten Weltkrieges im Lichte der sowjetischen Geschichtsschreibung, Hamburg 1971.

Krieg eine einmalige Ausnahmereignung war, sozusagen ein Unfall der Geschichte. Eine Kontinuität zwischen 1914 und 1939 wollte man nicht erkennen. Überhaupt ging die Erforschung der Julikrise von 1914 in dieser Zeit auch in Deutschland merklich zurück, schließlich hätten die Historiker damals zumindest theoretisch mit der gerade zu Ende gegangenen Nazizeit auch mehr als genug aufzuarbeiten gehabt. Nachdem sich nun weitestgehend der Standpunkt der national gesinnten Revisionisten durchgesetzt hatte sah man die Diskussion um die Julikrise überhaupt weitestgehend für beendet an, vor allem in Deutschland.³⁰ Höhepunkt dieser Entwicklung war 1951 die Einsetzung einer französisch-deutschen Historikerkommission, angeführt von den beiden bereits weiter oben erwähnten Historikern Pierre Renouvin und dem jetzt in der deutschen Historikerlandschaft immer einflussreicher werdenden Gerhard Ritter. Die Empfehlung der Kommission war (nicht zuletzt auch auf politischen Druck hin, im Angesicht des beginnenden Kalten Krieges) nichts anderes als ein Festschreiben der alten Formel vom ungewollten Hineinschlittern der Mächte in den Krieg, welche nun nach dem Wunsch der Kommission auch in die deutschen und französischen Schulbücher Einzug finden sollte.³¹

Vor allem im deutschen Sprachraum hatte sich die revisionistische Ansicht über die Ereignisse vom Juli 1914, welche ja schon vorher von der Mehrheit der Historiker vertreten wurde, in den nächsten Jahren noch weiter verfestigt, nicht zuletzt auf Betreiben Gerhard Ritters. Die große innerdeutsche Wende in der als bereits beendet angesehenen Diskussion um die Julikrise kam jedoch nur wenige Jahre später, und zwar Anfang der 1960er Jahre in Form der von Fritz Fischer neu gegründeten und angeführten Hamburger Schule. Der Hamburger Universitätsprofessor und Historiker Fischer (Jahrgang 1908) stammte im Gegensatz zu Ritter und anderen national eingestellten Historikern bereits aus einer jüngeren Generation, welche den Ersten Weltkrieg nicht mehr selbst als Soldaten miterlebt hatten, sondern stattdessen vielmehr durch die Ereignisse der Naziherrschaft geprägt waren. In seinen beiden Hauptwerken „*Griff nach der Weltmacht*“ und „*Krieg der Illusionen*“³² stellte er auf Basis umfangreicher Recherchen die Antithese zur Hineinschlitterungsformel auf, in dem er quasi von einer langjährigen Verschwörung der deutschen Führung ausging mit dem Ziel, den

³⁰ Siehe hierzu *Mombauer: The origins of the First World War*, S. 119 – 127.

³¹ Die Kernaussage der Kommission lautete: „*The documents do not permit attributing a premeditated desire for a European war on the part of any government or people in 1914. Distrust was at a peak, ruling circles were dominated by the idea that war was inevitable. Each one accused the other of aggressive intentions; each accepted the risk of war and saw its hope of security in the alliance system and the development of armaments.*“ Siehe hierzu *Mombauer: The origins of the First World War*, S. 123 f sowie *McDonough: The origins of the First and Second World Wars*, S. 25 f.

³² *Fischer, Fritz: Krieg der Illusionen, die deutsche Politik von 1911 bis 1914*, Düsseldorf 1969.

europäischen Krieg vom Zaun zu brechen. Dies konnte in letzter Konsequenz bis heute nicht eindeutig bewiesen werden, aber dank Fischers umfangreicher Recherche und aus den Quellen kommenden Argumentation war die vorherrschende Doktrin vom sich nur verteidigenden Deutschland nicht mehr ohne weiteres haltbar. International konnte Fritz Fischer mit seinen Werken eine enorme Publicity erlangen, was vor allem auch darauf zurückzuführen ist, dass nun erstmals ein wesentlicher deutscher Historiker die Rolle des Kaiserreichs in der Julikrise kritisch hinterfragte und hierbei von der alteingesessenen Historikerzunft und etlichen deutsche Politiker nach Kräften behindert wurde.³³ Seine Thesen waren, abgesehen von der vermeintlichen nationalen Schande, auch deshalb so enorm umstritten, weil sich in den 1960er Jahren in Westdeutschland immer noch die Frage nach der endgültigen deutschen Ostgrenze stellte. Fritz Fischers Thesen liefen im Wesentlichen auf eine Kontinuität der Kriegsziele von 1914 bis 1939 / 41 hinaus, wohingegen die offizielle Position darauf hinauslief, die nationalsozialistische Herrschaft und den Zweiten Weltkrieg als einmaliges, nicht wiederholbares Ereignis darzustellen, welches keine tiefere historische Wurzeln hätte. Erst als durch die neue Ostpolitik von Bundeskanzler Willy Brandt 1970 die Oder- Neisse Linie als definitive deutsche Ostgrenze gegenüber Polen und der UdSSR zugesichert wurde und man sich so mit dem Status Quo abfinden musste, verlor die Fischerkontroverse an politischem Zündstoff.

Nach dem teilweisen Abebben der Fischerkontroverse in den 1970er und 1980er Jahren wurden einige seiner Thesen als neues historisches Allgemeingut akzeptiert, wenngleich auch die Vorstellung vom jahrelang geplanten und mutwillig vom Zaun gebrochenen Weltkrieg bis heute umstritten ist und noch nicht endgültig bewiesen werden konnte. Ein wesentlicher und andauernder Effekt von Fischers Publikationen und der Reaktion der Öffentlichkeit war jedenfalls, dass seine Thesen ähnlich selbstkritische Untersuchungen auch in anderen Ländern hervorriefen, etwa betreffend die Rolle von Ländern wie Frankreich, Russland, Österreich,

³³ Schon Fischers „*Griff nach der Weltmacht*“ wurde von Historikerkollegen wie Gerhard Ritter, Percy Ernst Schramm oder Theodor Schieder mit Titeln wie „Landesverrat“ oder „*nationale Katastrophe*“ beschrieben. Der Höhepunkt der Fischerdiskussion wurde schließlich Angesichts des 50jährigen Jubiläums des Kriegsausbruchs 1964 erreicht, als von Seiten der national gesinnten deutschen Historiker starker politischer Druck auf Fischer ausgeübt wurde. So wurden etwa an Lehrer und Schüler staatlich finanzierte Schriften in hoher Auflage verteilt, in denen Fischer auf Grund seiner Werke der „*Zersetzung des Wehrwillens*“ beschuldigt wurde. Auf die Intervention von drei Historikern (unter ihnen Gerhard Ritter) wurden anschließend die Mittel für eine bereits lange geplante Amerikareise Fischers gestrichen. Man wollte ihn nur reisen lassen, wenn zwei weitere deutsche Historiker ihn begleiten und in seinen Thesen korrigieren würden, also quasi ein Zensurversuch. Fischer konnte dann durch private Spenden und auf Initiative amerikanischer Historikerkollegen dennoch ausreisen, erst durch die Umstände dieser Reise und die publizistische Behandlung der Hintergründe wurden Fischer und seine Thesen zur Julikrise paradoxerweise einem breiterem Publik bekannt, entgegen der Intention der nationalen Historiker. Siehe für die zitierten Aussagen und die Ansichten von Fischer selbst zur Kontroverse *Fischer: Juli 1914, Wir sind nicht hineingeschlittert*, S. 54 -63 sowie 70 – 73.

Großbritannien oder Serbien, sodass ein wesentlich breiteres Bild der Julikrise entstand.³⁴ Auch machten sich etliche von Fritz Fischers Schülern selbst einen Namen, wie etwa Imanuel Geiss, der neben zahlreichen Quellensammlungen³⁵ auch die bisher weitläufigste Betrachtung über die Ursachen und Wirkungszusammenhänge des Kriegsausbruches verfasste.³⁶ Gemeinsam ist ihnen allen die Betonung einer Kontinuität zwischen im weitesten Sinne 1871 und 1945, mit der Julikrise 1914 als zentralem Wendepunkt.³⁷

Die in den letzten fünfzehn Jahren erschienen Publikationen zur Julikrise lassen diesbezüglich noch immer keinen echten Konsens zwischen den beiden großen verbliebenen Richtungen erkennen, und unterscheiden sich vor allem weiterhin in der Frage, ob Deutschland im Juli 1914 einen Angriffskrieg oder einen „präventiven Verteidigungskrieg“ führte (wobei präventiv hier allerdings nicht mehr im Sinne eines unmittelbar bevorstehenden feindlichen Angriffs verstanden wird, sondern die Unmöglichkeit für einen erfolgreichen Angriffskrieg ein paare Jahre nach dem Juli 1914 als „Verteidigungsgrund“ angegeben wird). Zeitgleich gab und gibt es etliche Versuche, die Julikrise auf aktuelle Ereignisse umzulegen und durch etwaige Parallelen Prognosen für diese abgeben zu können. Da der Weltkrieg eben kein Naturereignis war sondern verhindert werden hätte können lag zu den Spätzeiten des kalten Kriegs ein Hauptaugenmerk auf Konfliktbewältigung und dem Versagen derselben im Juli 1914. Das Vergleichsthema des kalten Kriegs ist hierbei dann nach 1991 vor allem durch den Aufstieg Chinas und die Konkurrenz mit den USA abgelöst worden, wobei die USA als Supermacht in der Argumentation meist für Großbritannien und China für Deutschland resp. die Mittelmächte steht, und vor einem neuen Wettrüsten respektive zu mehr Verständigung gemahnt wird.³⁸ Im Vergleich zur publizistischen Tätigkeit während der 1920er Jahre oder zur Zeit der Fischerkontroverse ist die Beschäftigung mit der Julikrise im letzten Jahrzehnt zwar zugunsten anderer Problemfelder in der deutschen Geschichte deutlich zurückgegangen, anlässlich des 90jährigen Jubiläums des Kriegsausbruches 2004 ist es aber zu einer Reihe von neuen Publikationen gekommen. Im Vordergrund steht jedoch bei den meisten dieser Neuerscheinungen nicht mehr nur das Verhalten der deutschen Führung während der

³⁴ für eine ausführliche Beschreibung vgl. *Mombauer: The origins of the First World War*, S. 162 sowie 186 – 208.

³⁵ *Geiss, Imanuel: Julikrise und Kriegsausbruch*, Band I, Hannover 1963, *Geiss, Imanuel: Julikrise und Kriegsausbruch 1914, eine Dokumentensammlung*, Band II, Hannover 1963, sowie *Geiss, Imanuel: Juli 1914, die europäische Krise und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs*, München 1965.

³⁶ *Geiss, Imanuel: Der lange Weg in die Katastrophe, die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs, 1815 - 1914*, München 1990.

³⁷ Siehe z.B. abermals Geiss für ein noch weiteres Ausgreifen in *Geiss, Imanuel: Die deutsche Frage 1806 - 1990*, Wien 1992.

³⁸ Für ähnliche Beispiele siehe Vgl. *Mombauer: The origins of the First World War*, S. 180 -186.

Julikrise, sondern auch andere Teilaspekte wie etwa diesbezügliche militärisch- diplomatische Untersuchungen im Vorfeld³⁹ oder weiter reichende Analysen des deutschen Weltmachtsstreben respektive dessen theoretischen Grundlage, der Weltreichslehre⁴⁰. Die letzte umfangreichere Publikation welche sich ausschließlich mit den Ereignissen der Julikrise aus der Sicht der deutschen Führung beschäftigt ist vom deutschen Historiker Lüder Meyer-Arndt verfasst worden, und alleine schon deren provokanter Untertitel „*wie Deutschland in den Ersten Weltkrieg stolperte*“ zeigt, dass es auch im 21. Jahrhundert, fast 90 Jahre nach Versailles und mehr als 30 Jahre nach der Fischerkontroverse noch möglich ist, einen derartigen Standpunkt mit Hilfe von authentischen Quellen durchaus überzeugend einzunehmen.⁴¹ Abschließend bleibt zu sagen, dass die historiographische Entwicklung seit der Fischerkontroverse wesentliche Fortschritte in Richtung einer objektiveren Betrachtung gemacht hat, wenngleich auch heute noch auf Grund der in diesem Kapitel aufgezeigten Gründe eine ganz besondere Vorsicht bei Quelleneditionen und Sekundärliteratur zur Julikrise geboten ist.

Im anschließenden Kapitel mit dem Titel „*Machtstrukturen*“ erfolgt nun zunächst der Versuch einer einschränkenden Definition der für die Julikrise relevanten „*deutschen Führung*“, gemeinsam mit einem kurzer Umriss der ihr zugrunde liegenden Institutionen und ihrer jeweiligen Leiter, welche für das Hauptkapitel zur Julikrise dann die theoretische Grundlage liefern soll.

³⁹ Zum Beispiel *Mombauer*, Annika: *Helmuth von Moltke and the origins of the First World War*, Cambridge 2003 oder auch für maßgebliche Vertragsverhandlungen unmittelbar vor der Julikrise *Schröder*, Stephen: *Die englisch-russische Marinekonvention, Das Deutsche Reich und die Flottenverhandlungen der Tripelentente am Vorabend des Ersten Weltkriegs*, Göttingen 2006.

⁴⁰ Zum Beispiel *Neitzel*, Sönke: *Weltmacht oder Untergang, die Weltreichslehre im Zeitalter des Imperialismus*, Paderborn 2000.

⁴¹ *Meyer-Arndt*, Lüder: *Die Julikrise 1914, wie Deutschland in den Ersten Weltkrieg stolperte*, mit einem Geleitwort von Imanuel Geiss, Köln 2006.

Machtstrukturen

Woraus setzt sich die deutsche Führung zusammen?

Um die Frage nach dem Verhalten der deutschen Führung während der Julikrise zu beantworten ist es zunächst notwendig eine Definition derselben aufzustellen. Unter dem Begriff „*deutsche Führung*“ ist hierbei nicht die Gesamtheit der Administration des Kaiserreiches gemeint, sondern lediglich solche Institutionen, welche in der Julikrise die Außenpolitik und die Entscheidung über Krieg oder Frieden maßgeblich mitbestimmen konnten. Wer konnte Mobilisierungsmaßnahmen veranlassen? Die Zustimmung welcher Institutionen war für die Kriegserklärung notwendig? Wer war für die Ausarbeitung und Umsetzung der Kriegspläne verantwortlich? Welche Institutionen waren für die Außenpolitik und somit für die Informationspolitik mit den anderen Großmächten zuständig? Wer hatte die Regierungsführung und die Koordination zwischen all diesen Stellen über?

Diesen Fragen wird auf zwei Ebenen nachgegangen. Zuerst erfolgt immer ein Blick auf die verfassungsrechtliche Position der jeweils zuständigen Institution. Dann erfolgt eine Betrachtung derjenigen Personen, welche im Juli 1914 die Institution anführten oder ihre Entscheidungsfindung wesentlich beeinflussen konnten. Gleichzeitig wird als Kombination der ersten beiden Ebenen herausgearbeitet, welchen Einfluss die verfassungsrechtlich festgelegten Institutionen und ihre Leiter im politischen Alltag tatsächlich innehatten. Die Gesamtheit dieser Institutionen dient somit dann schließlich als Definition für den in der Arbeit verwendeten Begriff von der deutschen Führung.

Wer konnte Mobilmachung und Krieg erklären?

Um diese und weitere Frage beantworten zu können, ist es notwendig, kurz auf den strukturellen Aufbau des deutschen Kaiserreichs und der deutschen Verfassung einzugehen. Das Deutsche Kaiserreich wurde 1871 als Bundesstaat durch offiziell unabhängige Einzelstaaten unter der Führung Preußens gegründet. Formell war es eigentlich nur eine Erweiterung des Norddeutschen Bundes von 1867 um die süddeutschen Staaten Bayern,

Baden und Württemberg. Durch die Umbenennung des Bundesvorstandes erhielt der Bund jedoch einen übergeordneten imperialen Anstrich, in der Verfassung von 1871 wurde diesbezüglich in Art. 11 festgeschrieben, dass der Vorsitz des Bundes dem preußischen König zustand, und zwar unter dem Namen „*Deutscher Kaiser*“⁴². Die großteils monarchisch regierten Einzelstaaten konnten zwar auf Grund der lockeren Struktur des Bundes viele Sonderrechte behalten, ein beträchtlicher Teil ihrer Souveränitätsrechte wie etwa die Vertretung im Ausland und die Möglichkeit zur Kriegserklärung ging aber auf das neue Deutsche Reich als nun übergeordnete Bundesinstanz über. Ebenfalls in Art. 11 werden weiters die diesbezüglichen Rechte und Pflichten des Kaisers als obersten Bundesfeldheeren genauer aufgezählt: „*Der Kaiser hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen.*“ Der Kaiser nimmt hier also eine ganze zentrale Stellung ein, ohne ihn konnte laut Verfassung kein Krieg begonnen und gegen ihn keine Außenpolitik geführt werden. Über die Frage nach Krieg und Frieden konnte der Kaiser jedoch trotzdem nicht alleine entscheiden, da zur Erklärung des Krieges zusätzlich noch „*die Zustimmung des Bundesrathes erforderlich [ist], es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt.*“ Der Kaiser konnte Krieg laut Verfassung also nur im reinen Verteidigungsfalle uneingeschränkt erklären und war ansonsten hierzu auf den verfassungsmäßig gleichrangigen Bundesrat angewiesen, welcher sich wiederum aus Vertretern der einzelnen Bundesstaaten zusammensetzt.⁴³ De facto wurde diese wesentliche Einschränkung in dessen Befehlsgewalt aber dadurch wieder abgeschwächt, dass der Kaiser immer auch gleichzeitig König von Preußen war und ihm dadurch 17 der 58 Sitze im Bundesrat besetzen konnte (Art.6). Zwar verfügte er damit noch über keine direkte Stimmenmehrheit, der Kaiser konnte aber durch die wirtschaftliche, politische und militärisch dominante Stellung Preußens gegenüber den abhängigen Klein- und Stadtstaaten realpolitisch starken Druck ausüben.⁴⁴ Außerdem stand dem Kaiser laut Art. 12 der Verfassung das Recht

⁴² Gesetz betreffend die Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871, abgedruckt in: *Huber, Ernst Rudolf: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Band 2, Deutsche Verfassungsdokumente 1851-1900, Stuttgart 1986, S. 384 – 402.*

⁴³ Ernst Rudolf Huber sieht in seiner deutschen Verfassungsgeschichte den Bundesrat laut Verfassung ursprünglich sogar überhaupt als höchstes Reichsorgan und den deutschen Kaiser lediglich als *primus inter pares* unter den anderen Reichsfürsten an, weist aber zu Recht darauf hin, dass sich die realpolitische Situation bereits zwei Jahrzehnte nach der Reichsgründung völlig anders darstellte. Mit der fortschreitenden Zentralisierung der Reichsverwaltung verlagerte sich das Machtzentrum immer mehr zum Kaisertum, während der Bundesrat und die Reichsfürsten auch auf Grund der im weiteren Text erwähnten Gründe immer mehr in die Rolle von untergeordneten Handlangern abgedrängt wurden. Siehe *Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Band III, Bismarck und das Reich, dritte wesentlich überarbeitete Auflage, Stuttgart 1988, S. 811 – 815.*

⁴⁴ Vgl. hierzu *Boldt, Hans: Deutsche Verfassungsgeschichte, Band 2, Von 1806 bis zur Gegenwart, München 1993, S. 183 f.*

zu, „den Bundesrath ... zu berufen, zu eröffnen, zu vertagen und zu schließen“, und Art. 15 legte zusätzlich noch fest, dass der Vorsitz im Bundesrat und die Leitung der politischen Geschäfte einem vom Kaiser zu ernennenden Reichskanzler zukam. Während der Kaiser also in seiner Möglichkeit, den Krieg zu erklären, nominell vom Bundesrat eingeschränkt war, standen ihm verfassungsmäßig und realpolitisch gleich mehrere Möglichkeiten offen, diese Beschränkung zu umgehen. Ein wesentlich stärkeres Hindernis war die in Artikel 17 der Verfassung festgeschriebene Gegenzeichnungs- und Verantwortlichkeitsklausel, da laut ihr die Zustimmung des Reichskanzlers zur Kriegserklärung (wie auch zu allen anderen außenpolitischen Aktionen) notwendig war. Der Kaiser konnte zwar theoretisch bei Verweigerung der Zustimmung den Reichskanzler sofort entlassen und durch einen willfährigen Kriegsbefürworter ersetzen lassen, bei einem bevorstehenden großen europäischen Krieg war dies jedoch alleine schon auf Grund der Propagandawirkung realpolitisch kaum möglich. Dennoch hatte der Kaiser die letzte Entscheidungshoheit inne, ohne seine Entscheidung konnte letztlich kein Krieg geführt werden.

Auch bei der Anordnung der Mobilisierung des deutschen Heeres nimmt der Kaiser die zentrale Rolle ein. Er hatte verfassungsrechtlich verankert den Oberbefehl sowohl über das gesamte Heer als auch über die Reichskriegsmarine (Art. 53 und Art. 63). Des Weiteren war der Kaiser auch bevollmächtigt, nach eigenem Entscheiden sowohl bei der Marine als auch beim Heer die höheren Offiziere und Beamten zu ernennen und auch wieder zu entlassen. (Art 53 und Art. 64). Letztlich und für die Mobilisierung maßgeblich, bestimmte der Kaiser laut Art. 63 der Verfassung auch noch den „Präsenzstand, die Gliederung und Einteilung der Kontingente des Reichsheeres, sowie die Organisation der Landwehr“ und hatte das Recht „innerhalb des Bundesgebietes die Garnisonen zu bestimmen, sowie die kriegsbereite Aufstellung eines jeden Theils des Reichsheeres anzuordnen“. Der Kaiser alleine hatte also die uneingeschränkte Hoheit über alle die Mobilisierung betreffenden Entscheidungen inne.

Bezüglich der für die Bearbeitung der Julikrise zentralen Frage nach Autorisierung der Mobilisation und Kriegserklärung ist also die Institution des deutschen Kaisers in seiner Funktion als oberster Kriegsherr von übergeordneter Wichtigkeit. Inne hatte diese Position im Juli 1914 Wilhelm II. von Hohenzollern, der seit 1888 preußischer König und deutscher Kaiser war. Im persönlichen Bereich ist anzumerken, dass der Kaiser durch eine geburtsbedingte Behinderung seines linken Armes beeinträchtigt war, welche er durch dementsprechendes Posieren und Prahlerei in der Öffentlichkeit zu überspielen suchte. Auch

wurden bereits kurz nach seiner Amtseinsetzung Stimmen laut, die Wilhelm II. eine Geisteskrankheit unterstellten, aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte der Kaiser manisch depressiv gewesen sein.⁴⁵ Diese persönlichen Defizite wogen umso schwerer, als sich Wilhelm II. bereits kurz nach seiner Machtübernahme unter dem Schlagwort vom „*persönlichen Regiment*“ in den Mittelpunkt der Regierungsgeschäfte stellte und den jeweiligen Reichskanzler (den er laut Verfassung ja jederzeit entlassen konnte) auf den Status eines Handlangers herabstufen wollte. Er hatte autokratische Ansichten und erhob den Anspruch, in der Außenpolitik die alleinigen Richtlinien vorzugeben. Seine diversen Eskapaden und diplomatischen Affronts konnten von den jeweiligen Reichskanzlern und Freunden des Kaisers nur durch ein System der ständigen Schmeichelei und Unterschlagung brisanter Nachrichten begegnet werden, was Wilhelms Entfremdung von der Realität noch verstärkte.⁴⁶ Unter der Regentschaft von Reichskanzler Bülow wurde das System des persönlichen Regiments dann endgültig pervertiert, und die Manipulation des Kaisers auf die

⁴⁵ Die These vom geisteskranken Wilhelm II. wird heute vor allem von John C. G. Röhl vertreten, der als der einflussreichste Biograph des Kaisers gilt. Verursacht soll die Krankheit 1878 in der Jugend durch eine seltene Form der Mittelohrentzündung worden sein, welche sich angeblich bis ins Gehirn verbreitete. Während seiner Regierungszeit war die daraus resultierende Geisteskrankheit (auch im Ausland) ein schlecht gehütetes Geheimnis, zeitweise wurden seitens der Bundesländer bei besonders schlimmen Ausbrüchen sogar die Möglichkeit eines Reichs- Staatsstreichs in Betracht gezogen! Das Krankheitsbild deutet aus heutiger Sicht auf bipolar, also auf spontan wiederkehrende manisch- depressive Phasen hin. Die manischen Phasen Wilhelms waren hierbei von einem besonderen Sadismus geprägt, welcher sich im Umgang mit anderen Staatsoberhäuptern und in seinen öffentlichen Reden bemerkbar machte. Berüchtigt ist etwa seine Rede anlässlich des Boxeraufstandes in China, wo er von seinen Soldaten forderte die dortigen Zivilisten erbarmungslos „*wie die Hunnen*“ zu bestrafen. 1897 verstieg er sich in einer Rede dazu, von Bismarck und Moltke dem Älteren als „*Handlanger und Pygmäen*“ zu sprechen, und 1900 forderte er bei einem Streik der Berliner Straßenbahnfahrer, dass „*beim Einschreiten der Truppe mindestens 500 Leute zur Strecke gebracht werden*“. Andere, ursprünglich befreundete Monarchen machte er sich zu Feinden, in dem er sie tätlich angriff. Dem bulgarischen König Ferdinand schlug er auf den Hintern, dem russischen Großfürsten Wladimir schlug er gar mit einem Marschallstab auf den Rücken. Anderen Gästen drückte er beim Handschlag seine Ringe, welche er absichtlich nach innen drehte ins Fleisch. Die Symptome der Krankheit waren aber nicht ständig präsent, sodass es immer wieder längere Phasen gab in denen der Kaiser normal erschien. Für die Julikrise sind aus den Quellen diesbezüglich keine schwereren Beeinträchtigungen bekannt (es sei denn man bezieht Wilhelms emotionale Ausbrüche gegen Serbien und Großbritannien hier mit ein), restlos ausgeschlossen werden kann deren Auftreten jedoch auch nicht. Siehe *Röhl*, John C. G.: Kaiser, Hof und Staat, Wilhelm II. und die deutsche Politik, Vierte und erweiterte Auflage München 1995, S. 17 – 34.

Wahrscheinlich nicht unmittelbar durch seine Krankheit hervorgerufen aber dennoch erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch der Rassismus und Antisemitismus von Wilhelm II., welcher vor allem nach seiner Absetzung als Kaiser 1918 besonders stark durchbrach. Wilhelm, der sich während seiner Regentschaft sogar einmal kurzfristig für ein jüdisches Palästina aussprach, nahm im niederländischen Exil die spätere nationalsozialistische Diktion der Nationalsozialisten fast vollständig vorwegnahm, da er zu Unrecht vor allem den Juden die Schuld am verlorenen Krieg und am Untergang des Kaiserreiches gab. Siehe *Röhl*, Kaiser: Hof und Staat, S. 203 – 224.

⁴⁶ Dies galt unter Reichskanzler Caprivi von 1890 bis 1894 auch noch in umgekehrter Richtung, mehrmals kam es vor dass Vertrautete des Kaisers autokratische Anwandlungen oder krankheitsbedingte Wutausbrüche vor Caprivi geheim hielten, um diesen „*nicht unnötig mißmutig zu machen*“. Verbreitet war die Ansicht der Kaiserfreunde, mit Wilhelm auf einem sprichwörtlichen Pulverfass zu sitzen, das jederzeit explodieren könne. Siehe *Palmer*, Alan: Kaiser Wilhelm II., Glanz und Ende der preußischen Dynastie, Wien 1982, S. 75 – 78.

Spitze getrieben.⁴⁷ 1908 waren die bekannt gewordenen Skandale schließlich so empörend geworden, dass der Kaiser auf öffentlichen Druck hin auch formell auf sein persönliches Regiment verzichten musste, und zunächst nur mehr im Hintergrund Einfluss auf die Tagespolitik nahm. Auf Grund seiner verfassungsrechtlichen Machtstellung als oberster Kriegsherr des Reiches bildet er dennoch die zentrale Figur während der Julikrise bezüglich des Kriegsausbruchs. Hierbei ist erwähnenswert, dass sich Wilhelm II., abgesehen von seinen krankheitsbedingten Zornausbrüchen und seinen diplomatischen Affronts während seiner dreißigjährigen Regierungszeit ständig als Friedenskaiser profilieren wollte. Reichskanzler Bülow vertraute er einmal an, dass er sich in der Tradition von Friedrich Wilhelm I. sah, und wie dieser „*das Rüstzeug schmieden [wolle], das einst [sein] Sohn, noch besser [sein] Enkel brauchen solle.*“⁴⁸ Also Aufbau des Heeres und der Marine und Vermehrung des deutschen Prestiges als Ziel, aber keine Krieg, so zumindest die Wunschvorstellung des Kaisers.⁴⁹ Dies erscheint rückblickend angesichts des vom Kaiser autorisierten Ersten Weltkrieges paradox, stimmt aber mit seinen vorangegangenen Taten überein. In kriegsgefährlichen Ereignissen wie den beiden Marokkokrisen oder den diversen Balkankriegen war letztlich immer Wilhelm II. der entscheidende Hindernisgrund für den Ausbruch eines Krieges, da er sich auf den Standpunkt stellte unter keinen Umständen einen Angriffskrieg führen zu wollen und seine Zustimmung hierfür ja unbedingt nötig war. Als Grund gab er nicht zuletzt die Furcht vor inneren Unruhen, namentlich durch die verhassten Sozialdemokraten an, welche er als mögliche Gefährdung seines Thrones ansah. Erst als er Großbritannien Dezember 1912 endgültig auf Seiten Russlands und Frankreichs wählte lies er kurzfristig für einen Angriffskrieg planen, kam jedoch augenscheinlich bald wieder davon ab.⁵⁰ Im Wesentlichen war der Kaiser jedoch immer gegen ein Kriegsabenteuer gewesen, was ihm (sehr zu seinem Leidwesen) im In- und Ausland den Ruf eines Zauderers und Prahlers einbrachte, da er im Gegensatz zu seiner friedensbewahrenden Position eben auch seine diversen martialische Reden hielt. Auch innerhalb der deutschen Führung galt Wilhelm II. als Haupthindernis für

⁴⁷ Bereits zu seinem Amtsantritt hatte Reichskanzler Bülow vom Kaiserintimus Philip Eulenberg den Rat bekommen, dass er stets erreichen werde was wer wolle, solange er es nicht versäume, seine Bewunderung für Wilhelm Ausdruck zu verleihen. Daran hat sich Bülow auch während der acht Jahre seiner Kanzlerschaft stets gehalten und zwang so dem Kaiser mittels Schmeichelei und Manipulation seine Politik förmlich auf und hielt Wilhelm von der Verwirklichung von etlichen (auch positiven) Vorhaben ab. Siehe *Palmer: Kaiser Wilhelm II.*, S. 122.

⁴⁸ *Bülow*, Bernhard Fürst von (Hrsg. von *Stockhammern*, Franz): *Denkwürdigkeiten, Von der Marokko-Krise bis zum Abschied*, Berlin 1930, S. 65.

⁴⁹ Für eine ausführliche Zusammenfassung über die Präsentation von Wilhelm II. als Friedenskaiser und seine Wunschvorstellungen als „*friedlicher Napoleon*“ in die Geschichte einzugehen und auf diesem Weg die Vorherrschaft in Europa einzunehmen siehe *Afflerbach*, Holger: *Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr im Ersten Weltkrieg*, Quellen aus der militärischen Umgebung des Kaisers 1914 - 1918, München 2005, S. 8 – 14.

⁵⁰ Siehe *Fischer: Krieg der Illusionen*, S: 231 – 288.

eine aggressive Außenpolitik, da er im Zweifelsfall wie gesagt immer für den Frieden votierte.⁵¹ Während der Julikrise wurde er daher von seiner eigenen Regierung systematisch umgangen, er wurde unter einem Vorwand auf einen mehrwöchigen Urlaub geschickt und wichtige diplomatische Nachrichten wurden ihm nur mehr in (verfälschend) gekürzter Form gezeigt. Wie im Kapitel über die Ereignisse der Julikrise zu sehen sein wird nimmt die Institution und Person des Kaisers hier die tragischste Rolle ein. Als oberster Heerführer und eigentlich Chef der Außenpolitik wird der einst mächtige Kaiser immer mehr übergangen, und als Wilhelm II. in den letzten Julitagen den Krieg noch aufzuhalten versucht, wird er bei seinen Friedensbemühungen sabotiert, hintergangen und schließlich vor vollendete Tatsachen gestellt.⁵² Der Kaiser wird es sodann auch sein, welcher Ende Juli 1914 kraft seiner verfassungsmäßigen Stellung den Befehl zur Mobilmachung erlässt und wenig später daraufhin Russland den Krieg erklärt.

Wer erstellte die Kriegs- und Mobilmachungspläne?

Diese Frage ist für die Julikrise deswegen von Relevanz, weil die rigiden und ohne Alternative erstellten Kriegspläne die zur Verfügung stehende Zeit für die Suche nach einer friedlichen Lösung enorm eingeschränkt haben und die zuständigen Planer somit erheblichen Einfluss auf den Ablauf der Ereignisse erhielten. Die Militärverwaltung des deutschen Kaiserreiches setzte sich hierbei im Wesentlichen aus drei großen Organisationen zusammen, dem preußischen *Kriegsministerium*, dem *Militärkabinett* und dem *Großen Generalstab*. Dem Kriegsministerium oblag die Verwaltung des Heeres und die Requirierung und Verwaltung der nötigen finanziellen Mittel. Das Militärkabinett war für Personalangelegenheiten und die Vermittlung zwischen den Behörden untereinander zuständig. Der Große Generalstab hingegen war für die Beobachtung der gegnerischen Nationen, das kriegswichtige Eisenbahnwesen, die Abhaltung von Manövern und vor allem die Ausarbeitung der Kriegs- und Mobilisationspläne verantwortlich. Zu erwähnen ist hierbei, dass all diese Ämter pro forma eigentlich nur für Preußen und nicht das ganze Kaiserreich galten, so unterhielt zum Beispiel Bayern noch bis zum Ende des Kaiserreiches einen eigenen Generalstab. Aber durch das machtpolitische Übergewicht und die Abwesenheit von vergleichbaren reichsweiten

⁵¹ Siehe *Afflerbach*: Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr, S. 10 – 14.

⁵² Anmerkung: Dies ist die persönliche Position des Autors, begründet und argumentiert im nachfolgenden Kapitel über die Ereignisse des Juli 1914. Die Fischer- Schule vertritt teilweise eine andere Interpretation, nach der Wilhelm II. seit dem Kriegsrat von 1912 den Krieg kontinuierlich geplant haben soll und gemeinsam mit seiner Regierung 1914 bewusst vom Zaun gebrochen haben soll.

Militärinstitutionen waren diese preußischen Institutionen de facto auch für das gesamte Reich zuständig.

Für die Ausarbeitung der Angriffs- und Mobilisierungspläne im Speziellen war die Abteilung II des Großen Generalstabes zuständig, welche seit 1906 Helmuth von Moltke dem Jüngeren unterstand.⁵³ Hier erfolgte abgeschottet von der Öffentlichkeit und ohne direkte Kontrollmechanismen die Bearbeitung der Mobilisationspläne. Auch die zivilen maßgeblichen Stellen wie etwa Reichskanzler und äußeres Amt wurden über die strategische Ausrichtung aus Gründen der Geheimhaltung nur teilweise informiert, sodass eine Abstimmung zwischen den einzelnen Behörden nur eingeschränkt möglich war und der Spielraum der deutschen Außenpolitik im Juli 1914 erheblich eingeschränkt wurde.⁵⁴ Moltke hatte das Amt 1906 von Alfred von Schlieffen übernommen, und dessen bekannten gleichnamigen Angriffsplan bis zur Julikrise ständig modifiziert und in einem ähnlich aussehenden aber von anderen Voraussetzungen ausgehenden „*Moltkeplan*“ umgearbeitet. Chef des Großen Generalstabes wurde er nicht nur wegen seiner Qualifikation, sondern weil er als Neffe von Moltke dem Älteren (dem Sieger von 1866 und 1871) einen für Wilhelm II. gut klingenden Namen hatte. Moltke entwickelte sich zugleich auch zu einem der stärksten Verfechter eines auch unprovokierten Angriffskrieges, da der die Überlegenheit des deutschen Heeres nach 1914 nicht mehr garantieren konnte. Während der Julikrise intrigierte er (wie im Kapitel zur Julikrise später beschrieben wird) hinter dem Rücken des Kaisers und der Regierung für den Krieg, indem er Österreich- Ungarn noch zusätzlich zum Krieg gegen Serbien antrieb und zur Mobilisierung aufforderte, sodass man sich Wien die berühmte Frage stellte, wer den in Berlin regiere, Moltke oder doch noch der Kaiser.

Im Gegensatz zur zivilen Verwaltung hatte der Kaiser aber, wie weiter oben beschrieben zumindest in der Theorie die militärische Kommandogewalt trotzdem uneingeschränkt zur Verfügung. Er brauchte hierbei für seine im Rahmen der Verfassung gegebenen Anordnungen auch keine wie sonst im zivilen Bereich übliche Gegenzeichnung durch den Reichskanzler, und konnte auf die militärischen Stellen durch seine Verfügungsgewalt in Personalsachen

⁵³ Siehe *Mombauer*, Annika: Helmuth von Moltke and the origins of the First World War, Cambridge 2001, S. 34 – 36.

⁵⁴ So wurden zum Beispiel den beiden Reichskanzlern Bülow (1904/05) und Bethmann Hollweg (1909) zwar die Varianten des Schlieffen- respektive Moltkeplans zur Bestätigung trotz Geheimhaltung in groben Zügen beschrieben, relevante Details die auf die Notwendigkeit einer sofortigen Kriegserklärung nach der Mobilisierung hinausliefen wurden jedoch unterschlagen respektive geheim gehalten, wodurch in der Schlussphase der Julikrise friedenserhaltende Verhandlungen letztlich unmöglich gemacht wurden. Siehe *Huber*, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Band IV, Struktur und Krisen des Kaiserreichs, Stuttgart 1969, S.540 – 544.

großen Einfluss ausüben. Diese Besonderheit des deutschen Kaiserreiches geht noch auf den preußischen Verfassungskonflikt zurück und hatte zum Zweck, dass der Reichskanzler resp. der preußische Kriegsminister die kaiserlichen Maßnahmen nicht vor dem Parlament verteidigen musste. Ein Haupteffekt dieser Trennung war aber dadurch auch, dass das Militär immer unabhängiger von Reichskanzler, Regierung und Parlament wurde und auf dieses praktisch nur mehr bei Heeresvergrößerungen oder zusätzlichem Geldbedarf angewiesen war. Eine wirkungsvolle parlamentarische Kontrolle war dadurch kaum mehr möglich.⁵⁵

Dieser Umstand ist insofern relevant, als durch diese eigenständige Machtbasis des Militärs die Entscheidungsträger während der Julikrise ab einem gewissen Zeitpunkt bereits in ihren tatsächlichen Möglichkeiten stark eingeschränkt waren. Der vom Generalstab unter Moltke ausgearbeitete Angriffsplan setzte durch seinen ihm zugrunde liegenden Aufbau (schneller Vernichtungskrieg gegen Frankreich, dann Wende gegen Russland) bei einer russischen Mobilmachung eine baldige deutsche Kriegserklärung an Russland und einen unprovzierten Angriff gegen das neutrale Belgien (um schnell in Frankreich einfallen zu können) praktisch zwingend voraus. Dadurch würde aber auch Großbritannien in den Krieg eintreten. Ohne alternativen Aufmarschplan war der europaweite Krieg damit bei einer russischen Mobilisierung aus Sicht der Militärs praktisch nicht mehr zu vermeiden. Zwar gab es ursprünglich sehr wohl auch einen Aufmarschplan nur gegen Russland, dieser wurde wegen der hohen Wahrscheinlichkeit eines Zweifrontenkrieges jedoch ab 1913, also nur ein Jahr vor der Julikrise nicht mehr weiter verfolgt.

Aber auch wenn die Heeresinstitution weitgehend selbständig waren und durch ihre Planung Druck ausüben konnten blieb die eigentliche Macht bis zum Kriegsausbruch uneingeschränkt in der Hand des Kaisers und der Regierung. Als wichtigstes Indiz dafür soll in einem Vorgriff auf das Kapitel zu den Ereignissen der Julikrise bereits hier die berühmte Krisensitzung im Schloss des Kaisers am 1. August 1914 erwähnt werden, also am Tag des Kriegsausbruches. Ausgangspunkt dieser Sitzung war eine Falschmeldung des deutschen Botschafters in Berlin, dass England im bereits begonnenen Deutsch- Russischen Krieg nicht nur selbst neutral bleiben wollte, sondern auch noch eine Neutralitätsgarantie für Frankreich abgebe, falls Deutschland von einem Angriff auf dieses Land absehe. Als der Kaiser nun die Möglichkeit eines nun nur mehr gegen Russland begrenzten Krieges sieht und an den Chef des Großen Generalstabs Moltke folgerichtig die Anweisung gibt, den Aufmarsch gegen Frankreich zu

⁵⁵ Vgl. *Boldt*: Deutsche Verfassungsgeschichte. Band 2, S. 205 – 210.

stoppen, tätigt dieser seine bekannte Aussage von der Unmöglichkeit des Aufmarschstopps und von „*dem wüsten Haufen ungeordneter Menschen ohne Verpflegung*“ welcher dem Kaiser in diesem Falle nur mehr an Stelle eines schlagkräftigen Heeres zur Verfügung stehen würde. Entgegen dem in der Öffentlichkeit verbreiteten Bild von der Unaufhaltsamkeit der Aufmarschpläne und damit des Weltkrieges zu diesem Zeitpunkt, ist das erstaunliche Ergebnis dieser Besprechung aber viel eher gewesen, dass der bereits beginnende Einmarsch in Luxemburg und damit unweigerlich auch in Frankreich wieder gestoppt wurde, und zwar gegen erheblichen Druck von Seiten Moltkes und des Militärs. Zwar einigte man sich darauf, dass der Aufmarsch im Westen fortgesetzt werden würde, der Einmarsch in Belgien und Frankreich wurde jedoch unterbrochen und man zeigte sich auf Seiten des Kaisers und des Reichskanzlers fest dazu entschlossen den beginnenden Krieg gegen Frankreich im Falle einer zuverlässigen englischen Garantie wieder abzusagen. Auch wenn sich die ursprüngliche Nachricht aus England später dann als Falschmeldung herausgestellt hat, zeigt der Ablauf der Besprechung doch ziemlich eindeutig die auch real vorhandene Überordnung des Kaisers über das Militär und die Tatsache, dass bis zum Schluss immer noch der Kaiser und die Regierung das letzte Wort auch in der Frage der Aufmarschpläne inne hatten.⁵⁶

Wer war verantwortlich für die Außenpolitik?

Im historischen Prozess der Julikrise, welcher von Verhandlungen, Verschwörungen und Ultimaten geprägt ist, kommt der Außenpolitik und ihren Vertretern eine besondere Bedeutung zu. Die Diplomatie beherrschte für den größten Teil des Juli 1914 das Geschehen, und erst nachdem Ende Juli die letzten diplomatischen Versuche eine russische Mobilmachung nicht mehr verhindern konnten oder wollten, war der Weg frei für einen europaweiten Krieg zwischen allen fünf Großmächten. Erst ab diesem Zeitpunkt trat die Diplomatie kurzfristig in den Hintergrund.

Rein verfassungsrechtlich war auch in Fragen der Außenpolitik wiederum der Kaiser zumindest nominell die letzte und oberste Instanz in allen diplomatischen Angelegenheiten, stand ihm doch laut Art. 11 der Verfassung das Recht zu, „*Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen [sowie] Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen.*“ Darüber

⁵⁶ Aufzeichnungen der verschiedenen Teilnehmer über die Besprechung bei Wilhelm II., abgedruckt in: *Geiss: Julikrise und Kriegsausbruch 1914*, Band II, S. 555 – 563.

hinaus hatte er das Reich „*völkerrechtlich zu vertreten*“. Er musste er sich die Führung der Außenpolitik jedoch mit dem von ihm berufenen Reichskanzler und dem Auswärtigen Amt des Reichs teilen. Jede außenpolitische Aktion des Kaisers musste wie schon erwähnt laut Artikel 17 der Reichsverfassung vom jeweiligen Reichskanzler gegengezeichnet werden, auch bei privaten Briefen an befreundete Monarchen sowie bei vertraulichen Gesprächen und öffentlichen Reden zu auswärtigen Themen musste dessen Billigung eingeholt werden. Realpolitisch wurden die Richtlinien der Außenpolitik daher vom Reichskanzler festgelegt, wenn gleich dieser hierbei eben auch auf die Zustimmung des Kaisers angewiesen war.

Der Reichskanzler war zugleich auch der einzige Reichsminister, und führte die Reichsgeschäfte mit einem ebenfalls vom Kaiser ernannten Kabinett, welches sich hauptsächlich aus Staatssekretären zusammensetzte. Er fungierte hierbei als Vertreter des Kaisers, sowohl in der Regierung als auch vor dem Bundesrat, und konnte nicht vom Parlament sondern nur vom Kaiser selbst ernannt und auch wieder entlassen werden. Unterstützt wurde der Reichskanzler bei der Tagespolitik dabei zusätzlich von der Institution der Reichskanzlei, welche als zentrale Stelle für den Verkehr des Reichskanzlers mit den anderen Reichsbehörden diente. Während der Julikrise 1914 war Theobald von Bethmann Hollweg Reichskanzler (und preußischer Ministerpräsident), nachdem sein mächtiger Vorgänger Bernhard Bülow in Folge gravierender innen- und außenpolitischer Krisen bereits 1909 zurücktreten musste. Der als pflichtbewusst charakterisierte Bethmann Hollweg⁵⁷ hatte bis dahin eine klassische Beamtenlaufbahn im inneren Dienst durchlaufen und wurde nicht etwa wegen seiner herausragenden Führungsfähigkeiten mit dem Amt betraut, sondern weil angesichts der plötzlichen Demissionierung Bülows keine andere akzeptable Alternative gefunden wurde.⁵⁸ Da der neue Reichskanzler jedoch nur über äußerst mangelnde außenpolitische Begabung verfügte, kam im Zuge der Julikrise auch der Institution des Äußeren Amtes und ihrem Leiter eine stark gesteigerte Bedeutung zu.

Die Institution des Auswärtigen Amtes ging 1870 aus dem preußischen Außenministerium hervor und existierte seit der Reichsgründung neben dem Reichskanzleramt als zweite selbstständige Reichsbehörde. Das preußische Außenministerium bestand dabei weiter und

⁵⁷ Siehe für eine dahingehende Biographie und Charakterisierung des Reichskanzlers *Wollstein*, Günter: Theobald von Bethmann Hollweg, Letzter Erbe Bismarcks, erstes Opfer der Dolchstoßlegende, Göttingen 1995.

⁵⁸ Nach einer Ausbildung zum Jurist landete Bethmann Hollweg 1884 beim preußischen Verwaltungsdienst. Zwei Jahre später wurde er Landrat, noch einmal zehn Jahre später Oberpräsidialrat in Potsdam. 1899 wurde er zum Regierungspräsidenten in Bromberg und Oberpräsidenten von Brandenburg ernannt und stieg 1905 weiter zum preußischen Innenminister auf. Vom Juni 1907 bis zum Juli 1909 war Bethmann Hollweg schließlich Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Stellvertreter des Reichskanzlers und Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, bevor er dann 1909 (auf direkte Empfehlung seines Vorgängers Bülow) vom Kaiser zum Reichskanzler ernannt wurde. Siehe *Huber*: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Band III, S. 832.

war für die Beziehungen Preußens zu den übrigen Bundesstaaten zuständig. Dem Auswärtigen Amt unterstanden hingegen alle auswärtigen diplomatischen und konsularischen Vertretungen des Reichs.⁵⁹ Gleitet wurde es von einem Staatssekretär, welcher im Juli 1914 Gottlieb von Jagow hieß. Jagow war als Jurist zunächst in der preußischen Verwaltung und seit 1895 im auswärtigen Dienst tätig. Nachdem er dorten zum Vortragenden Rat aufgestiegen war und Botschafterposten in Luxemburg und Rom übernommen hatte wurde er im Jänner 1913 nach dem plötzlichen Tod seines Vorgängers Kiderlen - Wächter schließlich zum Leiter des Auswärtigen Amtes ernannt.⁶⁰ Der Einfluss Jagows und des Auswärtigen Amtes auf die Ereignisse der Julikrise ist beträchtlich, da zwar Kaiser und Reichskanzler nominell die Oberhoheit hatten, für die zur Entscheidungsfindung nötigen Informationen aber hauptsächlich auf das Äußere Amt angewiesen waren, welches somit quasi auch als Nachrichtenfilter diente.

Ganz Wesentlich für die Abläufe der Julikrise sind auch noch die diversen Botschafter bei den Großmächten gewesen, wie etwa Fürst Lichnowsky in London, Graf Pourtales in Petersburg oder Heinrich von Tschirschky in Wien. Vor allem Tschirschky hat, wie im Kapitel zur Julikrise beschrieben wird, aus persönlichen Motiven die alles entscheidende Kommunikation zwischen Berlin und Wien entscheidend gestört, und so wesentlich zur Verwirrung und Eskalation der Situation beigetragen, ohne das die Zentrale des Äußeren Amtes in Berlin in Zeiten des Telegraphen und der abhöranfälligen Telefonleitungen rechtzeitig irgendetwas wesentliches dagegen unternehmen hätte können. Das Zusammenspiel von Kaiser, Reichskanzler, Äußerem Amt und den diversen Botschaftern ergab somit schließlich die Summe der deutschen Außenpolitik.

Wer war verantwortlich für die Koordination zwischen den einzelnen Institutionen?

Zum Schluss dieses Kapitels soll noch kurz der Frage nachgegangen werden, wer denn eigentlich für die Koordination zwischen diesen einzelnen Stellen zuständig war. Laut Verfassung war dies wie bereits bemerkt ursprünglich die Funktion des Reichskanzlers als Regierungsoberhaupt. Drei wesentliche Faktoren verhinderten jedoch eine effektive Koordination. Erstens war durch das persönliche Regiment von Wilhelm II. die

⁵⁹ Siehe *Huber*: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Band III, , S. 836.

⁶⁰ Siehe *Huber*: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Band III, S. 838.

diesbezügliche Stellung des Kanzlers stark beeinträchtigt worden, ohne dass der Kaiser die von ihm angestrebte Stellung als oberster Koordinator und Herrscher auch nur annähernd ausfüllen konnte. Zweitens entwickelten Institutionen wie das Äußere Amt eigene Ambitionen, und auf Grund des persönlichen Regiments kam es öfters vor, dass man sich lieber gleich an den Kaiser als letzte Entscheidungsinstanz als an den eigentlich zuständigen Reichskanzler wandte. Zwar konnte dies nach dem Ende des persönlichen Regiments 1908 wieder etwas zurückgedrängt werden, ein Bereich, der für den Kanzler und die Regierung jedoch weiterhin fast völlig außerhalb ihrer Kontrollmacht lag, war der ganze militärische Komplex, welcher nominell nur dem Kaiser unterstellt war. Wilhelm II. füllte seine Funktion als Koordinator zwischen militärischen und zivilen Stellen respektive zwischen den militärischen oder zivilen Stellen untereinander jedoch so schlecht aus, dass bei Kriegsausbruch Reichskanzler Bethmann - Hollweg weder von dem geplanten Angriff auf die Festung Lüttich wusste (sodass der Krieg eine Woche früher als gedacht eröffnet werden musste), noch ein gemeinsamer Angriffsplan von Marine und Heer existierte. Etliche aktuelle Historiker haben diesen Zustand als „*polykratisches Chaos*“ bezeichnet, um zum Ausdruck zu bringen dass zwar eine Führung, aber eben keine wirkliche Koordination zwischen den einzelnen deutschen Machtzentren stattfand.

Nach dieser kurzen Beschreibung der deutschen Machstrukturen handelt das anschließend folgende Kapitel von den deutschen Imperiumsaspirationen von 1871 bis 1914. Unter anderem wird hier herausgearbeitet werden, was unter Risikostrategie zu verstehen ist und warum Teile der deutschen Führung immer heftiger das vom Zaun brechen eines europäischen Krieges forderten. Von den Reichskanzlern Bismarck über Caprivi, Hohenlohe und Bülow bis hin zu Bethmann - Hollweg wird aufgezeigt, wie ab 1908 zuerst das persönliche Regiment und fast zeitgleich die deutsche Weltpolitik und die damit verknüpften deutschen Weltmachtsträume vorerst zunichte gemacht wurden. Bis zum Juli 1914 wird hier dann das Bild eines immer mehr in eine selbst verschuldete Isolation geratenden Deutschlands gezeichnet, welches trotz nach wie vor vorhandenen hegemonialen respektive imperialen Ambitionen nur mehr die Möglichkeit zu Rückzug und Bewahrung des Erreichten (Risikostrategie) oder die Führung eines Angriffskrieges zur Errichtung des gewünschten Imperiums zu haben scheint.

Deutsche Imperiumsaspirationen von 1871 bis 1914 - vom Aufkommen der Risikostrategie und dem Verlangen nach einem Präventivkrieg

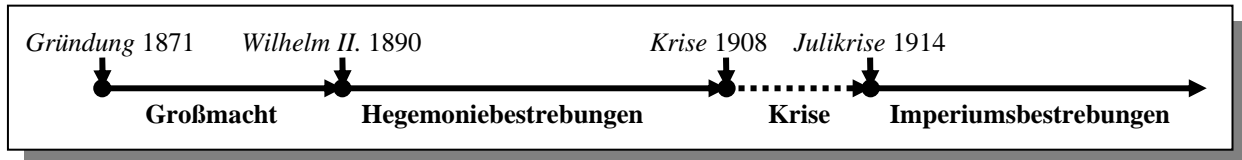
Dieses Kapitel befasst sich mit den deutschen Imperiumsaspirationen beginnend von der Reichsgründung bis zur Julikrise. Für die dazu notwendige Definition von Großmacht, Hegemonie und Imperium wird hierbei die in der Einleitung ausführlich erwähnte Imperiumstheorie des deutschen Politikwissenschaftlers Herfried Münkler adaptiert.⁶¹ Großmacht bezeichnet in diesem Zusammenhang einen Staat, welcher gegen jeden anderen Staat einen erfolgreichen Verteidigungskrieg führen kann und maßgeblichen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Einfluss auf andere Staaten ausübt. Die Steigerungsstufe zur Großmacht ist der Hegemon, welcher diesen Einfluss auch auf andere Großmächte ausüben kann und unter zumindest formell noch gleichberechtigten Staaten die faktische Vorherrschaft innehat. Bei der Steigerungsform des Hegemons, dem vollwertigen Imperium, ist diese Gleichberechtigung auch formell nicht mehr der Fall. Innerhalb einer so genannten „*imperialen Welt*“ (welche jedoch keineswegs mit der Gesamtheit der Erdoberfläche ident sein muss) gibt es eine direkt (in Form territorialer Annexion) oder indirekt (in Form eines Vasallenverhältnisses) von einem imperialen Zentrum abhängige Peripherie. Diese imperiale Welt muss verteidigungsfähig sein und eine gewissen Größe und Machtfülle einnehmen, um sich vom Status einer rein lokalen Großmacht abzuheben.

Alle drei Herrschaftsformen stützen sich hierbei auf eine von vier Machtsorten, sei es militärische, wirtschaftliche, politische oder ideologische Macht, wobei sich ein vollwertiges Imperium auf mindestens zwei dieser Machtsorten stützt und für seinen längerfristigen Bestand eine Herrschaftsabsicherung durch alle vier Machtsorten anstrebt. In der für diese Arbeit relevanten Phase der Imperiumsgründung sind jedoch vor allem die militärische und die ökonomische Macht ausschlaggebend, wie durch den Versuch des kriegerischen Aufbaus eines deutschen Imperiums im ersten Weltkrieg ersichtlich ist.

Als Arbeitshypothese wird dabei diesbezüglich angenommen, dass sich die deutschen Imperiumsaspirationen laut dieser Definition in drei große Steigerungsstufen einstufen lassen, und zwar von der zunächst freiwilligen Selbstbeschränkung als Großmacht unter Bismarck

⁶¹ Münkler, Herfried: Imperien, Die Logik der Weltherrschaft, vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin 2005.

hin zur angestrebten Hegemonie in Europa unter Wilhelm II. und schließlich zum offen angekündigten Versuch der Errichtung eines europäischen Imperiums während des Ersten Weltkriegs, welcher bereits in der Einleitung behandelt wurde.



Unterbrochen wurde diese Entwicklung lediglich während der Anfangsphase der Kanzlerschaft Bethmann Hollwegs zwischen 1909 bis 1914, welche in der Grafik hier als Krisenzeit gekennzeichnet ist. Ihr wird in diesem Kapitel besondere Aufmerksamkeit geschenkt, da diese Phase entweder ein durch die Julikrise unterbrochenes defensives Zwischenspiel oder die bewusste Vorbereitung auf die dritte Phase der deutschen Imperiumsbestrebungen darstellt, verwirklicht durch einen Angriffskrieg.

Dabei ist erneut zu beachten, dass die Hegemonialstellung oder das Imperium vom deutschen Kaiserreich im Gegensatz zu seinen Konkurrenten Großbritannien und Russland bis zu seinem Untergang 1918 nie vollständig erlangt wurde, sondern lediglich beständig angestrebt wurde. Der definitive Wendepunkt für diese Bemühungen ist der Juli 1914 und der anschließende Ausbruch des ersten Weltkrieges, wo man das erhoffte Imperium teilweise bereits verwirklichen konnte, im späteren Friedensvertrag mit den Westmächten jedoch wieder aufgeben musste (Friedensvertrag von Brest-Litowsk im Osten, Deutsches Einflussgebiet bis in den Kaukasus und den Fluss Don). Herfried Münkler spricht in diesem Zusammenhang von Deutschland als einem „*failed empire*“⁶², insbesondere dann wenn man eine staatliche Kontinuität von 1871 – 1945 annimmt und so die nationalsozialistische Eroberungspolitik als zweiten, wieder aufgenommenen Versuch zur Imperiumsgründung interpretiert.

Zu betonen ist hierbei, dass es sich in diesem Kapitel nicht um eine Betrachtung der Kolonialgeschichte im Sinne der klassischen Imperialismustheorien handelt, da diese für die Münklersche Definition von Imperium und Imperialität im deutschen Fall auf Grund der geringen geographischen Größe, der mangelnden wirtschaftlichen Kraft und Verteidigungsfähigkeit der deutschen Kolonien praktische keine Relevanz hat. Vielmehr sind hier die tatsächliche strategische Position des Kaiserreichs in Europa und dem vorderen

⁶² Münkler: Imperien, S. 22 f.

Orient und die ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel relevant. Auf Grundlage dieser Imperiumstheorie wird weiters die Bildung von zwei konkurrierenden Gruppierungen innerhalb der deutschen Führung beschrieben, welche sich in der Julikrise bezüglich der Entscheidung für den lokalen oder den europäischen Krieg gegenüberstehen werden.

Einerseits gibt es stets eine defensive, meist um den Kaiser und den jeweiligen Reichskanzler zentrierte Gruppe, welche eine Imperiumsgründung wenn überhaupt nur auf friedlichem Weg erreichen möchte, im Wesentlichen aber hauptsächlich darauf bedacht ist, den bereits gewonnenen Einfluss und Besitzstand sowie das Prestige des Deutschen Reichs zu sichern und sich mit einer eventuellen Hegemonialstellung zufrieden gibt. Ein unprovokeder Angriffskrieg gegen eine oder mehrere Großmächte kommt für diese Gruppe bis Ende 1912, also nur kurze Zeit vor der Julikrise keinesfalls in Frage. Erst nach verheerenden innen- und außenpolitischen Rückschlägen entschließt man sich zur vermehrten Anwendung der so genannten Risikostrategie, welche im Wesentlichen die verfeindeten Großmächte durch schnelle diplomatische Aktionen vor vollendete Tatsachen stellen und dann durch eine ultimative (aber nicht ernst gemeinte) Kriegsdrohung von der Einmischung abhalten sollte. Als Fernziel der Risikostrategie gilt neben der Erreichung lokaler Erfolge durch eine standhaft kriegerische Haltung auch die Schwächung und schließlich erhoffte Auflösung der gegnerischen Trippelallianz aus Großbritannien, Russland und Frankreich, um die selbstverschuldete deutsche Isolierung zu beenden. Im Folgenden wird diese Gruppe als Risikostrategiegruppe bezeichnet, wobei anzumerken ist, dass die Risikostrategie erst wenige Jahre vor der Julikrise wirklich aktiv verfolgt wurde und man innerhalb dieser Gruppe zuvor im Zweifel stets das bereits Erreichte bewahren wollte und vor einer definitiven Kriegsdrohung zurückgeschreckt ist. Auch darf die Risikostrategie nicht als Macht erweiternde Maßnahme gesehen werden, sondern wurde von Seiten der deutschen Führung vor allem unter dem Blickpunkt einer sich verschlechternden außenpolitischen Situation als bewahrendes Mittel angesehen, praktisch eine lokale Präventivstrategie um den Status quo aufrecht erhalten zu können, teils auf Kosten kleiner, die Stabilität des deutschen Einflussgebietes bedrohenden Länder wie eben zum Beispiel Serbien. Die Kriegsdrohung wurde hier zwar in den Raum gestellt, sollte allerdings ursprünglich nur als Bluff dienen, sodass man im Zweifelsfall den europäischen Krieg nach Möglichkeit immer noch vermeiden wollte.

Parallel dazu bildet sich jedoch auch eine offensive, meist von hohen Militärs und Alldeutschen dominierte Gruppe heraus, welche als Gegenreaktion zur defensiv geführten Regierungspolitik die Gründung eines deutschen Imperiums durch einen großen europäischen

Krieg befürwortet, auch um die zunehmende diplomatische Isolation des Reiches gewaltsam in eine dauerhafte deutsche Vorherrschaft in Europa umzuwandeln. Im Folgenden wird diese Gruppe als Imperiumsgruppe bezeichnet, da sich ihre Anhänger offen für die kriegerische Errichtung eines deutschen Imperiums einsetzten.

Im ersten Unterkapitel sollen diesbezüglich zunächst die Ereignisse von der Reichseinigung bis hin zur Entlassung Bismarcks behandelt werden. Dominierend ist hier ab 1875 die um den Reichskanzler angesiedelte Gruppe, welche auf Grund der gefährdeten zentraleuropäischen Stellung Deutschlands eine imperiale Politik ablehnt und sich mit dem Großmachtstatus des Kaiserreichs zufrieden gibt. Diese Periode ist durch den Übergang von der halbhegemonialen Stellung Deutschlands in Europa hin zum Status der territorialen „Saturiertheit“ und somit zur nationalstaatlichen Selbstbeschränkung gekennzeichnet.

Das zweite Unterkapitel beschäftigt sich mit den Jahren 1890 bis 1908, in welche allgemein der Aufbruch Deutschlands von der bismarckschen Großmachtspolitik zu (beabsichtigter) hegemonialer Weltpolitik fällt. Geprägt sind diese beiden Jahrzehnte vor allem durch das persönliche Regiment Kaiser Wilhelms II. und seinen jeweiligen Reichskanzlern. Auf Grund der daraus folgenden starken machtpolitischen Stellung des Kaisers ist während dieser Phase eine zielgerichtete und dauerhafte deutsche Außenpolitik in die eine oder andere Richtung nur schwer möglich, da sie nicht nur von den internationalen Gegebenheiten sondern auch von den Launen des Kaisers abhängig ist. Wilhelm möchte den Frieden bewahren, gleichzeitig aber auch Deutschland als Weltmacht etablieren, eine Zielsetzung welche im Kaiserreich unter dem Schlagwort „*Weltpolitik und kein Krieg*“⁶³ populär wird. Obwohl das Ziel die Errichtung einer deutschen Hegemonie ist, nimmt Wilhelm II. während dieser Phase der Hegemonialbestrebungen daher eine Zwischenposition zwischen den beiden weiter oben skizzierten Gruppierungen ein, da er zwar auf die Errichtung einer deutschen Hegemonie hofft und hinarbeitet, vor der letzten Konsequenz eines europäischen Krieges jedoch aus Furcht vor inneren Unruhen immer zuverlässig zurückschreckt, und nicht einmal eine Kriegsdrohung unwidersprochen zulässt um diplomatische Vorteile zu erhalten. Verstärkt wird dieses Problem noch durch die im vorherigen Kapitel („Machtstrukturen“) skizzierten manischen Wutausbrüche Wilhelms II., welche sein Ansehen im In- und Ausland völlig

⁶³ Die Wortschöpfung an sich wurde im Kaiserreich vor allem durch das gleichnamige Buch des deutschen Historikers Hans Plehn geprägt und verbreitet. Allerdings war zum Erscheinungsdatum des Buches im Jahr 1913 die realpolitische Möglichkeit zur tatsächlichen Umsetzung der Weltpolitik, also der Imperiumsgründung auf friedlichem Weg schon nicht mehr vorhanden. Siehe *Plehn*, Hans: *Deutsche Weltpolitik und kein Krieg*, Berlin 1913.

zerrütten und es den deutschen Gegnern so erlauben sollte, das Kaiserreich als undemokratischen Aggressor mit Kanonenbootpolitik darzustellen. So tritt die deutsche Außenpolitik während dieser Zeit zwar aggressiv und kompromisslos auf, ohne jedoch den martialischen Worten Taten folgen zu lassen können.

Auch zeichnet sich diese Phase durch eine völlige Verkennung der strategischen Lage aus, sodass zuerst ein Bündnis zwischen Frankreich und Russland, und einige Jahre später ein Bündnis zwischen Frankreich und Großbritannien und wieder einige Jahre später ein Ausgleich zwischen Großbritannien und Russland für unmöglich gehalten wird. Dementsprechend kompromisslos tritt die deutsche Außenpolitik auch auf, glaubt man sich doch wie zu Bismarcks Zeiten im Besitz aller Möglichkeiten. Man verfolgte eine Politik der „freien Hand“, welche schließlich dazu führt, dass man sich mit Russland überwirft, mehrere Bündnisangebote Großbritanniens um die Jahrhundertwende ausschlägt und stattdessen dazu übergeht die deutsche Marine unter Tirpitz gewaltig aufzurüsten. Nachdem dann in direkter Folge alle drei für unmöglich gehaltenen Verbindungen zwischen Frankreich, Russland und Großbritannien eingegangen werden, steht Deutschland am Ende dieser Phase international fast völlig isoliert da und kann sich schließlich nur mehr auf Österreich-Ungarn als einzigen größeren Bündnispartner stützen, welches jedoch selbst auf Grund seiner innenpolitischen Situation machtpolitisch immer mehr an Einfluss verliert.

Mit dem Scheitern des persönlichen Regiments und damit dem Ende der wankelmütigen aber einflussreichen Stellung Kaiser Wilhelms II. ab 1908 beschäftigt sich dann das dritte Unterkapitel. Während dieser Phase wird auch das sich bereits vorher abzeichnende Versagen der deutschen Hegemonialbestrebungen der letzten zwei Jahrzehnte offenkundig, nachdem zuvor nicht nur nicht Frankreich und Russland in das deutsche Einflussgebiet geholt werden konnten, sondern durch den Zusammenbruch der europäischen Türkei zwischen 1908 und 1913 auch das letzte mögliche Gebiet zur Errichtung einer relevanten deutschen Hegemonie (von Berlin über Wien und Istanbul bis Bagdad, mit Einflusszonen entlang der zu diesem Zweck unterstützten Bagdadbahn) wegzufallen drohte und zusätzlich noch der letzte verbliebene Bündnispartner Österreich-Ungarn immer stärker bedroht wurde.

Auf Grund der isolierten Situation des deutschen Reichs und dem bereits erwähnten erzwungenen Rückzug des Kaisers aus den politischen Tagesgeschäften entwickeln sich die beiden weiter oben skizzierten Gruppen innerhalb der deutschen Führung nun vermehrt auseinander und arbeiteten gegeneinander. Zunächst gelangt die defensiv eingestellte Gruppierung rund um den neuen Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg an die

Macht, welcher auf Grund der nun isolierten Stellung Deutschlands in Europa eine zumindest kurzfristige Beschränkung der hegemonialen Ambitionen und einen Ausgleich mit Großbritannien anstrebt. Als Gegenreaktion auf diese defensive Politik gewinnen jedoch bis 1914 auch die Befürworter eines „Präventivkrieges“, angeführt von Militärs wie Moltke dem Jüngeren immer mehr an Einfluss. Diese Gruppierung ist von der Unausweichlichkeit eines europäischen Krieges überzeugt und sieht die einzige Lösung für Deutschlands Probleme in einem frühzeitigen „präventiven“ Losschlagen, mit dem Ziel ein dauerhaftes deutsches Imperium in Europa zu errichten. Bis in die Julikrise hinein bleibt hierbei trotz teilweise Verlust von Macht und Ansehen auch weiterhin noch die Position von Kaiser Wilhelm II. maßgeblich, der zwar nicht mehr die tagespolitische Richtung vorgibt, als oberster Kriegsherr des Reiches aber immer noch die letzte Entscheidungsinstanz bezüglich Krieg und Frieden darstellt. Ohne seine Zustimmung kann bis zum Ausbruch der Julikrise keine Seite dauerhaft die Oberhand bekommen. In diesem Unterkapitel soll vor allem die strategische Situation skizziert werden bis 1914 vorherrschte, bevor dann im anschließenden letzten Kapitel zur Situation von 1914 und den eigentlichen Ereignissen der Julikrise übergegangen wird.

Entwicklung von 1871 bis 1890

Von der halbhegemonialen Stellung in Europa hin zur deutschen „Saturiertheit“

Mit der Ausrufung des Deutschen Kaiserreiches am 18. Jänner 1871 wurde eine Entwicklung abgeschlossen, in deren Folge das Königreich Preußen von der kleinsten und schwächsten Großmacht in Europa zur stärksten aufstieg. Nacheinander hatte man die beiden konkurrierenden Großmächte Österreich und Frankreich in den so genannten Reichseinigungskriegen militärisch besiegen können, und so zunächst Norddeutschland und ab 1871 auch Süddeutschland im neu gegründeten Deutschen Kaiserreich unter preußischer Führung zusammengefasst. Möglich war dies vor allem dadurch geworden, dass die beiden miteinander verfeindeten imperialen Flügelmächte Großbritannien und Russland nicht in die

Kämpfe eingegriffen hatten. Großbritannien blieb neutral, während Russland Preußen indirekt bei der Reichseinigung unterstützt hatte.⁶⁴

Mit dem endgültigen Sieg über Frankreich im Mai 1871 stellte sich die Machtverteilung in Europa daher wie folgt dar. Österreich, nunmehr in Form der Doppelmonarchie mit Ungarn, war aus der Auseinandersetzung mit Preußen geschwächt hervorgegangen und hatte die Gründung des deutschen Kaiserreiches hinnehmen müssen. Auf Grund dieser Schwäche und der Tatsache, dass kein österreichisches Gebiet annektiert worden war, normalisierte sich das Verhältnis zwischen beiden Staaten jedoch rasch wieder und mit dem Abschluss des Dreikaiserabkommens von 1873 und später dem Zweibund von 1879 konnte Österreich-Ungarn endgültig auf die deutsche Seite gezogen werden. Mit Frankreich hingegen wurde 1871 kein Verständigungsfriede geschlossen, vielmehr wurde die nunmehrige dritte französische Republik in einem langen und brutalen Besatzungskrieg militärisch niedergedrückt. Neben der die zwischenstaatlichen Beziehungen belastenden Annexion von Elsass-Lothringen wurden Frankreich im Friedensvertrag von deutscher Seite auch noch enorme Reparationszahlungen auferlegt, dies einerseits um die Kriegskosten refundiert zu bekommen, andererseits aber auch mit dem Ziel, die bisherige europäische Vormacht Frankreich aus machtpolitischen Gründen wirtschaftlich zu schwächen. Aus diesem Grund unterstützte die kaiserliche Regierung Bismarck auch lange Zeit paradoxerweise die republikanische Staatsform in Frankreich gegenüber einer monarchischen Restauration, da man sich von der Republik mehr Instabilität und damit eine weitere Schwächung Frankreichs erwartete. Ergänzt wurden diese Maßnahmen durch eine lang andauernde militärische Besatzung des Landes durch das neue deutsche Heer, sodass Frankreich für die nächsten Jahre als europäische Großmacht praktisch vollständig ausfiel. Da auch Italien wirtschaftlich und militärisch zu schwach war und darüber hinaus Deutschland noch wegen des gemeinsamen Krieges von 1866 freundschaftlich gegenüber stand, waren die einzigen verbliebenen potentiellen Hegemonialkonkurrenten in Europa Großbritannien und Russland. Da sich aber spätestens seit dem Krimkrieg von 1853 die imperialen Interessen dieser beiden Imperien in der Region Mittelmeer / Schwarzes Meer überschneiden, war ein gemeinsames Vorgehen der beiden Imperien gegen Deutschland unwahrscheinlich und ist dies auch in den ersten Jahren nach der Reichsgründung zunächst erwartungsgemäß nicht erfolgt.

⁶⁴ Während des Frankreichkriegs wurde Österreich durch den russischen Aufmarsch an der gemeinsamen Grenze militärisch paralyse und so zur Neutralität gezwungen. Siehe *Schieder*, Theodor: Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich, München 1975, S. 203.

Das Ergebnis dieses bündnisfreien Zustandes in Europa war, dass das neu gegründete Deutsche Reich als nunmehr stärkste Kontinentalgroßmacht eine halbhegemoniale Stellung in Kontinentaleuropa innehatte. Der Begriff halbhegemoniale Stellung wird hier angewandt, da das Deutsche Reich in diesen ersten Jahren eine Zwischenstellung zwischen Großmacht und Hegemonialmacht eingenommen hat. Für eine Einordnung als Großmacht im herkömmlichen Sinn war das Reich ab 1871 auf Grund der oben erwähnten internationalen Situation zu einflussreich geworden, da man dem Großteil Festlandeuropas militärisch seinen Willen aufzwingen konnte, ohne eine stärkere Koalition fürchten zu müssen. Für eine vollständige Hegemonie fehlten hingegen wiederum zunächst die Absicht respektive der Wille zu einer erneuten kriegerischen Auseinandersetzung. Auch war man einer Koalition von zwei oder mehr Großmächten kaum überlegen, die deutsche Machtstellung in dieser Anfangszeit beruhte vor allem auf dem praktisch bündnisfreien Zustand Europas. Die Zielsetzung der deutschen Führung war daher auch schon während der Reichsgründung nicht immer konsequent. Reichsgründer Bismarck trachtete während der Gründungsjahre zunächst danach, das neue Reich innerlich zu festigen und seinen Status im internationalen Mächtesystem dauerhaft zu festigen. Aber bereits mit der Namensgebung für den neuen, formell aus freiwillig beigetretenen Mitgliedsstaaten bestehenden Bund wurde eigentlich ein imperialer Anspruch gestellt. Anstelle des Norddeutschen Bundes von 1867 trat 1871 das Deutsche Reich, mit einem deutschen Kaiser an der Spitze, sodass eine Anknüpfung an das 1806 aufgelöste mittelalterlich-neuzeitliche Heilige Römische Reich zumindest ideell erfolgt ist. Alleine durch diese Namensgebung war implizit eigentlich schon ein eindeutiger imperialer Anspruch gegeben. Das brachte dem neuen Staat zwar innenpolitisch Prestige, aussenpolitisch wurde der Anspruch jedoch von Bismarck nach Möglichkeit verleugnet, um die noch instabile deutsche Neugründung nicht durch überbordende imperiale Ambitionen zu gefährden. Auch sollte die preußische (und protestantische) Vormachtstellung innerhalb des Reiches gesichert bleiben, wofür weitere kriegerische Annexionen kontraproduktiv gewesen wären. Daher bestand während Bismarcks Kanzlerschaft eine bedeutende, strukturell bedingte Differenz zwischen dem geerbten ideellen imperialen Anspruch und der tatsächlichen nationalstaatlichen Großmachtspolitik des Deutschen Reiches.

Dennoch gab es in diesen ersten Jahren auf Grund der internationalen Situation und der wirtschaftlich / militärischen Stärke eine eindeutige Vormachtstellung Deutschlands in Europa als stärkste Großmacht, wenn auch keine vollständige Hegemonie. Der siegreiche deutsche Feldherr Helmuth von Moltke brachte diesen Umstand und das neu gewonnene

deutsche Selbstverständnis bereits während den Verhandlungen zum Norddeutschen Bund 1867 selbstbewusst zum Ausdruck, in dem er verkündete „*Im Herzen von Europa* [ist laut Moltke] *eine Macht entstanden, die, ohne selbst eine erobernde zu sein, so stark ist, daß sie ihren Nachbarn den Krieg verbieten kann*“⁶⁵.

Dieser Zustand wurde von den beiden bereits existierenden globalen Imperien Großbritannien und Russland allerdings nur solange akzeptiert, solange der Machtanspruch des Deutschen Reichs sich auf Mitteleuropa konzentrierte und die inoffizielle halbhegemoniale Vormachtstellung in Europa sich nicht in eine tatsächliche deutsche Dominanz umzuwandeln schien. Der Moment zu dieser imperialen Umwandlung schien 1875 mit der „*Krieg in Sicht*“ Krise gekommen zu sein, zumindest aus der britischen und russischen Perspektive. Es setzte hier daraufhin das ein, was Münkler als einen Verdrängungskampf der bereits bestehenden Imperien gegen den neuen Imperiumsaspiranten beschreibt.⁶⁶ Die eigentlich miteinander konkurrierenden Imperien schließen sich zusammen, um den vermeintlichen neuen Konkurrenten an seiner Machtentfaltung zu hindern, in diesem Fall also gegen das deutsche Kaiserreich, wengleich dieses eigentlich keine dementsprechenden Absichten verfolgte.

Die besagte „*Krieg in Sicht*“ Krise hatte ihre Ursache in der unerwartet schnellen militärischen und wirtschaftlichen Erholung der besiegten französischen Republik. Trotz deutscher Besatzung hatte man schon nach 3 Jahren die hohen Kriegsschulden abbezahlen können, und begann nun erneut militärisch aufzurüsten. Spätestens ab 1875 wurde Frankreich von der Regierung Bismarck daher wieder als reale Bedrohung angesehen, vor allem da Frankreich in diesem Jahr sein Heer erheblich um 10 000 Pferde und 144 000 Mann verstärken wollte.⁶⁷ Als daraufhin der deutschen Führung Präventivkriegsgedanken unterstellt wurden und eine regierungsnaher Zeitung mit der Schlagzeile „*Ist Krieg in Sicht?*“ aufmachte, reagierten sowohl Großbritannien als auch Russland erstmals vereint gegen Deutschland.⁶⁸ Eine erneute Niederschlagung Frankreichs und eine daraus resultierende deutsche Hegemonie in Europa konnte seitens der beiden bestehenden Imperien nicht geduldet werden. Diese Tatsache blieb im Wesentlichen bis zum Juli 1914 unverändert

⁶⁵ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes. I. Legislatur-Periode, Session 1868, Band 1, Berlin 1868, Neudr. Bad Feilenbach 1986, S. 442: Moltke am 15. Juni 1868, zitiert in *Hildebrand*, Klaus: Der deutsche Nationalstaat als Großmacht 1871-1918, Beitrag in *Bernecker*, Walther L. (gemeinsame Edition mit *Dotterweich*, Volker): Deutschland in den internationalen Beziehungen des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1996, S. 109.

⁶⁶ *Münkler*: Imperien, S. 27.

⁶⁷ *Hertz-Eichenrode*, Dieter: Deutsche Geschichte 1871 – 1890, Das Kaiserreich in der Ära Bismarck, Stuttgart 1992, S. 116 – 119.

⁶⁸ Siehe *Stürmer*, Michael: Die Reichsgründung, Deutscher Nationalstaat und europäisches Gleichgewicht im Zeitalter Bismarcks, Deutsche Geschichte der neuesten Zeit 4, München 1984, S. 98 – 100.

bestehen, sodass der Handlungsspielraum und die Möglichkeit zur imperialen Machtentfaltung für die deutsche Führung plötzlich erheblich verringert wurden. Nachdem es auf Grund der Weltwirtschaftskrise von 1873 auch noch zu wirtschaftlichen Rückschlägen in Deutschland kam, schwenkte die Regierung Bismarck um und trat bis zu ihrer Abberufung 1890 nicht mehr expansiv auf.

Die fünfzehn Jahre der Ära Bismarck nach der „Krieg in Sicht“ Krise waren also gekennzeichnet von einem Verlangen nach innerer Konsolidierung und der Aufrechterhaltung des hierzu notwendigen europäischen Friedens, maßgebliche Bestrebungen zur Errichtung eines deutschen Imperiums waren keine vorhanden. Erreicht werden sollte die Sicherung des Status Quo für Deutschland durch das Dreikaiserabkommen zwischen den drei Monarchien Deutschland, Österreich und Russland, sowie durch eine freiwillige deutsche Selbstzurückhaltung in machtpolitischen Fragen. Dem entsprechend wurde von der Regierung Bismarck auch versucht die aufbrechenden innereuropäischen Spannungen zwischen den Großmächten an die koloniale Peripherie abzuleiten. Der deutschen und internationalen Öffentlichkeit gegenüber wurde diese Politik unter dem Bismarckschen Schlagwort von der „*Deutschen Saturiertheit*“ argumentiert, das Reich sollte in Anerkennung der tatsächlichen machtpolitischen Lage in Europa lediglich als ein Nationalstaat unter vielen dargestellt werden, ohne offensichtliche territoriale respektive imperiale Aspirationen.⁶⁹

Bismarck hätte, abgesehen von einem erneuten großen Krieg, allerdings auch kaum eine andere Möglichkeit als die defensive Selbstbeschränkung gehabt. Preußens vorteilhafte Lage im Machtvakuum Mitteleuropa hatte sich nach Reichsgründung und Krieg in Sichtkrise 1875 ins negative gewandelt, das neue Deutsche Reich grenzte nun an acht andere Länder an, drei davon Großmächte, und war daher trotz seiner wirtschaftlichen und militärischen Stärke gegenüber Allianzen von zwei oder mehr Großmächten verwundbar. Hinzu kam noch, dass das Reich eben doch mehr als nur ein normaler Nationalstaat war, und bereits seit seiner Gründung etliche imperiale Merkmale im Sinne Münklers aufwies, sodass eine dauerhafte Einordnung in das europäische Mächtesystem erheblich erschwert wurde.

Relevant ist hierbei etwa die strukturelle Unterteilung Deutschlands in einen bürgerlich-industriell dominierten Westen und einen adelig-agrarisch dominierten Osten, wobei die

⁶⁹ Geiss, Imanuel: Der lange Weg in die Katastrophe, Die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs 1815-1914, München 1990, S.136 f.

Bruchlinie zwischen beiden Teilen in etwa entlang der Elbe verlief.⁷⁰ Laut der Müncklerschen Imperiumsdefinition waren diese „Zwei Seiten eines Imperiums“ ein immer wieder kehrendes Merkmal von Imperien, zum Beispiel für Ost- und Westrom oder den europäischen und asiatischen Teil des Osmanenreiches respektive des russischen Imperiums.⁷¹ Im deutschen Fall stellten beide Reichsteile konträre Forderungen an die deutsche Führung, so dass eine konstante Außenpolitik nur schwer möglich war. Während der sich industrialisierende Westen zunächst freihändlerisch und exportorientiert eingestellt war setzte sich der agrarisch dominierte Osten Deutschlands für hohe Schutzzölle und Einfuhrerschwernisse gegenüber der russischen Konkurrenz ein. Da Bismarck gleichzeitig Wirtschaftswachstum und politische Konsolidierung erreichen wollte, konnte er keine der beiden Gruppen dauerhaft übergehen, so dass er bis zu seiner Abberufung 1890 einen Wechselkurs zwischen einer Anlehnung an das britische respektive das russische Imperium fahren musste. Bismarck, der selbst aus einer ostdeutschen Junkersfamilie stammte, suchte zwar stets den Ausgleich und die Anlehnung an Russland, aber bereits auf dem Berliner Kongress von 1878 kam es zum ersten Zerwürfnis mit dem Zarenreich, dass sich vom deutschen „Schiedsrichter“ Bismarck in der Balkanfrage ungerecht behandelt fühlte, vor allem im Rückblick auf die substantielle russische Hilfe während der Reichsgründung. Als Ausgleich schloss Deutschland 1879 die defensive Zweibund-Allianz mit Österreich, welche 1882 mit Italien zum Dreibund erweitert wurde. Der Versuch einer erneuten Annäherung an Russland durch den Dreikaiserbund von 1881 scheiterte, nachdem die Gegensätze zwischen Russland und dem von Deutschland protegierten Österreich-Ungarn ab 1886 endgültig zu groß geworden waren.⁷²

⁷⁰ Bezüglich der Elbe als innerdeutscher Strukturgrenze und sonstiger nationaler Bruchlinien im Deutschen Reich siehe *Geiss: Der lange Weg in die Katastrophe*, S. 118 – 123.

⁷¹ *Münckler: Imperien*, S. 96 -104.

⁷² Bulgarien, das seit dem Berliner Kongress zur russischen Einflusszone zählte, besetzte 1885 das autonome bulgarische Gebiet Ostrumelien, woraufhin es zum Krieg mit Serbien kam. Serbien wurde daraufhin vernichtend geschlagen und konnte nur durch das Eingreifen Österreich-Ungarns Gebietsverluste abwehren. Dies geschah jedoch ohne Konsultation mit Russland, wozu Österreich laut dem Dreikaiservertrag eigentlich verpflichtet gewesen wäre. Maßgeblich für den endgültigen Bruch des Bündnisses war schließlich die so genannte Battenberg- Affäre. Der gewählte bulgarische Fürst Alexander von Battenberg, eigentlich ein Vetter des russischen Zaren Alexander III., hatte eine betont antirussische Politik betrieben, und wurde deshalb 1886 durch russische Parteigänger gestürzt und in Russland zur Persona non grata erklärt. Als Nachfolger wählten die Bulgaren allerdings den deutsch- ungarischen Prinzen Ferdinand von Coburg- Kohary, woraufhin es neuerlich zu einem Machtkampf zwischen Österreich-Ungarn und Russland um den Einfluss in Bulgarien kam. Unter diesen Umständen kam es 1887, als der alte Vertrag ausgelaufen war, zu keiner Verlängerung mehr des Dreikaiservertrages, der österreichisch-ungarische und russische Gegensatz am Balkan blieb bis 1914 bestehen. Auch Deutschland wurde direkt in den Konflikt mit hineingezogen, da Prinzessin Victoria, die Tochter des späteren Kaisers Friedrich III. unbedingt mit Alexander von Battenberg verheiratet werden wollte, sowohl vor als auch nach dessen Sturz, und dass gegen den ausdrücklichen Willen Bismarcks. Dieser sah darin eine Gefährdung für seine bis dahin noch pro- russische Politik und konnte die Liebesheirat schließlich nur durch seine definitive Rücktrittsdrohung verhindern. Siehe *Hertz-Eichenrode: Deutsche Geschichte 1871 – 1890*, S. 136 – 141 sowie *Born, Karl Erich: Von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg (Handbuch der deutschen Geschichte Band 16)*, München 1975, S. 149.

Über das Scheitern des Dreikaiserbundes wegen Bulgarien kam es daraufhin zu einer Annäherung des Zarenreichs an das republikanische Frankreich, wo gerade eben der revanchistischen General Boulanger das Kriegsministerium übernommen hatte. Bismarck versuchte diese für Deutschland äußerst gefährliche Entwicklung aufzuhalten und schloss hierzu 1887 den so genannten Rückversicherungsvertrag ab. Der bilaterale Neutralitätsvertrag mit Russland stellte so zu sagen die letzte Hoffnung Bismarcks dar, das Zarenreich noch einmal an das deutsche Kaiserreich binden zu können, was zumindest kurzfristig auch gelang.⁷³ Aber noch im selben Jahr kam es aus innenpolitischen Gründen zur nächsten großen Krise mit Russland, in Form des deutschen Lombardverbotes. Auf Druck der agrarisch dominierten Osthälfte des Reiches hatte Bismarck zwischen 1885 und 1887 hohe Zölle auf importiertes russisches Getreide eingeführt, was im agrarisch dominierten Russland zu einer antideutschen Pressekampagne führte. Als Reaktion darauf, und um Russland kurzfristig unter Druck zu setzen, erließ die Regierung Bismarck das so genannte Lombardverbot für russische Werte. Damit war der Berliner Finanzmarkt für russische Staatsanleihen praktisch nicht mehr verfügbar. Die wirtschaftlichen Auswirkungen waren zwar überschaubar, aber die politische Symbolwirkung führte in Kombination mit den Getreidezöllen zum endgültigen Ende der deutsch-russischen Freundschaft. Russland deckte seinen Finanzbedarf ab nun mehr vermehrt in Frankreich, was die politische Annäherung der beiden Länder noch beschleunigte.⁷⁴

Für die spätere Betrachtung der Julikrise ist hierbei relevant, dass in dieser Situation der preußische Generalstab unter Moltke dem Älteren erstmals einen „Präventivkrieg“ gegen Russland fordert, bevor sich die deutsche strategische Situation weiter verschlechtern würde. Hier macht sich also erstmals jene Gruppe innerhalb der deutschen Führung bemerkbar, welche die Probleme der deutschen Zwischenstellung zwischen Nationalstaat und vollständigem Imperium durch eine gewaltsame Änderung der europäischen Verhältnisse lösen möchte. Bismarck konnte diese Gruppierung zwar noch unter Hinweis auf den eigentlich geheimen Rücksicherungsvertrag mit Russland längerfristig ruhig stellen (ein

⁷³ Russland und Deutschland sicherten sich gegenseitig Neutralität bei Kriegen mit Drittstaaten zu, ausgenommen bei einem Angriff Deutschlands auf Frankreich und Russlands auf Österreich-Ungarn. Der auf drei Jahre befristete Rückversicherungsvertrag kam allerdings nur unter erheblichen Zugeständnissen von deutscher Seite her zustande. Der russische Anspruch auf Bulgarien und die Dardanellen wurde nicht nur anerkannt, sondern Deutschland verpflichtete sich auch zur diplomatischen Unterstützung dieser Ansprüche. Des Weiteren sollte der Vertrag geheim gehalten werden, konnte also keine abschreckende Wirkung gegenüber Frankreich freundlich eingestellten Russen respektive Frankreich selbst bewirken. (was aber wegen der gegen die österreichischen Balkanambitionen gerichteten Vertragsteile wahrscheinlich auch von deutscher Seite her nicht unerwünscht war) Siehe *Geiss*: Der lange Weg in die Katastrophe, S. 177 – 179.

⁷⁴ Siehe *Geiss*: Der lange Weg in die Katastrophe, S. 179 – 181.

Faktor der im Juli 1914 genauso wie Bismarck selbst nicht mehr vorhanden war).⁷⁵ Allerdings erkannte nun auch Bismarck das sich ständig verschlechternde Verhältnis mit dem russischen Imperium an, und wandte sich die letzten drei Jahre seiner Kanzlerschaft vermehrt dem anderen Imperium, Großbritannien zu. Eine direkte Allianz konnte er nicht mehr erreichen, aber immerhin verbesserten sich die bilateralen Beziehungen spürbar, sodass die Position Deutschlands durch die immer noch bedingt vorhandene Wahlmöglichkeit zwischen Russland und Großbritannien kurzfristig gesichert schien, zumindest solange es keine weitgreifenden hegemonialen oder imperialen Ambitionen von deutscher Seite her gab.⁷⁶

Entwicklung von 1890 bis 1908

„Weltpolitik und kein Krieg“ - das persönliche Regiment und die daraus folgende Inkonsequenz der deutschen Außenpolitik

Die internationale Position Deutschlands verschlechterte sich jedoch maßgeblich, als es 1890 schließlich zum erzwungenen Abgang der Regierung Bismarck und zur graduellen Machtübernahme durch den neuen Kaiser Wilhelm II. kam. Wilhelm II. begnügte sich nun nicht mehr nur mit seiner verfassungsmäßigen Position als oberster Bundesherr, stattdessen wollte er auch die Tagespolitik maßgeblich mitbestimmen. Sein Herrschaftsstil wurde bis 1908 daher dementsprechend als „*persönliches Regiment*“ bezeichnet, sein Einfluss stützte sich dabei weitestgehend auf die Möglichkeit, den Reichskanzler und die jeweilige Regierung einzusetzen aber auch jederzeit wieder entlassen zu können, was er während seiner Herrschaft auch fünfmal veranlasste. Dies hatte zur Folge, dass der Einfluss des Reichskanzlers und seine Möglichkeit zu einer eigenständigen Politik stark zurückgingen, während sich Regierungsmitglieder und einflussreiche Institutionen quasi hinter dessen Rücken vermehrt an den Kaiser wandten, eine Entwicklung die schon Bismarck kurz vor seinem Abgang nicht mehr verhindern konnte. Wilhelm II. etablierte das Kaisertum in Folge

⁷⁵ Vgl. Geiss, Imanuel: German Foreign Policy, 1871-1914 (Foreign Policies of the Great Powers Volume IX), Neudruck London 2002, S. 56 sowie ausführlicher *Born*, Von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg, S. 156 – 157.

⁷⁶ Bismarcks Annäherungsversuch scheiterte letztlich auch gerade deswegen, weil der Bruch mit Russland noch nicht vollständig war. Daher ging die britische Politik nicht auf ein offenes Bündnisangebot von Bismarck im Jahr 1889 ein, da nur eine aktive deutsche Politik gegen Russland von Interesse gewesen wäre, wozu die deutsche Führung jedoch nicht bereit war. Im Gegensatz zur späteren kaiserlichen Politik war Bismarck bis zu seinem Abgang aber dennoch an einer stabilisierenden Politik interessiert, welche einen englischen Machtverlust als nicht vorteilhaft ansah, auch ohne Bündnisvertrag, so dass sich die Beziehungen rasch verbesserten. Siehe *Hertz-Eichenrode*: Deutsche Geschichte 1871 – 1890, S. 136 – 146.

als die zentrale Macht- und Vermittlungsstelle innerhalb der deutschen Führung, ohne diese Position jedoch jemals vollständig ausfüllen zu können. Die deutsche Politik war während den folgenden achtzehn Jahren des persönlichen Regiments daher gewissermaßen von der jeweiligen Tageslaune des Kaisers abhängig, so dass eine konstante (Außen-)Politik kaum mehr möglich war.⁷⁷

Dennoch gab es eine grobe strategische Ausrichtung in Form der so genannten „*Weltpolitik*“, welche zwar nie genau definiert wurde, am ehesten aber noch mit der Abkehr von der nationalen Selbstbeschränkung der Bismarck-Regierung hin zu einer Politik der Hegemonialbestrebungen beschrieben werden kann. Das besondere an den Anhängern der Weltpolitik war ihre Überzeugung, dass die Gründung einer deutschen Hegemonie auf einigermaßen friedlichem Weg gegen die beiden bereits bestehenden Imperien Großbritannien und Russland zu erreichen sei, zusammengefasst unter dem bereits Eingangs erwähnten Schlagwort von der „*Weltpolitik und kein Krieg*“. Insgesamt kam es unter der Herrschaft von Wilhelm II. zu mehreren solchen Versuchen eine deutsche Hegemonie zu begründen, welche jedoch letztlich alle scheitern sollten.

Zunächst begnügte sich Kaiser Wilhelm II: noch mit der Anknüpfung an das 1806 untergegangene Heilige Römische Reich, aber bereits 1896, also nur fünf Jahre nach der Entlassung Bismarcks sprach er von größeren Zielen, sprach bereits davon, dass „*aus dem Deutschen Reiche ... ein Weltreich geworden*“ sei.⁷⁸ Was Bismarck in Europa für die deutsche Machtstellung erreicht hatte, wollte Wilhelm II. mit Hilfe seiner neuen innenpolitischen Machtstellung nun auch auf globaler Ebene verwirklichen.

Allerdings klafften Anspruch und Wirklichkeit sehr weit auseinander. Das Deutsche Reich war weder 1890, 1896 noch irgendwann sonst bis 1914 eine Hegemonialmacht im Münklerschen Sinn. Die Handvoll (noch von Bismarck auf der Kongokonferenz erworbenen) Kolonien waren wie bereits erwähnt flächenmäßig viel zu klein und noch dazu hoffnungslos unzusammenhängend über zwei Kontinente verstreut als das sich daraus ein Machtanspruch ergeben hätte, vor allem in Vergleich mit den beiden existierenden Imperien Großbritannien

⁷⁷ Für eine ausführliche Darstellung zur Entmachtung Bismarcks und der Einführung des Persönlichen Regiments siehe *Röhl*, John C.G.: *Wilhelm II., Der Aufbau der Persönlichen Monarchie 1888-1900*, München 2001, S. 314 – 350 sowie S. 888 – 974.

⁷⁸ Festrede anlässlich eines Banketts zum 25-jährigen Jubiläum der Reichsgründung, zitiert in *Rall*, Hans: *Wilhelm II., Eine Biographie*, Graz 1995, S. 150. Für eine kurze Abhandlung über Wilhelm II. Traditionsanknüpfung an das Heilige Römische Reich siehe ebenfalls *Rall: Wilhelm II.*, S. 147 – 153.

und Russland. Des Weiteren fehlten die militärischen und wirtschaftlichen Mitteln um diese Gebiete überhaupt nutzbar und verteidigungsfähig zu machen, was ohne eine schlagkräftige Marine gegenüber Großbritannien nicht machbar war. Auch in Festlandeuropa selbst war der Einfluss des Deutschen Reichs keineswegs so, dass man abgesehen von den vier Jahren nach der Reichseinigung von einer Hegemonie oder gar von einem deutschen Imperium sprechen konnte.

Die europäische Position Deutschlands hatte sich seit Bismarcks Abgang nämlich nicht etwa verbessert, sondern im Gegenteil sogar verschlechtert, auch auf Grund der neuen unklaren wilhelminischen Weltpolitik, welche ohne klar definierte strategische Ausrichtung blieb. Musste Bismarck noch zwischen den „zwei Gesichter“ des Deutschen Reiches manövrieren, so ging das Wilhelminische Herrschaftssystem in Verkennung der eigenen Machtposition selbstherrlich immer mehr dazu über, sowohl die Interessen des Westens als auch des Ostens Deutschlands aussenpolitisch zu vertreten, und so mit überzogenen Forderungen sowohl Großbritannien als auch Russland endgültig gegen sich aufzubringen.

Propagandistisch fasste man diese in die Isolation führende Politik zeitgenössisch unter dem Schlagwort von der „*freien Hand*“ zusammen, die man sich gegenüber den beiden bereits bestehenden Imperien behalten wollte, falls notwendig hätte man sich schließlich in der Wahrnehmung der deutschen Führung immer noch wie zu Bismarcks Zeiten für den „*Wal*“ Großbritannien oder den „*Bären*“ Russland entscheiden können. Realpolitisch stand jedoch bald nur noch die britische Option offen, was jedoch von der deutschen Führung bis zuletzt verkannt wurde, und somit zur berüchtigten „*Einkreisung*“ Deutschlands führte, vor allem nach dem endgültigen Bruch mit Russland. Obwohl schon unter Bismarck das Verhältnis mit Russland sehr angespannt war, galt seine Regierung auch in St. Petersburg immer noch als fester Garant einer russlandfreundlichen Politik, vor allem nach Abschluss des Rückversicherungsvertrages. Bismarcks erzwungener Abgang und die Art der Machtübernahme Wilhelms II. von 1890 führten noch einmal sehr massiv zu einer Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen.⁷⁹ Auch die wirtschaftlichen

⁷⁹ Der Erste Botschaftssekretär in Russland Graf Friedrich von Pourtalès berichtet im März 1890 nach Deutschland, dass die Betroffenheit in der russischen Hauptstadt über den Machtwechsel in Berlin immens sei, wegen mehrerer Gründe. Einerseits galt Bismarck als betont russlandfreundlich, sein erzwungener Rücktritt rief daher Misstrauen und Unsicherheit über die neue Politik hervor. Dies wurde noch durch den Umstand enorm gesteigert, dass der gekränkte Exkanzler Bismarck dem russischen Botschafter mitteilte, dass er nicht etwa aus innenpolitischen Gründen sondern wegen seiner russlandfreundlichen Politik entlassen worden sei, so dass man in Russland von einem deutschen Richtungswechsel ausgehen musste.

Beziehungen hatten durch das noch immer aufrechte Lombardverbot und die Getreidezölle weiter gelitten. Nachdem dann auch noch die neue, von Wilhelm II. ausgesuchte und abhängige Regierung unter Reichskanzler Caprivi gegen ausdrücklichen russischen Wunsch den Rückversicherungsvertrag nicht mehr verlängerte war der Bruch zwischen den beiden Staaten komplett. Infolgedessen wandte sich das russische Imperium nun vollends von Deutschland ab und gründete 1894 mit Frankreich den französisch-russischen Zweibund, ein gegen Deutschland gerichtetes Defensivbündnis. Damit war Europa nun de facto in zwei konkurrierende Allianzblöcke geteilt, von einer deutschen Vorherrschaft konnte nun definitiv nicht mehr gesprochen werden.

Die Antwort der deutschen Führung auf diese veränderte europäische Situation war aber nun nicht eine Einschränkung der eigenen Machtansprüche sondern der wiederholte Versuch, das europäische Mächtesystem nach deutschen Vorstellungen umzugestalten, um so die Hegemonialstellung zu verwirklichen. Der erste solche hegemoniale Gründungsversuch fällt noch in die Übergangszeit nach Bismarcks Abgang von 1890 bis 1904, und zwar in Form der Handelspolitik von Reichskanzler Caprivi. Er zählt auf Grund seiner ursprünglichen Beschränkung auf Mitteleuropa nur bedingt zur Wilhelminischen Weltpolitik, und ist deswegen dann letztlich auch unter anderem an inneren Widerständen gescheitert.

Caprivi und sein Regierung waren im Gegensatz zu Bismarck von der Unvermeidlichkeit einer Zweifrontenkonstellation gegen Russland und Frankreich überzeugt, sodass sie nun danach strebten, den Dreibund zu stabilisieren und einen Ausgleich mit Großbritannien zu schaffen.⁸⁰ Langfristiges Ziel der Caprivischen Außenpolitik war jedoch die Errichtung eines geeinten kontinentaleuropäischen hegemonialen Einflussbereichs. Unter Einbeziehung von Österreich-Ungarn, Spanien, der Schweiz, Belgien, Italien und den Balkanstaaten sollte zunächst durch weit reichende Handelsverträge eine wirtschaftliche Vormachstellung des Deutschen Reichs in Mittel- und Südeuropa erreicht werden. Die Handelsvertragsländer

Andererseits kam auch noch erschwerend hinzu, dass das Wilhelm II. sich am Anfang seiner Herrschaft durch arbeiterfreundliche Initiativen zu profilieren versuchte, was dem autokratisch regierenden Zaren Alexander III. als äußerst bedenklich erschien. Pourtalès schreibt weiter, dass „in den konservativen Kreisen [...], in welchen noch vielfach aus monarchischen Rücksichten ein Zusammenhalten mit uns gewünscht wurde, die neuesten Vorgänge in Deutschland Kopfschütteln hervorgerufen und [...] den letzten Rest [...] von Wunsch, mit uns gut zu stehen erschüttert [haben]. Diese Kreise erblicken in dem Auftreten unseres jungen Kaisers ein jugendliches frivoles Vorgehen, durch welches Er Sich Seinen eigenen Thron und das monarchische Prinzip überhaupt untergräbt. In diesen Kreisen hörte ich bereits gestern verschiedentlich äußern, daß der Rücktritt des Fürsten Bismarck die Aussichten auf einen Krieg vermehrt.“

Portalès an Holstein, 20. oder 21. März 1890 Holstein, Geheime Papiere, III, Nr. 308, zitiert in Röhl: Wilhelm II., Der Aufbau der Persönlichen Monarchie 1888-1900, S. 350 - 352.

⁸⁰ Vgl. Canis, Konrad: Von Bismarck zur Weltpolitik, Deutsche Außenpolitik 1890 bis 1902, Berlin 1997, S. 16 - 91.

senkten ihre Zölle für deutsche Industrieprodukte wesentlich, wofür Deutschland ihnen im Gegenzug die Einfuhr von Agrarprodukten erleichterte. Langfristig wären diese Länder zu einer deutsch dominierten Zollunion zusammengeschlossen worden und in der Intention Caprivis durch den wirtschaftlichen Druck auch politisch an Deutschland gebunden gewesen, sodass sich ein natürliches mitteleuropäisches imperiales Einflussgebiet für Deutschland ergeben hätte. Caprivi setzte hierbei auf die Industrie und wollte mit Hilfe gesteigerter deutscher Exporte und bilateraler Verträge diese Bindung erreichen.⁸¹ Caprivis Regierung hatte also vor, mit Hilfe der ökonomischen Machtmittel Deutschlands eine Hegemonie zu errichten, welche rückblickend auch die Kriterien Münklers erfüllt hätte (im Hinblick auf Größe, Einflussbereich, Machtmitteln und eventuellen Vasallenstaaten). Diese deutsche (Mittel-) Europakonzeption hätte die Hegemonie auch gegen eine französisch-russische Allianz erlangt, da Mitteleuropa in seiner weitesten Fassung der franko-russischen Allianz ökonomisch überlegen war und Deutschland auch militärisch im Stande war, sein beabsichtigtes angrenzendes Einflussgebiet in Europa dementsprechend zu verteidigen. In der langfristigen Perspektive war man überhaupt davon überzeugt, sogar den jetzigen Gegner Frankreich über kurz oder lang in das deutsch dominierte „*Mitteleuropa*“ einbeziehen zu können, vor allem auch um den neuen imperialen Raum gegenüber der stetig wachsenden Flügelmacht der USA konkurrenzfähig machen zu können.⁸²

Im historischen Rückblick scheint diese (wegen der zugrunde liegenden handelspolitischen Einigungsidee entfernt an die heutige Europäische Union erinnernde) Konzeption noch die beste Möglichkeit für eine friedliche deutsche Imperiumsgründung gewesen zu sein. Ihre Besonderheit im Hinblick auf die späteren deutsche Hegemonialpolitik war vor allem die einseitige Konzentration auf die Industrie und somit den Westen des deutschen Reiches. Allerdings führte dies auch mittelfristig zu ihrem Untergang, zunächst auf russischen, dann in weiterer Folge auch auf innenpolitischen Druck seitens der östlichen, agrarisch geprägten Reichshälfte hin. Das russische Imperium erkannte zuerst die drohende imperiale Konkurrenz, die von einem deutsch ökonomisch dominierten Mitteleuropa ausging, und initiierte einen neuen, heftig geführten Handelskrieg mit dem Reich. Im Gegensatz zur späteren Politik der „*freien Hand*“ versuchte Caprivi dabei während dieser Übergangszeit noch mit einer pro

⁸¹ Vgl. *Geiss*: Der lange Weg in die Katastrophe, S. 186 – 189.

⁸² *Hillgruber*, Andreas: Die gescheiterte Großmacht, Eine Skizze des Deutschen Reiches 1871-1945, Düsseldorf 1980, S. 31 f.

Für die Stoßrichtung des Mitteleuropa- Konzeptes gegen sowohl Großbritannien, Russland als auch die USA vgl. auch *Fischer*, Fritz: Krieg der Illusionen, Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969, S. 23 – 32.

britischen Politik eine Anlehnung an das andere Imperium Großbritannien, da jedoch auch dieses Imperium kein Interesse an einem weiteren imperialen resp. hegemonialen Konkurrenten hatte blieb ein durchschlagender Erfolg aus, so dass die Regierung Caprivi schließlich auf den russischen Druck ein ging und 1894 auch mit Russland ein umfangreiches Handelsabkommen abschloss.⁸³

Damit war die Mitteleuropa-Politik allerdings konzeptionell praktisch auch bereits wieder gescheitert. Der einflussreiche Ex-Generalstabschef Graf Waldersee kommentierte das Handelsabkommen mit den Worten „*Wir haben [...] aus Furcht vor Russland kapituliert und helfen nun, die wirtschaftliche Lage des bis an die Zähne gegen uns gerüsteten Feindes zu verbessern.*“⁸⁴ Zwar war der Handelsvertrag mit Russland durchaus vorteilhaft für die deutsche Industrie, aber einerseits fehlte nun die klare geographische Begrenzung auf (Mittel-) Europa und die Abgrenzung gegen das russische Imperium, andererseits wiederum erhöhte sich der innenpolitische Druck durch die deutschen Agrarier infolge des russischen Handelsvertrags soweit, dass die Regierung Caprivi trotz bereits eintretender wirtschaftlicher Erfolge schließlich 1894 innenpolitisch keinen Rückhalt mehr hatte und schließlich zurücktreten musste. Das Mitteleuropa Konzept als ein Weg zur Imperiumsgründung wurde damit für die nächsten Jahre wieder verworfen, wenngleich auch später immer wieder (erfolglos) erneute Anläufe zu einem deutsch dominierten Mitteleuropa unternommen wurden. Einen letzten, für die Julikrise relevanten Höhepunkt gab es schließlich kurz nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges, als das September-Kriegszielprogramm von Reichskanzler Bethmann-Hollweg im Wesentlichen die vollständige Verwirklichung des Mitteleuropakonzeptes vorsah, diesmal allerdings als erzwungenes Resultat eines gewonnenen Krieges und in Form eines beabsichtigten vollwertigen Imperiums.

Gescheitert ist die Mitteleuropa Konzeption aber nicht zuletzt auch deswegen, weil die von Caprivis Regierung vertretene Beschränkung auf ein europäisches Imperium mit einem Kranz von Vasallenstaaten für die neuen Machthaber um Wilhelm II. nicht mehr ausreichend war, vielmehr wollte man eine dem britischen Imperium vergleichbare „*Weltpolitik*“ führen. Für eine Konsolidierung des Machtbereiches in Europa schien zunächst keine Zeit mehr zu sein, da die Meinung verbreitet war, Deutschland sei bei der Aufteilung der Welt zu kurz oder im besten Fall noch gerade rechtzeitig gekommen, und müsse nun handeln. Der Chef des

⁸³ Für eine ausführliche Behandlung des russisch- deutschen Zollkriegs und dem anschließenden Abschluss des Handelsvertrages durch die Regierung Caprivi sowie einer generellen Abhandlung aller Handelsverträge siehe *Weitowitz, Rolf: Deutsche Politik und Handelspolitik unter Reichskanzler Leo von Caprivi 1890-1894, Düsseldorf 1978, S. 274 – 299.*

⁸⁴ Zitiert in *Hillgruber: Die gescheiterte Großmacht, S. 32.*

Marinekabinetts Admiral Georg Alexander von Müller beurteilte die Alternative zwischen einem möglichen europäischen Imperium Caprivis und dem beabsichtigten überseeischen respektive globalen Imperium der Nachfolgeregierungen zwei Jahre nach dem Sturz Caprivis diesbezüglich folgendermaßen:

„Der General von Caprivi hat an die Möglichkeit einer Weltmachtstellung für Deutschland überhaupt nicht geglaubt, und die an seinen Namen geknüpfte Politik hat nur die Behauptung der Machtstellung auf dem europäischen Kontinent im Auge gehabt. Sie verfuhr deshalb ganz folgerichtig, indem sie im Innern auf die Stärkung der Armee hinarbeitete, die Marine auf die Rolle der Küstenverteidigung im engeren Sinne beschränkend, und indem sie gute Beziehungen zu England, dem natürlichen Verbündeten gegen das die europäische Machtstellung Deutschlands gefährdende Russland sucht.

Die jetzt so geschmähte Caprivische Politik würde in der Geschichte glänzend gerechtfertigt dastehen, wenn das deutsche Volk sich nicht zu einer ganz anderen Auffassung seiner Expansionsfähigkeit und Expansionspflicht aufschwänge, wie sie in der bisherigen Marine- und Kolonialentwicklung ausgedrückt ist.

Auch hier heißt es ganz oder gar nicht. Mit der ganzen Kraft der Nation einsetzen, rücksichtslos, auch den großen Krieg nicht scheuen, oder aber Beschränkung auf die Kontinentalmacht. Das Mittelding, das Begnügen mit ein paar übrig gebliebenen Stücken Ostafrika und Südsee-Archipel, [...] das Halten einer Flotte, für die engere Küstenverteidigung unnötig stark, für eine Weltpolitik viel zu schwach, bedeutet nur eine Zersplitterung der Kräfte, [...] die die Caprivische Politik logischerweise der Armee zugeführt sehen wollte.“⁸⁵

Der Übergang von der Kontinentalpolitik Caprivis zur oben skizzierten endgültigen Ausformung der Weltpolitik ab 1896 stellt den zweiten Versuch einer deutschen Hegemonialgründung dar. Eine Realpolitik im Sinne Bismarcks hätte nun aus dem Scheitern der Mitteleuropa-Politik die Konsequenzen ziehen und sich nach dem Zerwürfnis mit dem russischen Imperium vermehrt an das andere große Imperium Großbritannien anlehnen müssen. Als aber zwischen 1898 und 1901 zur Zeit der Burenkriege von britischer Seite mehrmals definitive Bündnisangebote gemacht wurden, lehnte man seitens der deutschen Führung ab. Die Caprivi nachfolgende Regierung unter Reichskanzler Hohenlohe-

⁸⁵ Görlitz, Walter (Hg): Der Kaiser, Aufzeichnungen des Chefs des Marinekabinetts Admiral Georg Alexander v. Müller über die Ära Wilhelms II., Göttingen 1965, S. 40 f, zitiert in Geiss: Der lange Weg in die Katastrophe, S. 188 f.

Schillingsfürst galt nur als Platzhalter für den künftigen Reichskanzler und Vertreter der kaiserlichen Weltpolitik, Bernhard von Bülow. Dieser unterwarf sich nominell vollständig dem persönlichen Regiment von Wilhelm II., konnte sich aber bis 1908 eine eigenständige Linie durch Manipulation des wankelmütigen Kaisers bewahren. Seine Regierung wollte sich machtpolitisch die bereits erwähnte „*freie Hand*“ sowohl dem russischen als auch dem britischen Imperium gegenüber behalten. Beabsichtigt war im Einklang mit den Anhängern der Weltpolitik die Errichtung einer Hegemonie, vergleichbar mit der Großbritanniens.

Zwar zeigt das obige Zitat von Admiral Müller, dass in dieser neuen weltpolitischen Konzeption im Gegensatz zu Caprivis die Möglichkeit eines großen Kriegs durchaus vorhanden war, zwingende Voraussetzung für die Errichtung der beabsichtigten Hegemonie war dieser jedoch nicht. Die unklar definierte Weltpolitik kann auch als Kompromissversuch zwischen den Anhängern einer Besitztum wahren, defensiven und nationalstaatlichen Politik und den Anhängern einer Imperiumsgründung durch einen großen europäischen Krieg gesehen werden, deren Gruppierungen sich wie eingangs erwähnt noch in der Spätphase der Bismarckzeit heraus gebildet hatten. Durch die Möglichkeit einer friedlichen Hegemonialgründung sollten beide internen Gruppierungen zufrieden gestellt werden. Im Zentrum dieser Politik stand Wilhelm II., welcher gleichzeitig als imperialer Herrscher und Friedenskaiser in die Geschichte eingehen wollte. Die Anhänger der Weltpolitik innerhalb der deutschen Führung gingen davon aus, dass eine Neuaufteilung der (kolonialen) Welt kurz bevorstehe, und Deutschland einen möglichst großen Anteil erlangen müsse, um zum Imperium aufzusteigen. Diese Ansprüche waren aber nur mit einer starken Flotte durchsetzbar, welche Deutschland noch nicht hatte.

Auch der Konflikt mit Großbritannien wurde schließlich soweit getrieben, bis sich dieses 1904 nicht mit dem Deutschen Reich, sondern mit Frankreich in der „*entente cordiale*“ verbündete, so dass Deutschland international immer isolierter dastand.⁸⁶ Neben der deutschen Selbstüberschätzung war dabei zu Beginn des 20. Jahrhunderts vor allem auch der Ausbau der deutschen Nordseeflotte verantwortlich. Neben dem flottenbegeisterten Kaiser Wilhelm ging die Initiative zum plötzlichen Aufbau einer konkurrenzfähigen Flotte nach dem Abgang Bismarcks und Caprivis vor allem vom Leiter des Marineministeriums Alfred von Tirpitz aus, der den so genannten „*Risikoplan*“ (nicht zu verwechseln mit der Risikostrategie)

⁸⁶ Bezüglich der britischen Bündnisangebote, ihrer Ablehnung durch die Deutsche Führung und der anschließenden Gründung der „*entente cordiale*“ siehe *Born*: Von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg, S. 203 – 213 sowie S. 221 – 229.

gegen den imperialen Konkurrenten zur See Großbritannien entwarf und teilweise umsetzte. Risikoplan bedeutete in dieser Tirpitzschen Konstruktion, dass es für ein deutsches Imperium nicht unbedingt nötig wäre, mehr und stärkere Schiffe als Großbritannien zu haben. Da Großbritannien seine Kolonien weltweit beschützen musste, konzentrierte sich Tirpitz mit dem Flottenbau strategisch fast ausschließlich auf die Nordsee. Tirpitz nahm an, dass Großbritannien es bei einem weltweiten Flottenverhältnis von 2:3 für Deutschland nicht riskieren würde, gegen die in der Nordsee dann gleichwertige oder sogar überlegene deutsche Marine zu kämpfen. Der Plan war sehr ambitioniert, da Deutschland nicht nur für drei neue britische Schiffe zwei deutsche bauen musste, sondern zunächst auch zusätzlich noch den enormen Vorsprung der Briten an bereits bestehenden Schiffen einholen musste um auf eine Verteilung von 2:3 zu kommen. Die Grundkonzeption des Planes war es, die Bedrohung durch die englische Flotte zu beseitigen um so auf dem europäischen Festland ungehindert Hegemonialpolitik betreiben zu können.

Bisher zur Jahrhundertwende waren etwaige Flottenvergrößerungen jedes Mal an innenpolitischen Widerständen gescheitert, trotz der Fürsprache Kaiser Wilhelms II. Tirpitz änderte dies nun und formte diesbezüglich deswegen sein Marineministerium teilweise zu einem Propagandaministerium um, welches in der Öffentlichkeit und im Reichstag Begeisterung für etliche groß angelegte Flottenovellen hervorrufen sollte, welche zuvor immer abgelehnt worden waren. Auf Tirpitzs Veranlassung wurde 1898 auch der deutsche Flottenverein gegründet, der bald über eine Million Mitglieder hatte und dementsprechend Druck bezüglich einer starken Marinepolitik ausüben konnte.⁸⁷ Mit dieser Propagandamacht und der Unterstützung des Kaisers konnten Tirpitz und die Anhänger der Weltpolitik zur Jahrhundertwende nun damit beginnen, den tirpitzschen Flottenplan umzusetzen.

Trotzdem wurde dies von Großbritannien zunächst noch nicht als Bedrohung gesehen und spielte auch zunächst in den bilateralen Beziehungen keine negative Rolle, da Ausbau und Erneuerung der desolaten deutschen Marine eine lange Zeit in Anspruch zu nehmen schien, und Deutschland zu dieser Zeit noch nicht als echte Bedrohung für das britische Imperium wahrgenommen wurde. Man war im Gegenteil sogar noch mit Deutschland in mehrere Bündnisverhandlungen eingetreten, da man die (auf Grund des Burenkriegs von 1899 – 1901 verschärfte) internationale Isolierung Großbritanniens beenden wollte und das deutsche Kaiserreich als den natürlichen Partner gegen Frankreich und Russland ansah. Diese

⁸⁷ *Born*: Von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg, S. 187 f.

Bündnisverhandlungen sind jedoch letztlich katastrophal gescheitert, nicht zuletzt weil Deutschland davon ausging, dass Großbritannien auf Grund seiner Konflikte mit Frankreich (Faschoda) und Russland (Bosporus und Indien) auf Deutschland mehr angewiesen sei als umgekehrt, sodass man den Preis für ein Bündnis auf deutscher Seite absichtlich viel zu hoch ansetzt hatte. Man ging fälschlicherweise davon aus, für Großbritannien die einzige Bündnisoption zu sein, und wollte daher den Preis hierfür möglichst in die Höhe treiben. Außerdem hatte man sich seitens der deutschen Führung erst vor zwei Jahren für die (eindeutig gegen Großbritannien) gerichtete deutsche Flotten- und Weltpolitik entschieden, sodass eine Allianz mit Großbritannien zunächst nicht mehr oberste Priorität wie noch unter Bismarck hatte.

Auch der britischen Führung blieb nicht verborgen, dass sich die von Kaiser Wilhelm angeführte deutsche Weltpolitik vor allem gegen Großbritannien zu richten schien, sodass im Endeffekt sowohl Großbritannien als auch vor allem die deutsche Führung um den nun neuen, russlandfreundlichen Reichskanzler Bülow kein Interesse an einem Bündnis zeigten. Die Konsequenzen dieser gegenseitigen falschen Interpretationen der Bündnisabsichten waren jedoch gravierend. Während Großbritannien seine „*splendid isolation*“ 1902 zunächst durch ein Bündnis mit Japan beendete und sich 1904 in der Entente schließlich mit Frankreich verständigte, stand Deutschland geostrategisch nun endgültig isoliert da.⁸⁸

Die politische Isolation wurde von der deutschen Führung jedoch nicht sofort eingestanden. Man hoffte immer noch auf einen Umschwung Englands, wenn erst die deutsche Flotte stark genug wäre, oder England sich mit seinem imperialen Konkurrenten Russland überwerfen würde. Die deutsche imperiale Zielsetzung mit dem Tirpitzschen Risikoplan wurde daher gerade nicht zugunsten einer Verständigung aufgegeben, man versuchte eher im Gegenteil sogar noch Druck auszuüben (in Form einer möglichen Verständigung mit Russland und Frankreich in einer Kontinentalliga gegen Großbritannien), um das britische Imperium doch noch von der Notwendigkeit einer Allianz mit Deutschland zu dessen Bedingungen zu überzeugen. Trotzdem aller Bemühungen ist der Tirpitzplan in seiner hegemonialen Konzeption bis 1908 letztlich gescheitert. Mit der technischen Revolutionierung der Marinetechnik durch die neue Dreadnought Schiffsklasse wurde der Rüstungswettlauf mit

⁸⁸ Für eine ausführliche Behandlung der folgenschweren deutschen Fehlinterpretation der britischen Bündnisintentionen am Ende der „*splendid isolation*“ und den anschließenden Konflikt der beiden Mächte siehe Fröhlich, Michael: Imperialismus, Deutsche Kolonial- und Weltpolitik, 1880-1914, München 1994, S. 104 – 115.

Großbritannien ab 1805 noch einmal drastisch verschärft. Einerseits wurde zwar der englische Vorsprung an Kampfschiffen durch die plötzliche Veralterung der Flotte drastisch verringert, andererseits stiegen auch die Kosten für den Flottenbau enorm an. Während England die finanziellen Mehrausgaben aufbringen konnte, geriet Deutschland bald an finanzielle Grenzen, da das föderal geprägte Kaiserreich kaum reichsweite Steuern einhob, und deren Einführung immer wieder für innenpolitische Probleme sorgte.

Abgesehen von den finanziellen Problemen ist der Tirpitzsche Hegemonialplan jedoch auch vor allem daran gescheitert, dass sich die kontinentaleuropäische Machtsituation des Reiches ab 1904 entscheidend veränderte. Entgegen den Hoffnungen und Prognosen von Reichskanzler Bülow hatte das britische Imperium nicht nur die deutsche Bündnismöglichkeit in Betracht gezogen, sondern ging mit dem Scheitern der Bündnisgespräche dazu über, mit dem deutschen „*Erbfeind*“ Frankreich (welches noch dazu mit Großbritannien bisherigen Gegner Russland verbündet war) gegenseitige Kolonialverträge abzuschließen.⁸⁹ Zwar stellten diese, unter dem Namen „*Entente cordiale*“ bekannt gewordenen, Verträge bei weitem kein vollwertiges Bündnis dar, aber alleine schon die Tatsache der britisch – französischen Annäherung war ein gewaltiger Rückschlag für die deutsche Außenpolitik.⁹⁰ Ein weiteres Problem für die deutsche Führung war die Tatsache, dass Deutschland, welches sich ja als angehende Hegemonialmacht von Weltstellung positionieren wollte, bei der Aufteilung Nordafrikas und im speziellen bei der Aufteilung des Sultanats Marokko völlig leer ausgegangen war, zu Gunsten Frankreichs. Ein Hinnehmen dieser plötzlich veränderten Situation hätte in den Augen der deutschen Führung die Aufgabe der deutschen Hegemonialpläne bedeutet. Gleichzeitig wurde die deutsche Situation jedoch zunächst durch

⁸⁹ Die ursprüngliche deutsche Annahme von der Unmöglichkeit einer britisch- französischen Verständigung hatte insofern eine Basis, als es bis zur Jahrhundertwende heftige koloniale Streitigkeiten zwischen den beiden Ländern gab. Noch 1898, also nur 6 Jahre vor der gegenseitigen Verständigung wäre es zwischen dem britischen Imperium und Frankreich noch wegen des kleinen sudanesischen Dorfes Faschoda fast zum Krieg gekommen. Der Umschwung auf britischer Seite folgte fast ausschließlich als Reaktion auf die gescheiterten Bündnisverhandlungen mit Deutschland, da man sich bereits zuvor dazu entschlossen hatte Bündnispartner zu suchen, um nicht mehr (wie im Fall der Burenkriege) international völlig isoliert dazu stehen. Nachdem man 1902 erstmalig ein Bündnis mit Japan eingegangen war, fühlte sich dieses gestärkt und griff (ohne Großbritanniens Zustimmung) Russland im Russisch- Japanischen Krieg an. Der Krieg endete zwar später siegreich für Japan, 1904 war dies jedoch nicht abzusehen, und Großbritannien sah sich bereits in einen Krieg mit Russland und Frankreich hineingezogen (ohne deutsche Unterstützung). Daher bemühte man sich stark um einen Ausgleich mit Frankreich. Angelpunkt hierfür waren die beiderseitigen kolonialen Interessen in Afrika. Ägypten wurde endgültig britisch, während Frankreich das an Französisch–Algerien angrenzende Marokko als Einflusszone zugestanden bekam. Vgl. *Bauer, Maria C.: Die britische Sudanpolitik zur Zeit der Faschodakrise, Wien 1973 (Hausarbeit).*

⁹⁰ Wenngleich dies auch von der deutschen Führung zunächst verleugnet wurde. Für eine auswärtige Betrachtung der verschlechterten deutschen Lage siehe etwa die dahingehenden Bemerkungen des britischen Unterstaatssekretärs im Foreign Office vom 22. Januar 1905, in *Sanderson an Lansdowne: Russisch-französisches Bündnis, deutsche Flotte und England, abgedruckt in Hölzle, Erwin: Quellen zur Entstehung des Ersten Weltkrieges, Internationale Dokumente 1901-1914, Darmstadt 1995, S. 22.*

den kurz zuvor ausgebrochenen Russisch- Japanischen Krieg erleichtert, welcher für Russland immer ungünstiger verlief und 1905 schließlich in der ersten russischen Revolution enden sollte. Die militärische Bedrohung durch das mit Frankreich verbündete Russland fiel somit längerfristig aus, was nicht zuletzt auch ein Verdienst Wilhelm des II. war, welcher seinem Cousin, Zar Nikolaus II., während des Krieges und der anschließenden Revolution von 1905 fortlaufend Telegramme mit Durchhalteparolen zukommen lies.⁹¹

Die deutsche Führung unter Reichskanzler Bülow reagierte auf diese Umbruchssituation 1905 nun mit zwei riskanten Versuchen, sowohl Russland als auch Frankreich in den deutschen Einflussbereich zu zwingen, um so die Wunschvorstellung von einer deutschen Hegemonialstellung in Europa sofort und radikal umzusetzen, ehe sich die bereits abzeichnenden neuen Bündnissysteme verfestigen würden.

In einer Überrumpelungsaktion sollte zunächst von Kaiser und Reichskanzler versucht werden, das auf Grund des russisch-japanischen Krieges immer mehr unter Druck geratende Russland zum Eintritt in den Dreibund zu bewegen. Nachdem Zar Nikolaus II. von seinem Cousin Wilhelm II. zunächst absichtlich in den Krieg getrieben wurde, bot sich der Selbe samt der deutschen Führung dann im Laufe des Krieges dem Zaren als „*einzigster wahrer Freund*“ an, sodass der deutsche Einfluss auf den seit Jänner 1905 bereits von Revolution

⁹¹ Der Zar sah sich international isoliert und glaubte in seinem leiblichen Cousin Wilhelm II., welchen er ursprünglich auf Grund seiner mangelnden Umgangsformen und seiner sozial fortschrittlich eingestellten Ideen eigentlich verachtet hatte, einen echten Freund in der Not gefunden zu haben, sodass Wilhelm II. zwischen 1904 und 1905 erheblichen Einfluss am russischen Zarenhof gewinnen konnte. Durch zahlreiche persönliche Telegrammwechsel zwischen den beiden Herrschern (welche auf Grund der gegenseitig verwendeten Kosenamen unter dem Namen „*Willy Nicky Telegramme*“ berühmt geworden sind) und Besuche von Kaisersöhnen sowie kaiserlichen Verbindungsleuten in St. Petersburg wurde der in der Notsituation leicht beeinflussbare Zar zum unbedingten durchhalten gegen die „*gelbe Gefahr*“ aus dem Osten gedrängt, welche bei einem japanischen Sieg angeblich ganz Asien und damit auch die dortigen europäischen Interessen bedrohen würde. Während die französische Diplomatie Russland vom Krieg mit Japan abhalten wollte hetzte Wilhelm II. den Zaren auf, schreibt ihm etwa am 3. Januar 1904 (also noch vor Kriegsbeginn): „*Jeder Mensch begreift hier [in Deutschland] vollkommen, daß Rußland dem Gesetz der Ausdehnung folgen muß, für seinen Handel einen freien Ausgangsplatz zur See zu finden. Durch dieses Gesetz hat es Anrecht auf einen Küstenstrich, der solche Häfen hat (Wladiwostok, Port Arthur) [von Japan beansprucht, Anm.]. Das ‚Hinterland‘ muß in deiner Macht stehen, ..., daher leuchtete es jedem ... ein, daß Korea russisch werden soll und muß, ... wie geht niemanden etwas an und betrifft nur Dich und Dein Land.*“ Während des für Russland schlecht verlaufenden Krieges war der Zar für die deutsche Unterstützung (auch in Form von Kohlelieferungen für die nach Japan auslaufende russische Flotte!) natürlich dankbar, und bezeichnete Wilhelm bald schon als seinen „*einzigsten wahren Freund*“ auf internationaler Ebene. Der Höhepunkt dieses sich steigernden kaiserlichen Einflusses war schließlich der (in diesem Kapitel weiter unten behandelte) Vertrag von Björkö, welcher dem Zar in einem psychologisch schwachen Moment von Wilhelm II. persönlich abgerungen wurde und Russland von Frankreich gelöst und vollständig in den deutschen Einflussbereich gebracht hätte! Nach dem verlorenen Krieg und der russischen Revolution nahm dieser starke deutsche Einfluss allerdings rasch wieder ab, sah sich doch Zar Nikolaus II. im Rückblick zu Recht von Wilhelm II. in einen lang andauernden Krieg getrieben, welcher ihm durch die Revolution von 1905 fast den Thron gekostet hätte. Für eine Übersicht zu den zahlreichen Willy Nicky Telegrammen zwischen 1894 und 1914 siehe hierzu das aus dem Französischen übersetzte Werk des französischen Botschafters in Russland, *Paleologue*, Maurice: Wilhelm II. und Nikolaus II., Bern 1947, für die Telegramme zur ersten Marokkokrise und dem russisch – japanischen Krieg siehe im speziellen S. 61 – 94.

bedrohten Nikolaus II. ständig wuchs. Im Juli 1905 gipfelten diese Bemühungen schließlich im Vertrag von Björkö. In diesem kleinen südfinnischen (damals noch zu Russland gehörigen) Ort wurde dem Zaren bei einem persönlichem Zusammentreffen von Wilhelm II: in einem psychologisch schwachen Moment ein Vertrag abgerungen, welcher das Ende der russisch-französischen Allianz und den Eintritt des kriegsgeschwächten Russland in das deutsche Bündnissystem bedeutet hätte. Damit wäre Deutschland de facto unangefochtene Vormacht in Kontinentaleuropa geworden, und die deutsche Führung hätte ihr seit dem Aufbruch zur Weltpolitik gesetztes Ziel von einer friedlichen deutschen Hegemonie in Europa in dieser auf Grund der russischen Schwäche so einmaligen Situation so zu sagen tatsächlich mit einem simplen Federstrich erreicht! Der in seiner Intention Epoche machende Vertrag ist letztlich dennoch gescheitert, erstens wegen der politischen Gier der deutschen Führung (Reichskanzler Bülow verlangte von den Russen Nachbesserungen, um nach Erringung der europäischen Hegemonie sogleich auch den Kampf mit Großbritannien aufnehmen zu können!), zweitens weil der Zar den Vertrag anders interpretierte als die deutsche Führung, und von einer Einwilligung des französischen Bündnispartners zur russisch-deutschen Allianz ausging. Da diese jedoch nicht erfolgte, wurde der Vertrag von der Duma und dem Rest der russischen Regierung einfach nicht ratifiziert, da man nicht mehr gewillt war die russisch-französische Allianz zu Gunsten Deutschlands aufzukündigen. Kaiser Wilhelm II. und die deutsche Führung waren auf Grund des persönlichen Regiments im eigenen Lande einfach davon ausgegangen, dass auch der Zar dieselbe Machtstellung gegenüber seiner Regierung hätte, was sich jedoch auf Grund der frankreichfreundlichen Opposition der russischen Regierung schlicht als Trugschluss herausstellte, sodass Nikolaus II. ihr gegenüber schließlich nachgeben und seine Unterschrift für nichtig erklären musste. Als darauf hin von Seiten der deutschen Führung die russische Schwäche auch noch zum Abschluss eines für Deutschland enorm vorteilhaften Handelsvertrages mit Russland ausgenutzt wurde verschlechterten sich die deutsch-russischen Beziehungen erneut dauerhaft, umso mehr es auf Grund der russischen Schwäche, dem Gegensatz zu Österreich-Ungarn und dem Ausfall der deutschen Bündnisoption in den darauf folgenden Jahren auch zu einer britisch-russischen Annäherung kam. Hätte die Ratifizierung des Vertrages also eine quasi sofortige deutsche Hegemonialstellung ergeben, so bedeutete ihr Scheitern eine weitere Isolierung Deutschlands in Europa.⁹²

⁹² Für eine ausführlich Abhandlung über die deutschen Ziele betreffend den Vertrag von Björkö und die diesbezüglich weitergehenden Hegemonialpläne der deutschen Führung siehe *McLean*, Roderick R.: *Dreams of a German Europe: Wilhelm II and the Treaty of Björkö of 1905*, Beitrag in *Mombauer*, Annika und *Deist*, Wilhelm: *The Kaiser, New Research on Wilhelm II's role in Imperial Germany*, Cambridge 2003, S. 119 – 142.

Das Frankreich (was entscheidend war) dem Vertrag von Björkö nicht zustimmte lag am Fehlschlagen des zweiten, gegen Frankreich gerichteten Versuchs zur Erringung einer europäischen Hegemonie, ebenfalls im Jahre 1905, wobei dieser gleich aus mehreren Gründen für die spätere Julikrise relevant ist. Frankreich sollte in diesem Versuch durch diplomatischen und militärischen Druck von England und Russland isoliert werden, durch ein französisches Zurückweichen in der Marokkofrage wäre die noch junge Entente wahrscheinlich wieder auseinander gebrochen. Anschließend wäre dann Frankreich alleine einem übermächtigen Deutschland gegenüber gestanden, und hätte gemeinsam mit Russland zum Anschluss an den Dreibund und damit direkt in das deutsche Einflussgebiet gebracht werden sollen.

Das mächtigste deutsche Druckmittel war die Drohung mit dem Angriffskrieg, dem Frankreich voraussichtlich nicht überstehen konnte.⁹³ Zwar war dieser seitens der deutschen Führung nicht wirklich beabsichtigt, aber zunächst schien der Bluff aufzugehen und Deutschland konnte so den Rücktritt des französischen Außenminister Théophile Delcassé, den Initiator der Entente cordiale, erzwingen. Dann scheiterte das Projekt jedoch rasch entscheidend daran, dass auch im Ausland offensichtlich wurde das der Kaiser als oberster Kriegsherr strikt gegen einen Angriffskrieg jedweder Form eingestellt war und diesen besonders 1905 auf keinen Fall zulassen wollte.⁹⁴ Damit war aber die einzige wirkliche Trumpfkarte Deutschlands gegenüber Frankreich wertlos, sodass Paris nach dem Rücktritt Delcassés auf stur schaltete. In Folge schwoll der französische Widerstandswille stark an, sodass man sich im Stande sah auch bezüglich des Vertrages von Björkö eine Ablehnende Haltung einzunehmen. Als sich dann auch noch Großbritannien (welches Marokko ja zuvor in der Entente cordiale den Franzosen zugesprochen hatte) auf die Seite Frankreichs stellte, wurde der Einschüchterungsversuch seitens der deutschen Führung wieder aufgegeben. Als zweitbeste Möglichkeit drängte man nun auf die Abhaltung einer internationalen Konferenz

⁹³ In diesem Jahr wurde auch der berühmte „Schlieffenplan“ finalisiert, welcher 1905 auf Grund der russischen Schwäche von einem Einfrontenkrieg ausging und auf eine rasche Niederwerfung Frankreichs unter Verletzung der Neutralität Belgiens und Hollands abzielte. Schlieffen gab 1905 keine Empfehlung für einen Angriffskrieg ab, sagte aber 1914 aus, das er damals insgeheim eben diesen hinarbeitete und 1905 als den bestmöglichen Zeitpunkt hierfür ansah. Für eine diesbezügliche Abhandlung zum Schlieffenplan von 1905 und seine späteren Auswirkungen bezüglich der Julikrise siehe *Mombauer*, Annika: Helmuth von Moltke and the origins of the First World War, Cambridge 2001, S. 42 – 105.

⁹⁴ Grund hierfür war jedoch keineswegs die pazifistische Einstellung des Kaisers, sondern vielmehr angesichts der russischen Revolution von 1905 die Furcht vor der Revolution in Deutschland selbst. Reichskanzler Bülow gegenüber sagte Wilhelm II., er könne jetzt „*keinen Mann aus dem Lande nehmen ohne äußerste Gefahr für Leben und Besitz seiner Bürger. ... Erst die Sozialisten abschießen köpfen und unschädlich machen, wenn nötig, per Blutbad und dann Krieg nach außen. Aber nicht vorher und nicht a tempo.*“, zitiert in *Bülow*, Bernhard von: Denkwürdigkeiten Bd.2, Von der Marokko-Krise bis zum Abschied, Berlin 1930, S. 198.

im spanischen Algeciras, auf der Frankreich auf diplomatischem Weg von Großbritannien getrennt und über die Marokkofrage international isoliert werden sollte. Als die Konferenz 1906 jedoch schließlich endlich stattfand trat zum Entsetzen der deutschen Führung genau das Gegenteil ein, und nicht Frankreich sondern Deutschland stand (unter anderem auch wegen seiner zuvor eingenommenen kriegerischen Haltung) in Europa diplomatisch und vor den Augen der Öffentlichkeit isoliert da. Großbritannien, die USA, Spanien, Russland und Italien schlugen sich während der Konferenz auf die französische Seite, während Deutschland lediglich von Österreich-Ungarn halbherzige Unterstützung bekam.⁹⁵ Damit war auch der letzte Versuch Deutschlands die gegnerische Allianz (zum Zwecke der Errichtung einer europäischen Hegemonie auf friedlichem Weg) zu sprengen gescheitert.

Ein sich für die Julikrise daraus ergebender relevanter Nebeneffekt war übrigens die Tatsache, dass die deutsche Führung als ganzes von nun an eine vehemente Ablehnung gegenüber internationalen Konferenzen entwickelte, sodass dieses Mittel der Friedenserhaltung (welches während des 19. Jahrhunderts auch von deutscher Seite her bisher wiederholt erfolgreich eingesetzt worden war) im Juli 1914 nicht mehr realistisch zur Verfügung stand. Die unmittelbare Folge war jedoch, dass nach der Konferenz von Algeciras das ganze Konzept der Weltpolitik vor dem Ende stand, ein Umstand der sich auch vor der eigenen deutschen Öffentlichkeit immer schlechter verbergen lies, umso mehr als dann der 1907 (als Folge der fehlgeschlagenen deutschen Versuche Russland seinen Willen aufzuzwingen) erfolgte russisch-britische Ausgleich in Form der Tripple Entente zu einem erneuten schweren Rückschlag bezüglich der deutschen Stellung in Europa und der Welt führte.

⁹⁵ Wie ein Memorandum des britischen Staatssekretärs des Foreign Office Grey zu Beginn der Konferenz beweist, hatte Großbritannien zunächst vor, Frankreich zu empfehlen klein beizugeben, solange die deutsche Drohung aufrecht gehalten wurde. Man überlegte in London aus Angst vor einem Krieg gegen Deutschland sogar freiwillig Berlin britische Häfen in Ägypten und Asien Berlin als Ersatz für den französischen Einfluss in Marokko anzubieten. Als sich jedoch immer mehr herausstellte, dass die deutsche Führung und hier vor allem Kaiser Wilhelm II: auf Grund der inneren Situation (aus Angst vor einer kriegsbedingten Revolution, wie sie 1905 gerade in Russland stattgefunden hatte!) ebenfalls auf keinen Fall einen Krieg führen wollte schlug die Stimmung um, und mit dem Wegfall der deutschen Drohung konnte Paris den Großteil seiner Ansprüche durchsetzen, wenngleich auch Marokko bis 1911 zumindest formal noch unabhängig blieb. Die erste Marokkokrise kann also auch als Versuch eines deutschen Bluffs mit offenen Karten beschrieben werden, natürlich mit dem zu erwartenden Endergebnis. Siehe Memorandum *Grey: Marokko*. England und ein deutsch-französischer Krieg. Tripelentente., 20. Februar 1906, abgedruckt in *Hölzle*, Quellen zur Entstehung des Ersten Weltkrieges, S. 24 – 27.

Entwicklung von 1908 bis 1914

Das Kaiserreich in der Defensive - der Präventivkriegsgedanke als vermeintlich letzte Möglichkeit zur Imperiumsgründung

Letztendlich musste man daher die Hegemonialbestrebungen der letzten fünfzehn Jahre widerstrebend doch noch, zumindest mittelfristig, aufgeben. Zu Beginn des Jahres 1908 konnte man sich als Bündnispartner schließlich nur noch auf die, sich bereits auf dem absteigenden Ast befindliche, Großmacht Österreich-Ungarn stützen, wodurch jedoch auch gleichzeitig die Erhaltung der territoriale Integrität der Habsburgermonarchie ab 1908 zwangsläufig (im Gegensatz zu früher) zu einem unumstößlichen Grundprinzip der deutschen Außenpolitik wurde. Auch der deutsche Einfluss in der Welt war stark zurückgegangen, als letztes Hoffungsgebiet deutschen Einflusses blieb nur noch Anatolien und das osmanische Reich übrig, wo man in Form der Berlin-Bagdad Bahn territoriale Ansprüche abzustecken versuchte. Afrika und Ostasien traten demgegenüber in der Zielsetzung der deutschen Führung von nun an stark in den Hintergrund.

Das Jahr 1908 ist im Hinblick auf die Julikrise ein echtes Wendejahr, da sich aus der fehlgeschlagenen Hegemonialgründung sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik maßgebliche und bis 1914 fortdauernde Veränderungen ergeben haben. Innenpolitisch kam es im November 1908 auf Grund der so genannten „*Daily Telegraph*“ Affäre zu einem Ende des persönlichen Regiments von Kaiser Wilhelm, was einen Umsturz in der innenpolitischen Struktur gleichkam. Bis zum Ausbruch des Weltkrieges musste sich der Kaiser nun öffentlich mehr zurückhalten, und sein Einfluss auf die politischen Tagesgeschäfte ging stark zurück. Dies führte, gekoppelt mit einer durch die mangelnden imperialen Erfolge immer mehr geschwächten Reichstagsmehrheit, schließlich zur Abberufung der für die Weltpolitik verantwortlichen Regierung Bülow.⁹⁶

⁹⁶ Im September 1908 gab Kaiser Wilhelm II. der britischen Tageszeitung *Daily Telegraph* ein Interview, mit der Absicht, die angeschlagenen Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien zu verbessern. Zu diesem Zweck behauptete er, dem während der Burenkriege international isolierten Großbritannien durch die Ausarbeitung eines Feldzugsplanes entscheidend bei dessen Sieg über die Burenrepublik geholfen zu haben. Des Weiteren versicherte er in diesem Interview, dass die neue deutsche Schlachtflotte keinesfalls gegen Großbritannien eingesetzt werden sollte.

Das Interview entwickelte sich rasch zu einer Katastrophe für den Kaiser. In Großbritannien wurde es entweder ignoriert oder als regelrechte Beleidigung aufgenommen, dass der Burenkrieg angeblich durch die Intervention

Die nunmehrige neue Regierung unter Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg versuchte auf Grund der verfahrenen Situation mit einer „Politik der Diagonale“ einen innenpolitischen Kompromisskurs einzuschlagen, der von den rechten Alldeutschen bis hin zu den Sozialdemokraten alle größeren Parteien im Reichstag einschließen sollte. Das Ziel war hierbei ein innerdeutscher „Burgfriede“, welcher dann schließlich bei Ausbruch des Weltkrieges durch die Unterstützung der Sozialdemokratie auch verwirklicht werden konnte. Allerdings war durch diese Kompromisshaltung die Handlungsfreiheit der Regierung Bethmann-Hollweg von vorneherein erheblich einschränkte. Erschwert wurde ihre Lage zusätzlich noch, als bei den Reichstagswahlen Anfang 1912 erstmals die Sozialdemokratie zur stärksten Fraktion (mit mehr als einem Drittel der Abgeordneten) aufstieg. Zwar konnte die Regierung sich weiterhin auf einen kaisertreuen Mitte-Rechts Block stützen, die Niederlage wurde Bethmann-Hollweg jedoch persönlich angelastet und schwächte seinen Einfluss innerhalb der deutschen Führung weiter ab.⁹⁷

des deutschen Kaisers gewonnen worden wäre. Im deutschen Inland aber brach ein Sturm der Entrüstung aus, der sich hauptsächlich auf Wilhelm II. konzentrierte. Während der Burenkriege war die deutsche Öffentlichkeit größtenteils auf Seiten der schwächeren Buren gestanden, und vor allem Wilhelm II. selbst hatte sich während dieser Zeit als Freund der Buren und Gegner der Briten aufgespielt. Man erinnerte sich noch gut etwa an die berühmte Krüger Depesche, in der Kaiser Wilhelm dem Burenpräsidenten Krüger zu einem militärischen Sieg gegen Großbritannien gratulierte, noch dazu wo diese Depesche damals augenscheinlich zu einem direktem Konflikt zwischen Großbritannien und Deutschland geführt hatte. Nun mussten die Anhänger einer deutschen, gegen Großbritannien gerichteten Weltmachtspolitik aus einer britischen Zeitung erfahren, dass ihr Kaiser und Heerführer sich anscheinend nicht im geringsten mit ihren Zielen identifizierte, sich nicht nur nicht gegen Großbritannien wandte sondern auch noch damit prahlte diesem im Krieg gegen eine befreundete Nation entscheidend geholfen zu haben. Die Entrüstung war so groß, dass kurzzeitig sogar die Abdankung Kaiser Wilhelms II. im Raum stand. Nur durch die zeitweilige völlige Zurücknahme von den öffentlichen Tagesgeschäften und damit seinem Persönlichen Regiment konnte der Kaiser dies verhindern, aber seine Position war dauerhaft geschwächt geworden. Da er aber immer noch seine verfassungsrechtlich einflussreiche Stellung behielt, entwickelte sich daraus ein regelrechtes, bis zur Julikrise anhaltendes, Machtvakuum innerhalb der deutschen Führung.

Auch die kaiserliche Regierung Bülow war von der *Daily Telegraph* Affäre schwer getroffen worden, hauptsächlich weil sie sich aus Angst vor der Stimmung im Parlament wieder besseren Wissens nicht schützend vor Wilhelm II. gestellt hatte. (Bülow hatte das besagte Interview rechtzeitig vorher vom Kaiser zu lesen bekommen, es aber trotzdem des Inhaltes für die Veröffentlichung freigegeben, und war somit formal eigentlich der Hauptverantwortliche für die Krise!) Damit aber war das Vertrauensverhältnis zwischen Reichskanzler und Kaiser zerbrochen, und damit auch die Machtstellung des Reichskanzlers. Da hinter dem Reichskanzler nun nicht mehr der Kaiser stand, konnte sich Bülow im Reichstag nicht mehr durchsetzen, und musste bei der nächsten konfliktreichen Abstimmung (über eine erweiterte Erbschaftsteuer zur weiteren Finanzierung der kostspieligen Weltpolitik) eine schwere Niederlage einstecken, in deren Folge er dann im Juli 1909 zurücktrat.

Siehe hierzu *Winzen*, Peter: Bernhard Fürst von Bülow, Weltmachtstrategie ohne Fortune, Wegbereiter der großen Katastrophe, Göttingen 2003, S. 134 – 146 sowie *Mommsen*, Wolfgang J.: War der Kaiser an allem schuld? Wilhelm II. und die preußisch-deutschen Machteliten, München 2002, S. 142 – 155.

Für eine kurze Zusammenfassung über den Transvaal / Burenkrieg und den in Folge von Kaiser Wilhelm II. durch die hier erwähnte Krüger Depesche ausgelösten schweren Konflikt zwischen Großbritannien und Deutschland siehe *Fröhlich*: Imperialismus, Deutsche Kolonial- und Weltpolitik, S. 68 – 72.

⁹⁷ Für eine ausführliche Biographie und Charakterstudie Bethmann-Hollwegs siehe etwa *Wollstein*, Günter: Theobald von BETHMANN HOLLWEG, Letzter Erbe Bismarcks, erstes Opfer der Dolchstoßlegende, Göttingen 1995, bezüglich seiner Kanzlerschaft bis zur Julikrise 1914 siehe im speziellen S. 47 – 95.

Außenpolitisch ging man unter der neuen Regierung wie gesagt von den hegemonialen Zielen der Vorgängerregierungen zumindest vorerst wieder ab, was nach immerhin fast fünfzehn Jahren Weltpolitik eine drastische Kehrtwendung bedeutete. Zwar wollte man die erreichten Einflussgebiete und Machtansprüche in Afrika und Asien behalten, auf Grund der immer prekäreren strategischen Situation in Europa war an eine Ausweitung der selben auf friedlichem Weg jedoch nicht mehr zu denken. Einzig im zerfallenden osmanischen Reich boten sich noch Betätigungsmöglichkeiten für eine aktive deutsche Politik. Der Anspruch auf Weltgeltung wurde zwar offiziell noch weiter erhoben, wobei Teile der deutschen Führung (im Rahmen der zweiten Marokkokrise und den beiden Balkankriegen) nun auch immer häufiger den Angriffskrieg zur Umsetzung der deutschen Ziele forderten. Diese Forderungen sind vor allem aber auch als Eingeständnis zu interpretieren, dass das Konzept einer „friedlichen“ Weltpolitik in den letzten Jahren eindeutig gescheitert war, und die verschiedenen Gruppierungen innerhalb der deutschen Führung realistisch nur mehr zwei Möglichkeiten hatte. Entweder Einschränkung der hegemonialen Ambitionen und Arrangement mit dem britischen Imperium (da Russland bereits fest mit Frankreich verbündet war). Oder eben den totalen Konfrontationskurs, um in einem europäischen Krieg durch einen Siegfrieden doch noch die begehrte hegemoniale, oder dann sogar imperiale, Stellung zu erlangen. Anfang 1909 entschied sich Kaiser Wilhelm II. dann mit der Bestellung von Bethmann Hollweg offenkundig für die defensive Option, sodass die deutsche Außenpolitik bis zur Julikrise vor allem durch Versuche einer freiwilligen Zurückhaltung in Machtfragen zu Gunsten eines Ausgleichs mit Großbritannien gekennzeichnet war. Dies sollte jedoch nur teilweise gelingen, da als innerdeutsche Gegenbewegung die Anhänger einer Imperiumsgründung durch Krieg (nach Suspendierung der hegemonialen Weltpolitik durch die neue deutsche Führung) rasch vermehrt an Einfluss gewannen und sich gegen die ausgleichende Politik des Reichskanzlers stellten. Im Hauptteil der Arbeit bezüglich der Julikrise wird dann später diesbezüglich zu zeigen sein, welche der beiden Gruppierungen sich schließlich in den entscheidenden Momenten durchsetzen konnte, ob also die defensiv-bewahrende Gruppe um Bethmann Hollweg die Macht behielt, oder ob die Kriegsbefürworter, die sich vor allem um hohe Militärs wie Helmuth Moltke den Jüngeren sammelten, die Entscheidungen der deutschen Führung maßgeblich beeinflussen konnten.

Ein wichtiger außenpolitischer Grund für die Bestellung Bethmann Hollwegs und die vorläufige Abkehr von einer offensiven Hegemonialpolitik war jedenfalls neben innenpolitischen Schwierigkeiten vor allem die jungtürkische Revolution im osmanischen

Reich, die im Juli 1908 einen schweren Rückschlag für die dortige deutsche Stellung bedeutete. Die expansiven Ambitionen Deutschlands hatten sich während des letzten Jahre zunehmender Isolation nicht mehr auf Afrika und Asien sondern vor allem auf das näher liegende osmanische Reich und Anatolien konzentriert, und der deutsche Einfluss dorten beruhte im Wesentlichen auf wirtschaftlichen Projekten wie der Bagdadbahn sowie den kordialen Beziehungen mit Sultan Abdülhamid II. Durch den deutschen Einfluss in der Türkei sollte auch auf Russland Druck ausgeübt werden, dass bei einem etwaigen Krieg dann neben deutschen und österreichischen Truppen auch mit türkischen Armeen rechnen musste. Durch die Entmachtung des deutschfreundlichen Sultans 1908 durch die Jungtürken stand daher das letzte verbliebene Weltpolitikkonzept, nämlich das Erringen einer hegemonialen Einflusszone von Berlin bis Bagdad, zunächst vor dem Zusammenbruch. Der deutsche Einfluss im Osmanischen Reich war 1908 noch nicht stark genug gewesen um die Revolution zu verhindern, und die Zusammenarbeit mit den zunächst an Frankreich orientierten Jungtürken schien unwahrscheinlich. In dieser Situation beschloss man daher auf Grund der zunehmenden Isolierung eben die expansionistische Weltpolitik für längere Zeit auf Eis zu legen, und stattdessen den bereits gewonnenen Einfluss am Balkan und Anatolien nach Möglichkeit zu verteidigen. Dazu war vor allem auch eine Annäherung an das britische Imperium nötig, ein erklärtes Ziel der um Reichskanzler Bethmann-Hollweg gruppierten defensiv eingestellten Strömung innerhalb der deutschen Führung.

Allerdings zeigte sich entgegen den deutschen Befürchtungen bereits kurz nach der Revolution die Instabilität der neuen jungtürkischen Führung, der die Kontrolle über weite Teile des Staatsgebietes entglitt. Österreich - Ungarn annektierte das seit 1878 okkupierte Bosnien und die Herzegowina, Kreta schloss sich an Griechenland an, und Bulgarien erklärte seine vollständige Unabhängigkeit, sodass die Jungtürken aussenpolitisch geschwächt und dadurch innenpolitisch diskreditiert waren. Das deutsche Dilemma wurde jedoch nur noch größer, als man sich daraufhin entschloss, die Jungtürken durch starke militärische und wirtschaftliche Unterstützung an sich zu binden und die Türkei wieder zu einem Machtfaktor für das deutsche Reich zu machen. Denn trotz dieser Hilfe wurde die Türkei 1911 zunächst von Italien und anschließend 1912 von den Balkanstaaten Serbien, Bulgarien, Rumänien und Griechenland vernichtend geschlagen und fast völlig vom europäischen Festland vertrieben.

Die unmittelbare Konsequenz daraus war neben einer erneuten Schwächung der deutschfreundlichen Türkei, dass die Meinung über den neben der Wirtschaft einzig

verbliebenen (im Sinne Müncklers imperialen) Machtfaktor des Kaiserreichs, nämlich der deutschen Armee, international völlig am Boden angelangt war, verglichen mit ihrer Reputation von 1871. Deutschland hatte die türkische Armee in den letzten Jahren mit großem Aufwand ausgebildet, ausgerüstet und teilweise sogar mit deutschen Offizieren in die Schlacht geführt, und trotzdem war die ehemalige Großmacht Türkei den kleinen Balkanstaaten hoffnungslos unterlegen, was nun international auch auf die deutsche Armee umgelegt wurde. Der für eine etwaige spätere Wiederaufnahme der Weltpolitik in ihrer friedlichen Form notwendige Faktor Prestige war damit praktisch völlig verloren gegangen. Die französische Militärzeitschrift „*France Militaire*“ schrieb ähnlich britischen Zeitungsberichten diesbezüglich etwa:

„Dieser junge deutsche Koloss mit den tönernen Füßen ist nichts als eine schlecht zementierte Masse, die sich mäßig gesichert hält in der Mitte Europas, aber außerstande ist, auf Entfernung wirksam zu handeln, ohne die Erlaubnis von Russland und Frankreich.“⁹⁸

Durch die türkischen Niederlage war aber nicht nur das deutsche militärische Prestige verloren gegangen, sondern auch das Konzept einer durchgehenden imperialen Einflusszone von Berlin bis Basra ultimativ gescheitert, die staatliche Zersplitterung des Balkangebietes (mit zunehmenden russischem Einfluss) war ein entscheidender Schlag gegen dieses letzte verbliebene hegemoniale Hoffungsgebiet. Hinzukam kam noch entscheidend, dass sich das militärische Gleichgewicht zwischen dem deutsch dominierten Dreibund und den Ententemächten erneut zu Ungunsten Deutschlands verschoben hatte, da man wie gesagt gegen Russland schon Jahrzehnte lang auf starke ottomanische Truppenkontingente gehofft hatte, welche nun auf unbestimmte Zeit ausfielen.⁹⁹ Einerseits wurde das osmanische Reich ohne seinen europäischen Teil immer instabiler, andererseits war durch die starke Vergrößerung der Balkanstaaten die deutsche Stellung dort massiv beeinträchtigt worden. Erstens weil nun die Möglichkeit eines deutsch dominierten einheitlichen Wirtschaftsraums von Berlin bis Basra auf friedlichem Weg nicht mehr erreichbar schien, und zweitens weil

⁹⁸ Deutsche Übersetzung der Artikelstelle abgedruckt in *Schulte*, Bernd F.: Vor dem Kriegsausbruch 1914, Deutschland, die Türkei und der Balkan, Düsseldorf 1980, S. 17.

⁹⁹ Bereits seit 1887 wurde zu diesem Zweck eine Militärmission in Konstantinopel unterhalten, um im Falle eines Zweifrontenkrieges gegen Frankreich und Russland die Südflanke Russlands gefährden zu können. Außerdem erhoffte man sich zu Zeiten der Weltpolitik durch eine starke, von Deutschland abhängige Türkei eine Möglichkeit zur direkten Bedrohung der britischen Einflusszonen in Ägypten und Indien. Man hoffte im Kriegsfall durch osmanische Truppen alleine im Kaukasusgebiet 300 000 russische Truppen binden zu können, welche dann natürlich an der russischen Ostfront gegen Deutschland nicht verfügbar wären. Auch auf europäischem Gebiet erhoffte man sich eine Sicherung der österreichischen Südflanke. Siehe hierzu *Schulte*: Vor dem Kriegsausbruch 1914, S. 40 – 47.

nun an Stelle osmanischer Hilfstruppen plötzlich ein erstarktes Serbien die Südflanke des österreichisch- ungarischen Verbündeten bedrohte und dorten im Kriegsfall entscheidende Truppenkontingente binden konnte, welche eigentlich gegen Russland eingeplant gewesen wären.¹⁰⁰

Diese Situation war aus geostrategischen Gesichtspunkten für die deutsche Führung nur noch genau solange haltbar, als dass die begründete Hoffnung auf eine britische Neutralität im Falle eines europäischen Krieges bestand. Annäherungsversuche hatten jedoch nur mäßigen Erfolg, da Bethmann-Hollweg zwar als Reichskanzler dafür war, angesichts der (vor allem nach dem Ende des persönlichen Regiments) chaotischen deutschen Führungshierarchie seinen Willen selten vollständig durchsetzen konnte.¹⁰¹ Der Höhepunkt der zunehmenden deutschen Verzweiflung wurde im Dezember 1912 erreicht, als nach österreichischen Überlegungen, gegen das von Russland protegierte Serbien, welches sich auf Kosten des osmanischen Reiches sowohl an Fläche als auch an Bevölkerung als Folge des ersten Balkankriegs fast verdoppelt hatte und nun vor allem nach den serbischen Gebiet der Donaumonarchie (und hier vor allem Bosnien-Herzegowina) trachtete, vorzugehen, klar zu werden schien, dass sich Großbritannien bei einem daraus resultierenden Krieg zwischen Deutschland und Frankreich (auf Grund der Bündnissysteme) in jeden Fall auf die Seite

¹⁰⁰ Für eine ausführliche zeitgenössische Zusammenfassung siehe den Bericht des für die Türkei zuständigen Feldmarschalls Colmar v. d. Goltz, der in seinem Lagebericht für Wilhelm II. nach Zusammenbruch der europäischen Türkei das neue verschobene Gleichgewicht skizziert und den Kaiser darin folgerichtig zu stärkeren Rüstungen aufruft. Diese seien nicht nur aufgrund des Ausfalls der türkischen Armee für den Dreibund nötig, sondern auch durch den Ausfall der Hälfte österreichischen Armee, welche nun nicht mehr zur Unterstützung Deutschlands gegen Russland, sondern im Falle von Balkanverwicklungen gegen ein stark vergrößertes Serbien und eventuell Bulgarien marschieren müsste. Für die Julikrise ist in diesem vertraulichen Bericht an den Kaiser relevant, dass neben starker Aufrüstung von Feldmarschall Goltz auch gefordert wird, „*alle vorhandenen Kräfte für den Krieg auszubilden und den Moment zum Handeln selbst wählen, statt ihn uns aufdrängen zu lassen. Wir müssen also in dasjenige eintreten, was [man] eine ... „Konzentrierte Rüstungspolitik“ nennt.*“ Damit wird im Endeffekt der Angriffskrieg zur Verbesserung der deutschen Situation gefordert, sodass Feldmarschall Goltz, der als Vertrauter Moltkes galt, auch während der Julikrise eindeutig zur Gruppe der Befürworter eines europäischen Krieges zu zählen ist.

Siehe hierzu die Denkschrift von Feldmarschalls Colmar v. d. Goltz für Wilhelm II., Berlin-Halensee, 17.11. 1912 mit dem Titel: Vertraulich! Betrachtungen über die politische Lage Europas nach dem Zusammenbruch der türkischen Herrschaft, Original in BA-MA Freiburg, N 80, Nachlass v. Mudra, abgedruckt in *Schulte*: Vor dem Kriegsausbruch 1914, S. 127 – 131.

¹⁰¹ Der 1912 in Form der Haldane-Mission von britischer Seite unternommene Ausgleichsversuch mit Deutschland scheiterte vor allem daran, dass etwa Reichsmarineminister Tirpitz einer Reduktion des Bautempos der deutschen Marine unter keinen Umständen zustimmte. Tirpitz gehörte der hegemonial / imperial ausgerichteten Fraktion innerhalb der deutschen Führung an und wollte daher an eine Annäherung an eines der beiden bestehenden Imperien nichts wissen, zumindest nicht um den Preis einer weniger großen deutschen Flotte, welche ja als hegemoniales / imperiales Machtmittel gedacht war. Vgl. bezüglich der Haldane-Mission und sonstigen Versuchen einer deutsch-englischen Verständigung *Wernecke*, Klaus: Der Wille zur Weltgeltung, Außenpolitik und Öffentlichkeit im Kaiserreich am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Düsseldorf 1970, S. 151 – 158.

Frankreichs stellen würde.¹⁰² Damit war aber jede Hoffnung auf eine britische Neutralität im Falle eines europäischen Krieges vernichtet, und Teile der deutschen Führung, welche immer noch auf eine spätere Wiederaufnahme der hegemonialen Weltpolitik hofften, gerieten in Panik. Am 8. Dezember wurde in Berlin daher vom Kaiser der so genannte „Kriegsrat“ einberufen, zu dem die Führungsspitzen von Heer und Marine, nicht jedoch der Reichskanzler oder zivile Minister eingeladen wurden. Dort wurden Überlegungen bezüglich eines großen Allianzkriegs zwischen England, Frankreich und Russland einerseits sowie Deutschland, Österreich und der Türkei andererseits angestellt. Während die immer mehr an Einfluss gewinnende Imperiumsfraktion, angeführt von General v. Moltke „einen Krieg für unvermeidlich“ hielt und ihn „je eher, desto besser“ führen wollte, entschied man sich auf Betreiben Wilhelms II. und Staatssekretär Tirpitz stattdessen für eine groß angelegte Aufrüstungspolitik, um spätestens in zwei Jahren, also für 1914 kriegsfertig zu sein. Reichskanzler Bethmann-Hollweg wurde von dem Treffen nur nachträglich informiert und erhielt den Auftrag, das Volk mit Pressemitteln auf einen großen europäischen Krieg im Falle eines österreichisch-serbischen Konflikts einzustimmen.¹⁰³

Das unmittelbare Ergebnis war, dass für 1913 eine groß angelegte Heeresvergrößerung sowie eine weitere Flottennovelle umgesetzt wurde. Die Heeresvergrößerung hatte vor allem den Zweck, die durch die Niederlage der Türkei zu Ungunsten Deutschlands veränderte strategische Situation wieder auszugleichen. Allerdings ergeben sich zwei Probleme. Erstens konnte die deutsche Armee nur bis zu einem gewissen Grad erweitert werden, da man im

¹⁰² Dem deutschen Botschafter in London Max Lichnowsky wurde am 3. Dezember 1912 durch den britischen Lord Haldane im Auftrag des Foreign Office mitgeteilt, dass „England ... daher unter keinen Umständen eine Niederwerfung der Franzosen dulden [werde] können. ... Sollte also Deutschland durch Österreich in den Zwist hineingezogen werden, und dadurch in Krieg mit Frankreich geraten, so würden in England Strömungen entstehen, denen keine Regierung widerstehen könnte und deren Folgen ganz unberechenbar wären. ... Die Theorie vom Gleichgewicht der Gruppen [bildet] eben für Englands Außenpolitik ein Axiom und [hat] auch zur Anlehnung an Frankreich und Rußland geführt.“ Siehe Lichnowsky: an Bethmann Hollweg (mit Randbemerkungen Wilhelms II.): Haldanes Warnung vor englischem Kriegseintritt, abgedruckt in *Hölzle: Quellen zur Entstehung des Ersten Weltkrieges*, S. 106 – 108.

¹⁰³ Dieser Kriegsrat wurde später von der Fritz Fischer und der Hamburger Schule als Beweis für einen geplanten Weltkrieg durch die deutsche Führung angesehen, vor allem wohl auch wegen des Zeitraums der Aufrüstung (man beabsichtigte in eineinhalb Jahren, also im Sommer 1914 kriegsbereit zu sein, was dann eben auch wirklich mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges am Anfang August 1914 zusammenfiel). Diese Position ist allerdings heute fragwürdig, da die deutsche Führung erstens bereits 1912 mit der Ermordung des österreichischen Thronfolgers rechnen hätte müssen oder gegebenenfalls den Weltkrieg 1914 aus heiterem Himmel ohne Kriegsgrund beginnen hätte müssen, was wohl kaum dem (für den geplanten Massenkrieg notwendigem) deutschen Volk verkauft werden hätte können. Des Weiteren wird in den letzten Jahren zu Recht vermehrt darauf hingewiesen, dass bis auf General Moltke sich niemand dezidiert für den Krieg aussprach und der „Kriegsrat“ dahingehend eher im Sand verlief. Der anwesende Marinevertreter Georg Alexander v. Müller bezeichnete z.B. das Endergebnis der Besprechung als „so ziemlich Null.“ Für eine Aufzeichnung über die Ereignisse des Kriegsrates siehe Georg Alexander v. Müller, Tagebuch: „Kriegsrat“ des Kaisers, Berlin, 8. Dezember 1912, abgedruckt in *Hölzle: Quellen zur Entstehung des Ersten Weltkrieges*, S. 111 - 112.

Kaiserreich eine Unterwanderung durch Sozialisten fürchtete und daher stark das Adelselement (vor allem in den Führungspositionen) gesichert wissen wollte. Zweitens führte die (noch immer) starke deutsche Aufrüstung auch in Frankreich und Russland zu neuen Rüstungen, sodass ein neuer (für das finanzschwache Deutschland schwieriger) Rüstungswettlauf mit der Trippelallianz entstand, welcher um so schwerer wog als der Bündnispartner Österreich-Ungarn auf Grund seiner innern Situation kaum mehr Rüstungen vornehmen konnte und so die finanzielle und personelle Last fast ausschließlich Deutschland zu kam. Für die Julikrise ist dieser Wettlauf relevant, weil hier dann in der entscheidenden Phase das Argument auftauchen wird, dass man 1914 mit den eigenen Rüstungen weitestgehend fertig sei, während Russland und Frankreich noch bis 1916 / 1917 für ihre Rüstungen brauchen würden. Der Juli 1914 wurde daher von der Imperiumsfraktion innerhalb der deutschen Führung quasi als letzte realistische Möglichkeit für einen deutschen Angriffskrieg gesehen, da man ein, zwei Jahre später ein militärisches Gleichgewicht nicht mehr garantieren konnte.

Das längerfristige Ergebnis dieses „Kriegsrats“ war, dass die deutsche Führung, auch in ihrer defensiv eingestellten Variante, immer mehr dazu überging, auf risikoreiche diplomatische Aktionen zu setzen, um einerseits den innenpolitischen Druck der wachsenden Imperiumsfraktion abzuschwächen und andererseits den außenpolitischen Status quo aufrechtzuerhalten, wobei die Hauptsorge hier dem schwindenden Großmachtstatus Österreich-Ungarns galt. Bethmann Hollwegs engster Berater, Kurz Riezler, formulierte diesbezüglich 1913 die „*Theorie des kalkulierten Risikos*“¹⁰⁴, welche vom Reichskanzler übernommen und während der Julikrise rigoros angewandt wurde. Das Risiko eines großen Krieges wurde in Kauf genommen, allerdings mit der festen Zuversicht, dass die anderen Mächte diesen Krieg nicht wollten und er so leicht vermieden werden könnte. Die Risikostrategie ging davon aus, dass das russische Imperium sich militärisch noch nicht von der Revolution erholt hatte und ähnlich wie 1908 und 1912 daher vor einer Konfrontation mit Deutschland zurückschrecken würde. Frankreich wurde als innenpolitisch instabil betrachtet, während man Großbritannien durch diplomatisches Entgegenkommen fernzuhalten versuchte und des Weiteren auf die abschreckende Wirkung der deutschen Flotte hoffte. Schwachstelle der Theorie war eindeutig, dass sie von einem rationalen Verhalten aller beteiligten Akteure ausging, was während der emotional aufgeladenen Ereignisse der Julikrise nur mehr bedingt der Fall war. Eine direkte Machtverschiebung zwischen den beiden großen Allianzböcken

¹⁰⁴ Die Theorie wird ausführlich dargestellt in Riezlers Schrift „*Grundzüge der Weltpolitik der Gegenwart*“, für eine diesbezügliche Abhandlung siehe *Hillgruber: Die gescheiterte Großmacht*, S. 45 - 50.

(Entente und Dreibund) wurde ohne Krieg nicht mehr für möglich gehalten, daher konzentrierte man sich auf die noch in Bewegung befindliche Randgebiete wie eben die Balkanhalbinsel. Diese kleinen, lokalen Machtverschiebungen sollten verdeckt und mit äußerster Schnelligkeit vorgenommen werden, sodass eine nachträgliche Revision nur mehr durch einen großen Krieg möglich wäre, dessen Ausbruch dann aber eindeutig dem Gegner angelastet werden könnte. Die Risikostrategie ging davon aus, dass bei so kleinen Machtverschiebungen, welche zwar das Prestige, nicht aber die Lebensinteressen eines gegnerischen Imperiums betreffen würden, die gegnerische Führung sich nicht zum Krieg entschließen würde. Als Modell für die Strategie wurde die Bosnische Annexionskrise von 1908 angeführt, in der Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina einseitig annektierte, bei der das russische Imperium aber auf Grund mangelnder Rüstung und einer versteckten deutschen Kriegsdrohung keine Revision mehr anstrebte. Ein weiterer Aspekt der Risikostrategie war ihr Testcharakter. Wenn Russland friedliche Absichten hätte, so würde es in den Augen der deutschen Führung einem neuerlichen Prestigeverlust hinnehmen. Andernfalls wollte es den Krieg, und würde für einen Angriffskrieg nur noch ein paar Jahre warten, bis die eigenen Rüstungen ausreichend wären. Von den Anhängern einer Imperiumsgründung innerhalb der deutschen Führung wiederum wurde dieser zu testende russische Angriffswille bereits argumentativ als gegeben vorausgesetzt, so dass es laut ihnen besser sei, das russische Imperium so bald wie möglich selbst anzugreifen und zu zerschlagen. Man versuchte also die gewollte Imperiumsgründung den Anhängern der Risikostrategie als notwendigen „Präventivkrieg“ zu verkaufen, wobei präventiv sich hier nicht auf unmittelbar bevorstehende Ereignisse, sondern eine absehbare militärische Überlegenheit des gegnerischen Bündnisses innerhalb einiger Jahre bezieht.

Dies sind die im Großen und Ganzen die wichtigsten Punkte und Leitlinien gewesen, welche dann während der Julikrise wirksam wurden. Im anschließenden Hauptkapitel zur Julikrise wird nun, aufbauend auf der hier skizzierten Vorgeschichte, behandelt, wie sich die politische Situation im Frühjahr 1914 für Deutschland in Europa darstellte, wie die innere Machtverteilung bezüglich Anhängern der defensiven Risikostrategie respektive eines Angriffskrieges (zur Gründung eines Imperiums) nach Ermordung des österreichischen Thronfolgers aussah. Anschließend soll durch eine dokumentarische Betrachtung der Abläufe der Frage nachgegangen werden, welche dieser beiden Gruppen sich letztlich durchsetzen konnte. Abschließend soll somit weiteres auch die in der Einleitung formulierte Frage, ob die im September 1914 eindeutig versuchte Imperiumsgründung (nach Müncklerschen Kriterien)

zufällig, „*in a fit of absence of mind*“ erfolgte, ob also die Julikrise quasi ein diplomatischer Unfall war und die späteren imperialen Absichten in Form des Septemberprogramms von Bethmann-Hollweg sich aus dem Verlauf des Krieges heraus entwickelten, oder ob der Einfluss der Imperiumsbeefürworter dafür bereits während der kritischen Phase der Julikrise maßgeblich ausschlaggebend war.

Julikrise

Nachdem im vorherigen Kapitel die bisherigen hegemonialen Ambitionen der deutschen Führung beschrieben wurden, wird hier nun zu Beginn die machtpolitische Situation Deutschlands in Europa direkt vor dem Ausbruch der Julikrise dargestellt. Anschließend werden die Ereignisse der Julikrise selbst im Hinblick auf die Forschungsfrage betrachtet, wobei im Laufe der Betrachtung noch einmal kurz die maßgeblichen Führungspersönlichkeiten sowie ihre Haltung für oder gegen eine gewaltsame Imperiumsgründung herausgearbeitet werden. Die Perspektive bleibt hierbei ausschließlich auf die deutsche Führung beschränkt, Ziel der Betrachtung ist nicht die Kriegsschuldfrage. Daher werden auch Fragen betreffend des Verhaltens anderer internationaler Akteure (warum hat etwa Russland mobilisiert, Österreich blockiert, Großbritannien vermittelt, etc...) nicht oder nur dann behandelt, wenn sie für das Verhalten der deutschen Führung unmittelbar relevant sind. Zum Abschluss erfolgt dann eine Quantifizierung, welche interne Gruppe Ende Juli 1914 machtpolitisch überwog und für die Kriegserklärung den Ausschlag gab, sowie ein Erklärungsversuch für die rasche Hinwendung zu imperialen Absichten nach Beginn des ersten Weltkrieges in Form des Septemberprogramms der deutschen Regierung.

Ausgangssituation im Mai 1914

Die innen- und außenpolitische Situation Deutschlands stellte sich aus Sicht der deutschen Führung denkbar schlecht dar, zumindest weit schlechter als noch fünf, zehn oder gar zwanzig Jahre zuvor. Im Inland war das Ansehen des Kaisers seit der *Daily Telegraph* – Affäre und anderer Skandale nach 26 Jahren Regentschaft auf einem Tiefpunkt angelangt. Die Reichstagswahlen von 1912 hatten erstmals seit Bestehen des Kaiserreichs eine relative Mandatsmehrheit für die Sozialdemokraten ergeben, nachdem diese bereits in den Wahlen zuvor ständig an Stimmen hinzu gewonnen hatten.¹⁰⁵ Auf die als kaiserfeindlich und

¹⁰⁵ Das noch von Bismarck im Kaiserreich eingeführte Wahlrecht war nicht gleich und benachteiligte auf Grund einer starken Bevorzugung der ländlichen Gebiete die in den großen industriellen Ballungszentren konzentrierte Anhängerschaft der Sozialdemokratie. So war die SPD bereits seit 1890 stimmenstärkste Partei, erhielt aber von den 397 im Reichstag vertretenen Abgeordneten lediglich 35 Sitze. Noch 1907, als trotz Regierungspropaganda bereits mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten sozialdemokratisch wählte, beschränkte sich die Mandatszahl der SPD immer noch auf lediglich 43, also gerade mal ein Neuntel aller Mandate. 1912 kippte das System auf Grund nochmaliger starker Stimmenzuwächse schließlich, und die SPD erhielt von 12.2 Millionen abgegebenen Stimmen 4,2, sowie 110 Mandate im Reichstag. Die weitere Sitzverteilung lautete 91 Mandate für das

revolutionär geltende SPD konnte sich eine direkt vom Kaiser bestellte Regierung Bethmann Hollweg natürlich nicht stützen, sodass trotz diverser Annäherungsversuche („*Politik der Diagonale*“) nur der bürgerliche Block für eine knappe Mehrheitsfindung übrig blieb. Aber dieser bürgerliche Block war äußerst inhomogen geworden, vor allem die politische Rechte (in Form der Konservativen und Nationalliberalen) wurde zunehmend radikaler, begünstigt durch imperiale Propagandaversprechungen des einflussreichen Verbands der Alldeutschen und des Tirpitzschen Flottenvereines, einer fehlgeschlagene deutsche Außenpolitik und dem Machtzuwachs der SPD, sodass eine aktive Regierungspolitik, noch dazu angeführt durch den Kompromisspolitiker Bethmann Hollweg, ohne die Sozialdemokratie ab 1912 kaum mehr möglich war. Eine weitere Destabilisierung der innenpolitischen Situation erfolgte 1913 in Form der Zabernaffäre, welche nicht nur den mangelnden demokratischen Fortschritt seit der Reichsgründung, sondern auch den steigenden Einfluss des deutschen Militärs öffentlich machte.¹⁰⁶

Aussenpolitisch stand man nach dem wiederholten Versuch, eine europäische Hegemonie in Form der Weltpolitik zu errichten vor einem Scherbenhaufen. Bei der Entlassung Bismarcks 1890 befand sich Deutschland, im Gegensatz zu Frankreich, Russland und Großbritannien, noch in einem festen Bündnis mit Österreich-Ungarn und Italien. Zwanzig Jahre später war man weitgehend isoliert. Frankreich war mit Russland verbündet, während Großbritannien

katholische Zentrum, 45 für die Nationalliberalen, 43 für die Deutschkonservativen, 42 für die Linkliberalen, sowie 14 Mandate für die Freikonservativen. Die restlichen 52 Mandate verteilten sich auf diverse Minderheiten- und Splitterparteien. Ergebnisse aller Reichstagswahlen von 1871 bis 1912 abgedruckt in *Berghahn, Volker: Das Kaiserreich 1871-1914, Industriegesellschaft, bürgerliche Kultur und autoritärer Staat, Handbuch der deutschen Geschichte Band 16, Stuttgart 2003 (Zehnte, völlig neu bearbeitete Auflage), S. 312 f.*

¹⁰⁶ Nachdem ein in der elsässischen Stadt Zabern stationierter preußischer Leutnant sich vor Rekruten abfällig über die Einheimischen geäußert hatte („[man solle] *die Dreckswacken einfach zusammenstechen*“!) und kaum bestraft wurde kam es zu Demonstrationen. Als derselbe Leutnant bei einer dieser Demonstration einen unbeteiligten, gehbehinderten Schustergesellen mit seinem Säbel schwer am Kopf verletzte, geriet die Situation außer Kontrolle. Elsass-Lothringen war seit der Abtrennung von Frankreich kein vollständiges Bundesland, sondern „*Reichsland*“, de facto eine Militärverwaltung ohne vom Volk gewählte Vertretung. Die dortigen Militärs bestrafte nun nicht den Leutnant, sondern sperrten in Selbstjustiz Demonstranten und unbeteiligte Bürger ein und gingen gegen die Presse vor. Als der zuständige Oberst von deutschen Journalisten auf die Gefahr eines Blutvergießens hingewiesen wurde antwortete er: „*Ich betrachte es vielmehr als Glück, wenn jetzt Blut fließt. Wir haben lange genug Geduld gehabt ... Ich [...] bin es der Armee schuldig, Respekt zu verschaffen.*“ Auf Restdeutschland griff die Krise über, als sich Wilhelm II. und der von ihm erst kürzlich ernannte preußische Kriegsminister Erich von Falkenhayn demonstrativ vor die Militärs stellten, was vor allem auf Seiten der linken und gemäßigten bürgerlichen Parteien enorm negativ aufgenommen wurde. Wilhelm II. argumentierte, dass die Armee allein seine Angelegenheit sei und die Parteien nichts angehe, während Falkenhayn die in seinen Augen angeschlagene Autorität des Militärs verteidigen wollte. Das unmittelbare Endergebnis war ein mit großer Mehrheit getroffenes Misstrauensvotum gegen die Regierung Bethmann Hollweg (und indirekt gegen Wilhelm II.), noch dazu das erste Misstrauensvotum in der Geschichte des Kaiserreichs. Allerdings wurde die Regierung nicht vom Parlament gewählt sondern vom Kaiser eingesetzt, sodass Bethmann Hollweg trotz mangelnder parlamentarischer Unterstützung weiter an der Macht blieb, wenn auch nachhaltig geschwächt. Siehe *Mommsen, Wolfgang J.: War der Kaiser an allem schuld? Wilhelm II. und die preußisch-deutschen Machteliten, München 2002, S: 203 – 208.*

mit beiden Mächten in Form der Trippelentente befreundet war. Italien hatte sich mit Frankreich bezüglich kolonialer Streitigkeiten in Nordafrika geeinigt und war nur mehr halbherziges Mitglied im deutsch dominierten Dreibund, während der Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn durch den Aufstieg des Nationalismus immer mehr geschwächt worden war. Die weit verstreuten Kolonien waren wirtschaftlich nicht bedeutend und konnten kaum verteidigt werden, während man im letzten hegemonialen Hoffnungsgebiet, dem osmanischen Reich, in Form der beiden Balkankriege gerade erst eine (indirekte) Niederlage hinnehmen hatte müssen. Die militärische Balance in Europa verschob sich auf Grund der türkischen Desintegration und der daraus folgenden Bedrohung der österreichisch-ungarischen Südfront durch Serbien innerhalb weniger Jahre deutlich zu Ungunsten Deutschlands, eine Entwicklung welche die durch die Heeresvergrößerung von 1913 nur kurzfristig gestoppt werden konnte.¹⁰⁷ Als dann im Frühjahr 1914 auch noch bekannt wurde, das es zwischen dem britischen und dem russischen Imperium geheime Verhandlungen über eine Marinekonvention in der Ost- und Nordsee gab (mit dem angeblichen Kriegsziel einer russischen / britischen Truppenlandung in Norddeutschland), war die Stimmung innerhalb der deutschen Führung auf dem Tiefpunkt angelangt, die „Einkreisung“ schien perfekt zu sein, sodass der Erhalt des letzten wirklich Verbündeten Österreich-Ungarns in ihren Augen zu einer Überlebensfrage für die noch verbliebene deutsche Großmachstellung wurde.¹⁰⁸

Die Zusammensetzung der beiden Gruppen innerhalb der deutschen Führung sah bei Ausbruch der Julikrise wie folgt aus. Die Gruppe um Reichskanzler Bethmann Hollweg, Mitarbeitern des Äußeren Amtes und Tirpitz erwartete mittelfristig den Ausbruch eines großen europäischen Krieges, wobei man vor allem einen russischen Überraschungsangriff

¹⁰⁷ Zwar waren Bevölkerungsmassen und Wirtschaftskraft für ein größeres Heer durchaus vorhanden, immerhin war Deutschland mittlerweile ja bereits zur führenden Wirtschaftsnation aufgestiegen. Allerdings hätte aus Sicht der deutschen Führung jede weitere Vergrößerung zu einer auf keinen Fall erwünschten Demokratisierung sowohl des Heeres als auch der Gesellschaft beigetragen. Für das Heer waren einfach zuwenig adelige Führungskräfte vorhanden, des weiteren fürchtete man Unterwanderung durch Sozialdemokraten, bereits die Heeresvergrößerung von 1913 wurde daher nicht im vollem Ausmaß realisiert. Auch die Finanzierung der sprunghaft angestiegenen Militärausgaben war auf Grund der angespannten Finanzlage immer schwieriger zu bewältigen, 1912 betrug diese noch 1,8 Milliarden Mark, während sie 1913 schon 2,4 Milliarden Mark pro Jahr ausmachten! Für die Vergrößerung von 1913 konnte man sich noch auf eine einmalige Vermögensabgabe einigen, weitere Steuereinnahmen wären vom Reichstag wohl nur durch weitgehende demokratische Zugeständnisse bewilligt worden, welche Bethmann Hollweg auf Grund der dahingehend strikten Ablehnung durch Wilhelm II: nicht zugestehen konnte. Damit war in den Augen der Kriegsbefürworter nun die letzte Chance für einen erfolgreichen Angriffskrieg gekommen, da bereits wenige Jahre später keine Möglichkeit mehr bestand den europäischen Rüstungswettlauf mitzumachen. Für eine ausführliche Auflistung der Entwicklung der Verteidigungsbudgets sowohl von Deutschland als auch der anderen europäischen Mächte siehe *Stevenson, David: Armaments and the coming of war, Europa 1904-1914, Oxford 1996, S. 1 – 8.*

¹⁰⁸ Für eine ausführliche Abhandlung über die Marinekonvention und ihre Auswirkungen auf das Verhalten der deutschen Führung während der Julikrise siehe *Schröder, Stephen: Die englisch-russische Marinekonvention, Das Deutsche Reich und die Flottenverhandlungen der Trippelentente am Vorabend des Ersten Weltkriegs, Göttingen 2006.*

auf Österreich befürchtete. Man wollte diesen absehbaren Krieg möglichst lange hinauszögern, bis die deutsche Flotte ausgebaut und freundschaftliche Beziehungen mit dem britischen Imperium hergestellt wären. Die Grundüberlegung war, dass man mit zwei Großmächten (Frankreich und Russland) noch fertig werden könnte, mit vier (Großbritannien und in Folge dessen auch Italien, dass seine lange Küstenlinie gegen die britische Marine nicht verteidigen konnte) jedoch sicher nicht mehr. Man befürchtete jedoch einen vorzeitigen Angriff, falls der Rüstungsrückstand gegenüber den Ententemächten zu groß würde, eine Furcht die durch die britisch – russischen Marinekonvention (welche laut deutschen Informationen im Kriegsfall eine sofortige Landung in Norddeutschland vorsah) im Frühjahr 1914 nochmals verstärkt wurde. Als letztes taugliches Mittel zur Aufrechterhaltung des deutschen Machtstatus in Europa wurde von Bethmann Hollweg die Risikostrategie angesehen. Im Wesentlichen basierte sie auf der Hoffnung, durch schnelle diplomatische Aktionen einen lokalen Erfolg zu erringen und anschließend durch den Bluff einer Kriegsdrohung die gegnerischen Mächte von einer Revision abzuhalten. Der europäische Krieg wird zwar als (minimal angenommenes) Risiko in Kauf genommen, ist jedoch nicht beabsichtigt und nach Möglichkeit zu vermeiden. Man wollte mit ihm gerade eben über die, wie es Bethmann Hollweg ausdrückte, „*Risikozone*“ der nächsten Jahre hinwegkommen, ohne dass ein großer europäischer Krieg ausbrach. Das Problem dieser Gruppe war, dass im Falle eines unerwarteten Scheiterns der Risikostrategie kein realistischer Alternativplan vorhanden war, und man daher improvisieren werden musste.

Die andere, hauptsächlich um den Chef des Großen Generalstabs Helmuth Moltke den Jüngeren und imperialistisch eingestellte Mitglieder des Äußeren Amtes konzentrierte Gruppe ging von einer ähnlichen Ausgangslage wie die Anhänger der Risikostrategie, waren aber nicht bereit die deutschen hegemonialen / imperialen Ziele völlig aufzugeben. Man fürchtete sich auch weniger vor einem russischen Überraschungsangriff als vielmehr vor der (nach einer vorübergehenden Schwächperiode in Folge des japanischen Kriegs) massiven russischen Aufrüstung, welche Deutschland auf Grund seiner erwähnten inneren Probleme längerfristig nicht mitmachen konnte. Wäre aber Russland Deutschland militärisch überlegen (was man allgemein zwischen 1916 / 17 erwartete), so wäre eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht mehr realistisch möglich. Für diese Gruppe stellte der Sommer 1914 daher so etwas wie die letzte Chance dar, den deutschen Machtverfall gewaltsam zu stoppen, auch in Form eines

Angriffskriegs.¹⁰⁹ Anhänger sind neben Moltke auch ein groß Teil der Militärs, wie etwa General Waldersee oder Feldmarschall von der Goltz. Innerhalb der zivilen Regierung gibt es im Juli 1914 keinen dezidierten Anhänger eines Angriffskrieges, wenngleich „non governmental“ Gruppen wie der Verband der Alldeutschen und der immer noch der Weltpolitik verbundene Flottenverein Druck auf diese ausüben. Ein einflussreicher Hoffnungsträger der imperial denkenden Alldeutschen war etwa Kronprinz Wilhelm, der Sohn des Kaisers, der während der Julikrise zwar keine Entscheidungen traf, aber durch seine einflussreiche Stellung Lobbyarbeit für einen Angriffskrieg betreiben konnten. Eine Zwischenposition zwischen beiden Gruppen nahm sein Vater Wilhelm II. ein, da er zwar (aus Furcht vor Revolution) schon immer eine starke Abneigung gegen jedwede Kriegsdrohung an eine andere Großmacht hatte, auf Grund seiner psychischen Probleme und seiner seit 1908 angeschlagenen und isolierten politischen Stellung jedoch sehr anfällig für Manipulationsversuche war, und so während der Julikrise gleich mehrmals zwischen beiden Gruppen hin und her wechselte. Während die anderen Führungspersönlichkeiten weitestgehend im Sinne ihrer Befürwortung eines imperialen Kriegs oder einer defensiven Risikostrategie eingeordnet werden können, wird bei Wilhelm II. daher auch die persönliche Ebene zu betrachten sein, da es letztlich am Kaiser lag den Kriegsbefehl zu erlassen.

28. Juni bis 4. Juli - Attentat, aber noch keine Krise

Der Beginn der Julikrise wird allgemein mit dem Attentat von Sarajewo vom 28. Juni 1914 angesetzt, bei dem der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand von Habsburg-Este sowie seine Ehefrau durch eine Gruppe bosnisch-serbischer Jugendlicher ermordet wurde. Eine echte Krise war damals allerdings aus deutscher Sicht noch nicht absehbar. Attentate auf gekrönte Häupter waren damals keine Seltenheit, die Attentäter waren zwar serbischer Abstammung, aber österreichische Staatsbürger und Franz Ferdinand war in Österreich nicht übermäßig beliebt gewesen, was sich auch an den mangelnden Trauerkundgebungen in Wien und Budapest zeigte.

¹⁰⁹ Noch Ende Mai / Anfang Juni drängte Moltke den Leiter des Äußeren Amtes Gottlieb von Jagow genau aus diesen Gründen eindringlich zur politischen Vorbereitung eines (in seinen Augen präventiven) Angriffskrieges, welches von diesem jedoch (zumindest laut seiner eigenen, späteren Aussage) abgelehnt wurde. Die Begründung war, dass Jagow nicht in eine Verschwörung verwickelt werden wollte und nicht an diesbezügliche eine Zustimmung des Kaisers glaubte, wenngleich er einem Präventivkrieg nicht prinzipiell ablehnend gegenüber stand. Angeblich erwähnte Moltke ihm gegenüber seine Forderung bis zum Kriegsbeginn dann allerdings nicht mehr. Siehe *Jagow*, Gespräch mit Moltke: Moltke wegen russischer Rüstung für Präventivkrieg. Jagows Ablehnung., Frühjahr 1914, abgedruckt in *Hölzle*, Erwin: Quellen zur Entstehung des Ersten Weltkrieges, Internationale Dokumente 1901-1914, Darmstadt 1995, S. 243 - 245.

Der am 30. Juni vom deutschen Botschafter in Österreich, Heinrich von Tschirschky, nach Berlin geschickte (und dorten am 2. Juli angekommene) erste interne Bericht spricht dennoch von starken österreichischen Indizien über eine diesbezügliche serbischen Verschwörung, sowie vom Wunsch einflussreicher Wiener Politiker „*einmal gründlich mit den Serben [aufzuräumen]*“, also die Situation nach Möglichkeit zur eigenen Machterweiterung auszunützen.¹¹⁰ Botschafter Tschirschky gibt zwar an, die Österreicher daraufhin von voreiligen Schritten zurückgehalten zu haben, muss aber auf Grund seines weiteren Verhaltens während der Julikrise als Anhänger der imperialistischen Gruppe bezeichnet werden, welcher auch vor Täuschungsmanövern und falscher Befehlsweiterleitung nicht zurückschreckte.¹¹¹ Eine Reaktion aus Berlin auf diesen Bericht erfolgte kaum, da der Großteil der deutschen zivilen und militärischen Führung bereits auf Sommerurlaub war und überall nur Stellvertreter anwesend waren. Auch wurde die sich anbahnende Krise wie gesagt nicht als solche war genommen, Kaiser Wilhelm II. erwähnte etwa noch am 3. Juli dem rumänischen Militärattaché gegenüber seine Pläne für einen Herbstbesuch in Bukarest, was bei Ausbruch eines Balkankrieges kaum möglich gewesen wäre. Unterstaatssekretär Arthur Zimmermann, welcher in Jagows Abwesenheit das Äußere Amt leitete, riet des Weiteren noch am 4. Juli dem österreichischen Botschafter Szögyény, „*keine demütigenden Forderungen*“ an Serbien zu stellen und generell mit „*großer Vorsicht*“ vorzugehen.¹¹² Von einem Eskalationswunsch der deutschen Führung kann also zu diesem Zeitpunkt noch keine Rede sein.

Allerdings war Erzherzog Franz Ferdinand mit dem wankelmütigen Wilhelm II. befreundet gewesen, nur zwei Wochen vor dem Attentat hatten sich die beiden zu einem Jagdausflug getroffen und dorten Pläne für die gemeinsame politische Zukunft besprochen. Die ohnehin getrübt Stimmung des Kaisers über diesen persönlichen Verlust verschlechterte sich zusätzlich massiv, als er die geplante Teilnahme am Begräbnis in Wien auf Grund einer (höchstwahrscheinlich fabrizierten) Drohung durch „*zehn bis zwölf serbische Mordgesellen*“ absagen musste.¹¹³ Hatte der Kaiser bisher Serbien bis zu einem gewissen Grad unterstützt und die Donaumonarchie während der beiden Balkankriege aus realpolitischen Gründen vor

¹¹⁰ *Tschirschky* an Bethmann Hollweg, Bericht Nr. 212, D.D. 7, Wien 30. Juni 1914, abgedruckt in *Geiss*, Imanuel: Julikrise und Kriegsausbruch, Eine Dokumentensammlung, Band I, Hannover 1963, S. 58 f.

¹¹¹ Für eine diesbezügliche neuere Betrachtung der Aktionen Botschafter Tschirschkys siehe vor allem *Meyer-Arndt*, Lüder: Die Julikrise 1914: Wie Deutschland in den Ersten Weltkrieg stolperte, Köln 2006.

¹¹² *Szögyény* an Berchtold, Berlin 4. Juli 1914, Tel. Nr. 236, Ö. D. 10039, abgedruckt in *Geiss*: Julikrise und Kriegsausbruch, Band I, S. 77.

¹¹³ Siehe Aufzeichnung *Berchtolds*, Wien 3. Juli 1914, Tagesbericht Nr. 3095, Ö.D.10006, abgedruckt in *Geiss*: Julikrise und Kriegsausbruch, Band I, S. 74, sowie *Meyer-Arndt*: Die Julikrise 1914, S. 13.

kriegerischen Maßnahmen zurückgehalten, so schlug seine Stimmung gegen Serbien rasch um, da der Kaiser das Attentat auch als einen Angriff gegen das monarchische Prinzip auffasste. Als Wilhelm II. dann am 4. Juli schließlich Tschirschkys Bericht zu lesen bekam, in dem dieser vorgab die Österreicher trotz vorliegender Indizien für eine serbischen Verschwörung zurückzuhalten, änderte sich seine Meinung wieder einmal, und er forderte in einem Anflug von Rage nun im Gegensatz zu seinen früheren Ansichten, dass „mit den Serben ... aufgeräumt werden [muss], und zwar bald.“¹¹⁴

5. bis 6. Juli - Mission Hoyos und deutscher Blankoscheck

Die martialischen Anfälle Wilhelms II. hatten bisher nie lange angehalten, und so ist anzunehmen dass seine Empörung wohl auch in diesem Fall rasch wieder zu Gunsten einer friedfertigen Politik abgeklungen wäre. Diesmal wurde er jedoch Opfer eines österreichischen Manipulationsversuches, im Rahmen der so genannten Hoyosmission. In Wien gab es ähnlich wie in Berlin eine einflussreiche Gruppierung rund um den dortigen Chef des Generalstabs Conrad von Hötzendorf und Außenminister Leopold Berchtold, welche bereits seit Jahren die Ausschaltung des serbischen Machtfaktors anstrebten und nun zu diesem Zweck in Berlin den Eindruck erwecken wollten, der Krieg gegen Serbien sei auf Grund des Attentats bereits beschlossene Sache. Durch die auf solche Art erzwungene deutsche Rückendeckung sollte dann anschließend in Wien bei der österreichischen Führung (in Form der restlichen Regierung sowie dem ungarischen Ministerpräsidenten Istvan Tisza) der Eindruck erweckt werden, Deutschland dränge zum Angriffskrieg gegen Serbien. Man bediente sich für dieses Täuschungsmanöver einer bereits länger geplanten diplomatischen Mission durch den Grafen Hoyos, bei der in Berlin ursprünglich nur für die österreichische Position bezüglich Bulgarien (bzw. dessen engeren Anschluss an den Dreibund) geworben werden sollte. Gemeinsam mit Botschafter Szögyény wurden die mitgebrachten Dokumente am 5. Juli Wilhelm II. so präsentiert, als stünde ein Krieg mit Serbien unmittelbar bevor, worauf sich der emotional noch aufgeladene Kaiser zur Zusage des berüchtigten „Blankoschecks“, also der bedingungslosen Unterstützung Österreichs, auch gegen Russland, hinreisen ließ.¹¹⁵ Erreicht wurde dies, nach anfänglichem Zögern des Kaisers, durch Hinweise auf ritterliches Verhalten und seine persönliche Beziehung zu Franz Joseph, dessen Reich durch die serbische

¹¹⁴ Siehe Wilhelms Kommentare zu *Tschirschky* an Bethmann Hollweg, Bericht Nr. 212, D.D. 7, Wien 30. Juni 1914, abgedruckt in *Geiss*: Julikrise und Kriegsausbruch, Band I, S. 58 f.

¹¹⁵ Siehe *Szögyénys* Bericht an Berchtold vom 5. Juli: Unterredung mit dem Kaiser. Unterstützung gegen Serbien und im Kriegsfall gegen Rußland. Neuer Balkanbund. Öst. A. VIII. 306-307, abgedruckt in *Hölzle*: Quellen zur Entstehung des Ersten Weltkrieges, S. 307 f.

Untergrundarbeit angeblich existentiell bedroht sei. Allerdings hielt Wilhelm II. einen Krieg mit Russland für völlig ausgeschlossen, da er sich auf Grund des Attentats monarchische Solidarität von seinem Cousin Nikolaus II. erhoffte und des weiteren Russland militärisch und wirtschaftlich noch nicht für kriegsreif hielt. Seine diesbezügliche Zusage darf daher nicht als Wunsch nach einem europäischen Krieg aufgefasst werden sondern als der Versuch, die Österreicher nicht noch einmal (wie bereits 1912) vor einem Krieg mit Serbien zurückzuhalten. Die deutsche Aufgabe würde es dabei sein, die serbische Schutzmacht Russland vor Vergeltungsmaßnahmen zurückzuhalten.

Auch der mittlerweile zurückgekehrte Reichskanzler Bethmann Hollweg stimmte nach einigem Zögern dieser Unterstützungserklärung zu, nicht aus emotionalen Gründen, sondern weil er die Gelegenheit als günstig ansah, um im Rahmen der Risikostrategie dem angeschlagenen österreichischen Bündnispartner zu einem lokalen Prestigerfolg zu verhelfen. Da Russland in ein paar Jahren kriegsfertig wäre bot sich durch das Attentat eine günstige Gelegenheit, vorher noch rechtzeitig das in dessen Einflussbereich liegende Serbien zu demütigen oder gar zu zerschlagen. Dies um so mehr, als von Hoyos und Szögyény der Eindruck erweckt wurde, der serbische Krieg würde jetzt in jedem Fall kommen, unabhängig von der deutschen Unterstützung¹¹⁶ Da sowohl Kaiser als auch Reichskanzler laut eigenen Aussagen definitiv keinen Krieg mit dem russischen Imperium wollten, war es unter der von Bethmann Hollweg verfolgten Risikostrategie jedoch von überragender Wichtigkeit, dass eine Aktion gegen Serbien möglichst rasch erfolgen würde, solange man noch die internationale Empörung über das Attentat ausnützen könnte und eine deutsche Kriegsdrohung Wirkung zeigte. Sowohl der Kaiser als auch das Äußere Amt wurde nun (nach anfänglichen Versuchen die Österreicher zurückzuhalten) auf den neuen Kurs der Risikostrategie eingeschworen, deren erhoffte Wirksamkeit fast ausschließlich auf der Schnelligkeit des Vorgehens gegen Serbien beruhte. Das ganze wurde deswegen auch möglichst geheim gehalten, selbst der in solchen Angelegenheiten offiziell über dem Kaiser stehende Bundesrat wurde bis zum Ausbruch des Kriegs weder einberufen noch informiert. Hauptanliegen der Regierung Bethmann Hollweg war es nun, Österreich Ungarn zu einem möglichst schnellen Vorgehen zu drängen, da vorzeitige Friedensbemühungen oder militärische Maßnahmen der andere Großmächte die Ausführung der Risikostrategie stark erschweren würde. Damit wurde auch das Ziel der österreichischen Kriegspartei erreicht, nämlich dass von deutscher Seite immer stärker in Wien sistiert wurde, dass eine etwaige Aktion gegen Serbien doch möglichst bald, am besten sofort auszuführen sei.

¹¹⁶ Vgl. Szögyénys Bericht an Berchtold vom 6. Juli: Bethmann Hollwegs präzierte Antwort. Öst. A. VIII. 319-320, abgedruckt in *Hölzle*: Quellen zur Entstehung des Ersten Weltkrieges, S. 313 f.

Eine maßgebliche Reaktion der Imperiumsfraktion innerhalb der deutschen Führung ist bis zu diesem Zeitpunkt übrigens noch nicht erfolgt, da man sowohl dem deutschen Kaiser als auch der österreichischen Regierung eine kriegerische Aktion nicht zutraute.¹¹⁷ Allerdings war ihnen ein lokaler Krieg nicht unrecht, da sie realistischer als etwa Wilhelm II. von einer russischen Gegenreaktion ausgingen, dass sich als Schutzmacht für Serbien empfand. Den Anhängern dieser Fraktion lag auch nichts an einem schnellen Vorgehen gegen Serbien, je länger die Vorbereitung hierfür dauern würde, desto größer würde ja die Wahrscheinlichkeit für den großen, zum Zweck der Imperiumsgründung notwendig gewordene europäischen Krieg.¹¹⁸ Die Situation wurde als ideal angesehen, da Österreich-Ungarn als Kriegsauslöser praktisch zur Unterstützung der weitergehenden deutschen Kriegspläne gezwungen sei, während dies andernfalls (etwa im Falle einer neuerlichen Marokkokrise) mangels österreichischem Eigeninteresse nur bedingt der Fall gewesen wäre. Hierfür spricht auch der Verlauf der nächsten beiden Wochen, während der keine Einwände gegen die von Bethmann Hollweg verfolgte Risikostrategie erhoben wurden, auch nicht als sich ihre Umsetzung immer mehr hinauszögerte und sich erste internationale Komplikationen ergaben. Dies hatte natürlich auch damit zu tun, dass sich der überwiegende Teil der deutschen Führung weiterhin auf Urlaub befand, sodass wie bereits zuvor nur Stellvertreter anwesend waren, welche vor weit reichenden Entscheidungen zurückschreckten. Kaiser Wilhelm II. brach am 6. Juni gemeinsam mit einer großen Anzahl von Generälen und Ministern zu seiner alljährlichen Nordlandreise auf, Generalstabschef Moltke war bereits seit einigen Tagen zur Kur in Tschechien, General Graf Waldersee (ebenfalls ein Anhänger der Imperiumsfraktion) befand sich auf einem Erholungsurlaub in Mecklenburg und auch Tirpitz war nicht in Berlin. Somit blieb die politische Leitung weitestgehend in den Händen der einzigen anwesenden und

¹¹⁷ Der bei der Hoyoschen Botschaftermission anwesende Kriegsminister Erich von Falkenhayn meinte noch am 5. Juli zum Hauptvertreter der Imperiumsfraktion Moltke, dass er „die Überzeugung von einem festen Entschluß der Wiener Regierung nicht gewonnen [habe]“, und dass „in keinem Fall die nächsten Wochen eine Entscheidung bringen [werden]“. Moltkes bereits geplanter mehrwöchiger „Badeaufenthalt [würde] also kaum eine Abkürzung zu erfahren brauchen“! Siehe Falkenhayn an Moltke am 5. Juli: Österreich-Ungarns Vorgehen gegen Serbien. Vorläufig keine Kriegsgefahr. DD I. XII., abgedruckt in *Hölzle: Quellen zur Entstehung des Ersten Weltkrieges*, S. 309 f.

¹¹⁸ Der deutsche Militärattaché in Wien, Oberstleutnant und Flügeladjutant Graf Kageneck, berichtete am 7. Juli an General von Moltke: „Wie mir heute im Kriegsministerium ein Eingeweihter mitteilte, soll die österreichisch-ungarische Forderung an Serbien derart stark sein, das ein Ausweichen oder Nachgeben ausgeschlossen erscheint. Damit wäre der Krieg gegen Serbien gegeben. Frägt sich nun, was Rußland dazu sagt, den Serbien wird sich natürlich erst dort Rats holen. ... so kann meiner Ansicht nach Rußland nicht zugeben, daß das slawische Volksbewußtsein am Balkan und überhaupt eine solchen Prestigeverlust erleidet. Damit würde auch Rußland aktiv auftreten. ... Der vorhin erwähnte Eingeweihte (ein Generalstabsoffizier) sagte mir eben mit triumphierenden Lächeln: ‚Diesmal ist der Krieg gewiß‘.“, abgedruckt in *Bach, August: Deutsche Gesandtschaftsberichte zum Kriegsausbruch 1914, Berichte und Telegramme der badischen, sächsischen und württembergischen Gesandtschaften in Berlin aus dem Juli und August 1914*, S. 15.

maßgeblichen Führungspersönlichkeiten, Reichskanzler Bethmann Hollweg, sowie dem Chef des Äußeren Amtes Jagow, welcher am 6. Juni von seiner Hochzeitsreise zurückkam. Beide Männer waren Anhänger der Risikostrategie, welche in den nächsten beiden Wochen daher die deutsche Außenpolitik dominierte, die Anhänger der Imperiumsfraktion konnten dagegen mangels Anwesenheit falls überhaupt erst in der letzten Woche der Julikrise maßgeblich eingreifen.

6. Juli bis 21. Juli 1914 - Risikostrategie und deutsche Inaktivität

Die nächsten zwei Wochen waren in den Augen der europäischen Öffentlichkeit durch Inaktivität gekennzeichnet. Im Hintergrund entwickelte sich jedoch für die Anhänger der Risikostrategie während dieser Zeit ein ernstes Problem, da sich in Österreich, trotz Unterstützung in Form des deutschen Blankoschecks, die Kriegsfraktion zunächst weiterhin nicht durchsetzen konnte, was vor allem am Widerstand des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza lag.¹¹⁹ Allerdings wollte sich die deutsche Führung nach Möglichkeit nicht in die österreichische Aktion einmischen, da man ja einerseits das österreichische Prestige stärken, andererseits auch nicht bei einem etwaigen serbischen Krieg als (Mit-) Auslöser dastehen wollte, Druck sollte daher nur indirekt ausgeübt werden. Die selbst zugewiesene Hauptaufgaben der deutschen Führung bestanden während dieser Zeit daran, die Vorbereitung der österreichischen Aktion geheim zu halten¹²⁰, die Ententemächte einstweilen in Sicherheit

¹¹⁹ Artikel 8 des Ausgleichsgesetzes XII von 1867 legte fest, dass der ungarische Ministerpräsident bei außenpolitischen Entscheidungen ein Mitspracherecht hatte. Der seit Juni 1913 im Amt befindliche Tisza sperrte sich zunächst gegen jede antiserbische Aktion, wofür er zahlreiche Gründe hatte. Erstens war er nicht vom dafür notwendigen deutschen Kriegswillen überzeugt, woran auch die Hoyosmission zunächst nur wenig änderte. Zweitens sah er die Beteiligung der serbischen Regierung am Attentat nicht als erwiesen an, sodass Österreich-Ungarn im Kriegsfall einen denkbar unglaublichen Casus Belli haben würde und international isoliert dastehen würde. Drittens fürchtete er daher zu Recht einen daraus resultierenden Konflikt mit Serbiens Schutzmacht Russland. Dabei hielt er aber den Zeitpunkt für einen großen Krieg denkbar schlecht, da Rumänien nicht mehr fest zum Dreibund hielt und der eventuelle Verbündete Bulgarien noch von den Balkankriegen her sehr geschwächt war. Bereits am 1. Juli, als noch vor der Hoyosmission in Wien Pläne der Kriegspartei bekannt wurden, intervenierte er daher bei Kaiser Franz Josef und bestand darauf, dass das Attentat nicht für einen Überfall auf Serbien ausgeübt würde. Viertens, und wahrscheinlich am bedeutensten, war Tisza natürlich auch ein ungarischer Machtpolitiker, der nach der Bosnischen Annexionskrise von 1908 schlicht und einfach keine weitere Stärkung des slawischen Elements innerhalb der Donaumonarchie wollte, was bei einer Annektierung von serbischem Gebiet sicherlich der Fall gewesen wäre. Siehe Stone, Norman: Ungarn und die Julikrise 1914, Beitrag in *Laqueur, Walter und Mosse, George L.: Kriegsausbruch 1914, Deutsche Buchausgabe des „Journal of Contemporary History“*, München 1967, S. 202 – 212. Bezüglich Tiszas Intervention beim österreichischen Kaiser gegen einen serbischen Krieg siehe *Tisza an Franz Joseph vom 1. Juli 1914*, Ö. D. 9978, abgedruckt in *Geiss: Julikrise und Kriegsausbruch, Band I*, S. 62 f.

¹²⁰ Was enorm erschwerte wurde, da der pazifistisch eingestellte deutsche Botschafter in London, Fürst Max Lichnowsky den Blankoscheck und die deutsche Risikostrategie fälschlicherweise als Signal zum baldigen

zu wiegen und anschließend durch Betonung der Bündnistreue mit Österreich-Ungarn das russische Imperium von einem Einschreiten abzuhalten. Allerdings hatten Hoyos und Szögyény der deutschen Führung die Aktion als einen Überraschungsangriff, ausgeführt von mobilen Truppen, unmittelbar nach einer plötzlichen unerwarteten Kriegserklärung dargestellt. Nur unter diesen Vorraussetzungen hatten Bethmann Hollweg und das Äußere Amt überhaupt ihre Zustimmung gegeben, nur eine solche Vorgehensweise war mit der Risikostrategie vereinbar.¹²¹ Allerdings war Bethmann Hollweg bereits zuvor als schwacher Kanzler aufgefallen, dem es hauptsächlich um die Erhaltung seines Amtes ging. In einer Situation in der ihm letztlich die alleinige Verantwortung zu kam reagierte er nicht oder nur sehr spät auf die starke Verzögerung der österreichischen Aktion, welche bereits nach wenigen Tagen sein Konzept von der Risikostrategie in Frage stellte. Dies wurde weiters noch durch mangelnde Information des immer selbstständiger agierenden Äußeren Amtes verstärkt, welches dem Reichskanzler nur etwa ein Viertel der relevanten Telegramme bezüglich der Julikrise zukommen lies, und auch dann nur wenn diese persönlich an den Kanzler adressiert waren.¹²² Hinzukam noch, dass die einzig zuverlässige Verbindungsstelle nach Österreich die deutsche Botschaft in Wien war, deren Botschafter Tschirschky eine eigene Politik betrieb, welche auf eine weit größere Eskalation hinauslief.¹²³ Zwar drängte dieser in Wien ebenfalls auf eine österreichisch-serbische Konfrontation, unterließ es aber die deutsche Führung in Berlin davon zu informieren, dass die Österreicher mittlerweile wieder davon abgehen wollten oder zumindest noch unentschlossen waren. Ein Hinweis auf die fortgesetzte Obstruktionspolitik Tizzas hätte in Berlin eventuell ein Abgehen von der Risikostrategie verursacht, was nicht im Interesse Tschirschkys lag. Am 11. Juli kam der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Wilhelm von Stumm zurück, der die weitere Koordination zwischen Tschirschky und Jagow übernahm, dem Reichskanzler aber ebenfalls

Angriffskrieg interpretierte und daher bereits am 6. Juli den britischen Außenminister „privat“ Hinweise über die Situation zukommen lies, welcher dieser sofort dem Kabinett vortrug. Da die Wilhelmstraße (der Sitz der deutschen Regierung) jedoch jedwede kriegerische Absichten abstritt und Großbritannien noch dazu mit einer gleichzeitig drohenden irischen Revolution zu kämpfen hatte, unterblieben zunächst weitergehende (von den Anhängern der Risikostrategie befürchteten) Friedensvermittlungen. Siehe diesbezüglich *Lichnowskys* Bericht Nr. 435 an Bethmann Hollweg vom 6. Juli 1914, D. D. 20, abgedruckt in *Geiss: Julikrise und Kriegsausbruch*, Band I, S. 100 f.

¹²¹ Vgl. *Meyer-Arndt: Die Julikrise 1914*, S. 44.

¹²² Bezüglich dieser Angabe siehe *Meyer-Arndt: Die Julikrise 1914*, S. 55.

¹²³ Zu einigen einflussreichen Wiener Politikern sagte er „*Wenn ihr [Österreicher] euch das gefallen laßt, seid ihr nicht wert, dass man euch anspricht. Dann muß Deutschland sich nach einem anderen Bundesgenossen umsehen.*“ Gab er gegenüber Berlin noch eine zurückhaltende Position vor, so trieb er in Wien solchermaßen die Kriegspartei an und übte Druck auf diese aus. Da seine harte Linie nicht im Einklang mit der Risikostrategie und dem Äußeren Amt stand ging er im weiteren Verlauf der Julikrise dazu über, Telegramme von Wien nach Berlin und umgekehrt nur mehr verspätet und teilweise verzerrt weiterzugeben, wenn sie seiner harten, auf einen größeren Krieg abzielenden Linie nicht entsprachen. Botschafter Tschirschky zählt zwar nicht eigentlich zum engeren Kreis der deutschen Führung, hat aber auf Grund seiner Position als Vermittler eindeutig eine Schlüsselposition eingenommen. Vgl. *Meyer-Arndt: Die Julikrise 1914*, S. 57 - 63.

kaum Informationen über den Stand der Dinge zukommen lies. In dieser Situation kam es daher kaum zu einer effizienten Leitung der deutschen Außenpolitik. Erst zwei Wochen nach der Hoyosmission fragte etwa Jagow bei Tschirschky an, wie Österreich sich denn die zukünftige Gestaltung Serbiens vorstelle, zu einem Zeitpunkt an dem das funktionieren der Risikostrategie bereits mehr als fraglich geworden war.¹²⁴ Auch ist es auf Grund der Passivität und der zunehmend isolierten Stellung des Reichskanzlers während dieser Wochen auch fragwürdig, ob man Bethmann Hollweg wirklich die alles bestimmende Stellung zuweisen kann, wie dies etwa in den siebziger Jahren von der Hamburger Schule angenommen wurde, zumindest sind diesbezüglich keine Berichte vorhanden. Auch seine mangelnde Anwesenheit in Berlin spricht für diese Ansicht.¹²⁵ Während das Äußere Amt nicht für eine prompte Umsetzung der von Hoyos vorgeschlagenen Maßnahmen sorgte, drängte in Wien Tschirschky auf noch weitergehende kriegerische Aktionen und macht ein Zurückweichen unmöglich. Beide Vorgangsweisen standen nicht im Einklang mit der Risikostrategie, welche eine feine Gradwanderung zwischen Drohung, überraschender militärischer Aktion und diplomatischer Schadensbegrenzung voraus setzte.

21. Juli bis 23. Juli 1914 - Die Risikostrategie droht zu scheitern

Am 14. Juli hatte sich in Österreich die Kriegsfraktion endgültig gegenüber Tisza durchgesetzt.¹²⁶ Allerdings verzögerte sich der tatsächliche Beginn der geplanten Aktion noch einmal um knapp zehn Tage, da man einerseits noch die anstehende Ernte einbringen wollte und andererseits noch militärische Vorbereitungen bezüglich einer Mobilisierung treffen musste. Damit war aber der richtige Zeitpunkt für eine funktionierende Risikostrategie eigentlich längst verpasst. Das Attentat von Sarajewo war nun schon fast vier Wochen vorüber, die internationale Entrüstung darüber hatte bereits wieder nachgelassen. Hinzu kam

¹²⁴ Meyer-Arndt: Die Julikrise 1914, S. 63.

¹²⁵ Laut „Kladde“ des Zentralbüros des Auswärtigen Amtes und der Reisekostenabrechnung war Bethmann Hollweg während dieser Zeit lediglich dreimal in Berlin, am 10., 15. und 18. Juli. Bezüglich dieser Angaben siehe Meyer-Arndt: Die Julikrise 1914, S. 65.

¹²⁶ Nachdem sich dieser vorher lange im Ministerrat und gegenüber Kaiser Franz Josef gegen einen serbischen Krieg gesperrt hatte, gab er schließlich dem beiderseitigen Druck sowohl von der Wiener Kriegspartei als auch seitens Tschirschkys (der vorgab im Auftrag der deutschen Regierung zu handeln, deren Position Tisza gegenüber jedoch weit aggressiver und kriegslüsterner darstellte). Man redete ihm ein, dass ein sanftes Vorgehen gegenüber Serbien als Schwäche aufgefasst würde und Österreich-Ungarn als Bündnispartner für Deutschland wertlos mache, dass Rumänien (vor dem er auf Grund seiner irridentischen Absichten bezüglich Siebenbürgen Angst hatte) auf deutscher Seite sei. Nachdem ihm schließlich auch noch versprochen wurde, dass die Monarchie keine serbischen Gebiete annectieren würde (was auch während des gesamten Ersten Weltkrieges eingehalten wurde) stimmte Tisza am 14. Juli schließlich dem Krieg gegen Serbien zu. Vgl. Stone: Ungarn und die Julikrise 1914, Beitrag in *Laqueur* und *Mosse*: Kriegsausbruch 1914, S. 212 – 223.

noch, dass es während einer derart lange Zeitspanne praktisch unmöglich, die Absicht eines serbischen Krieges vor den anderen Mächten geheim zuhalten. Der russische Außenminister Sergej D. Sasonow erhielt schließlich durch Indiskretion erste Hinweise darauf, und teilte dies am 21. Juli Friedrich Pourtalès, dem deutschen Botschafter in St. Petersburg, mit. Zwar wussten weder Sasonow noch Pourtalès etwas von der deutschen Risikostrategie, doch teilte Sasonow vorsorglich mit, dass man bei einem serbischen Krieg „mit Europa zu rechnen habe. Russland würde seinem [Österreich-Ungarns] Schritt in Belgrad, der auf eine Erniedrigung Serbiens absehe, nicht gleichgültig zusehen können. ... auf jeden Fall dürfe von einem Ultimatum keine Rede sein. Russland könne es nicht dulden, dass Österreich-Ungarn Serbien gegenüber eine drohende Sprache führe oder militärische Massregeln treffe.“¹²⁷ Der dementsprechende Bericht traf am 23. Juli in Berlin ein, womit bereits zu diesem Zeitpunkt eigentlich völlig klar war, dass Russland einen Krieg gegen Serbien nicht zulassen würde und die Risikostrategie somit eigentlich bereits gescheitert war. Am 22. Juli erhielt Staatssekretär Jagow eine erste Abschrift der geplanten österreichischen Note an Serbien, welche einem Ultimatum gleich kam und bewusst derart harsch gehalten war, dass Belgrad zumindest einige der darin enthaltenen Forderungen ablehnen musste. Trotzdem wurde noch drei volle Tage lang an der Risikostrategie festgehalten, da Jagow bezüglich der russischen Aussagen von einem Bluff ausging. Bethmann Hollweg hingegen (der eigentlich die politische Leitung innehatte) wurde zunächst gleich gar nicht informiert, und der maßgebliche Rest der deutschen Führung befand sich weiterhin auf Urlaub, sodass eine Kurskorrektur zunächst nicht zustande kam. In Folge dessen wurden die Österreicher auch in keinster Form zurückgehalten oder zu einer Abschwächung der Note veranlasst, sondern im Gegenteil dazu veranlasst, die Übergabe möglichst zu beschleunigen, um so noch internationale Gegenreaktionen verhindern zu können.¹²⁸

23. Juli bis 26. Juli - Die Risikostrategie ist gescheitert

Am 23. Juli wurden die österreichischen Forderungen an Serbien überreicht, ihre vollständige Erfüllung wurde innerhalb der nächsten 48 Stunden verlangt, was kaum zu erwarten war.¹²⁹

¹²⁷ Pourtalès an Bethmann Hollweg: Bericht Nr. 214, abgeschickt am 21. Juli, erhalten am 23. Juli, D. D. 120, abgedruckt in *Geiss*: Julikrise und Kriegsausbruch, Band I, S. 267 - 269.

¹²⁸ Meyer-Arndt: Die Julikrise 1914, S. 93 - 96.

¹²⁹ Die in der diplomatischen Note enthaltenen Forderungen nach Abstellung der monarchiefeindlichen Propaganda, Auflösung großserbischer Vereine und Teilnahme österreichischer Beamter an Justizverfahren mögen einzeln durchaus berechtigt gewesen sein, in Summe kam ihre Erfüllung durch Serbien jedoch einer vasallenartigen Unterwerfung gleich, was möglicherweise von der serbischen Regierung, sicherlich jedenfalls

Die Hauptsorge Bethmann Hollwegs und des Äußeren Amtes war daher, den bevorstehenden Konflikt immer noch im Sinne der Risikostrategie nach Möglichkeit zu lokalisieren, also auf Serbien zu begrenzen. Auf die sich abzeichnende russische Reaktion war man daher trotz der vorangegangenen Warnung Sasonows nicht vorbereitet. Einen weiteren entscheidenden Rückschlag erhielt die Risikostrategie, als Serbien wieder erwarten am Abend des 25. Juli eine Antwort zustande brachte, welche auf den ersten Blick bis auf einen einzigen Punkt alle Forderungen der österreichischen Regierung erfüllte und somit eine deutsche Unterstützung für eine österreichische Aggression international nur mehr schwer argumentierbar machte.¹³⁰ Österreich gab sich mit der Antwortnote trotzdem nicht zufrieden, zog am 26. Juli seinen Botschafter aus Serbien ab und mobilisierte seine an Serbien angrenzenden Truppenteile, so dass die Kriegserklärung war bereits absehbar war.¹³¹

Das wichtigste Ereignis innerhalb der deutschen Führung selbst war zu diesem Zeitpunkt aber der daraufhin erfolgte neuerliche Meinungsumschwung bei Wilhelm II., der nun nach seiner emotionalen Erregung nach dem Attentat wieder völlig auf seinen, die letzten dreißig Jahre vertretenen, friedenserhaltenden Kurs eingeschwenkt war, und nun weder von Risikostrategie geschweige den von einem imperialen Angriffskrieg etwas hören wollte.¹³² Der sich noch auf seiner Nordlandreise befindliche Kaiser bemerkte bezüglich der serbischen Antwortnote: *„Eine brillante [!] Leistung für eine Frist von bloß 48 Stunden. Das ist mehr als man*

nicht von dessen Schutzmacht Russland akzeptiert werden konnte. Auch war die Zeit für die Beantwortung einer derart umfangreichen diplomatischen Note äußerst kurz bemessen, so dass klar war dass es sich weniger um eine diplomatische Anfrage als vielmehr um ein auf Krieg abzielendes Ultimatum handelte. *Berchtold* an Giesl [Anmerkung: österreichischer Botschafter in Belgrad] am 23. Juli: Österreich-ungarische Demarche (Ultimatum), DD IV. 93-96, abgedruckt in *Hölzle*: Quellen zur Entstehung des Ersten Weltkrieges, S. 369 – 372.¹³⁰ *Serbische Regierung* an Giesl am 25. Juli 1914, Original in französischer Sprache, deutscher Text nach Ö. D. 10648, abgedruckt in *Geiss*, Imanuel: Juli 1914, Die europäische Krise und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, DTV Dokumente, München 1965, S. 190 – 194.

¹³¹ Abgesehen vom bereits gefassten Kriegsbeschluss hatte die österreichische Regierung an der serbischen Antwortnote entgegen der weit verbreiteten Meinung auch mehr als nur einen einzigen Punkt auszusetzen. Die serbische Antwortnote war zwar auf den ersten Blick konziliant, war aber so zweideutig formuliert dass die Regierung in Wien mit kaum einer Detailantwort wirklich zufrieden war und daher auch eine etwaige Annahme zugunsten einer Einstellung der Kriegsvorbereitungen nicht in Frage kam. Für eine Übersetzung der serbischen Antwortnote nebst einer ausführlichen Beschreibung der zahlreichen von der österreichischen Regierung bemängelten Punkte siehe Note der serbischen Regierung und Anmerkungen des österreichischen Außenministeriums vom 28. Juli: Antwort auf das Ultimatum. Öst. A. VIII. 814-822, abgedruckt in *Hölzle*: Quellen zur Entstehung des Ersten Weltkrieges, S. 398 - 407.

¹³² Abgesehen von seinen zeitweiligen spontanen psychologischen Ausrastern, wie auch anlässlich des Attentats und der Hoyosmission war Wilhelm II.: so ziemlich der friedvollste Vertreter der deutschen Führung. Noch Anfang 1914 meinte er bezüglich eines eindeutigen Berichtes in einer internen Besprechung, dass Russland derzeit nicht kriegsbereit sei, in wenigen Jahren jedoch aufgerüstet habe (und man so die Gelegenheit jetzt zu einem Angriff ausnützen könnte, wie später von Moltke während der Julikrise vorgeschlagen), dass *„mögen aber die Dinge liegen wie sie wollen, Er, der Kaiser, einen Präventivkrieg niemals führen werde.“* Auch während der vorangegangenen beiden Marokkokrisen und den beiden Balkankriegen war vor allem der Kaiser immer das entscheidende Hindernis für einen deutschen Kriegseintritt gewesen. Vgl. hierzu den Bericht des badischen Gesandten *Berckheim* in Berlin an den Präsidenten des badischen Staatsministeriums von Dusch vom 11. 3. 1914, GLAK 233/34815, zitiert in *Schröder*: Die englisch-russische Marinekonvention, S. 645.

erwarten konnte. ... Ein großer moralischer Erfolg für Wien, aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort und [der österreichische Gesandte] Giesl hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Darauf hätte ich niemals Mobilmachung befohlen!“¹³³ Da sich die Anzeichen für ein russisches Eingreifen zu Gunsten Serbiens verdichteten, brach der Kaiser seine Nordlandreise daraufhin ab, und kehrte am 27. Juli wieder nach Berlin zurück. Endgültig gescheitert war die Risikostrategie aber bereits einen Tag zuvor, als die russische Regierung am 26. Juli die so genannte Kriegs- Vorbereitungsperiode (die Vorstufe zur Mobilmachung) für das gesamte europäische Russland anordnete, also auch für die an Deutschland angrenzenden Bereiche. Die Lokalisierung war somit unmöglich geworden, und die deutsche Regierung musste ihr russisches Gegenüber warnen, dass eine weitergehende russische Mobilmachung durch eine deutsche Mobilmachung beantwortet werden müsste.¹³⁴ Damit waren aber alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung der Risikostrategie verloren gegangen. Eine Lokalisierung des Konfliktes auf Serbien war realistischerweise nicht mehr möglich, der Geschwindigkeitsvorteil war nicht mehr vorhanden, die Trumpfkarte der deutschen Angriffsdrohung musste bereits vorzeitig ausgespielt werden und die internationale Meinung drohte zu Ungunsten Deutschland und Österreich-Ungarns umzukippen. Des Weiteren wurde Serbien zwar der Krieg erklärt, die für eine Besetzung des Landes notwendigen Truppen waren aber auf Grund mangelnder österreichischer Mobilmachungspläne erst für den 12. August in voller Stärke einsatzbereit, eine diesbezüglich enorm lange Zeit, sodass eine weitere Lokalisierung bis zu mindestens diesem Zeitpunkt nötig gewesen wäre. Betrachtet man die Summe dieser Argumente, so musste auch den vehementesten Vertretern der Risikotheorie wie Jagow, Bethmann Hollweg oder seinem Adjutanten Riezler klar werden, dass diese im Fall der Julikrise endgültig gescheitert war.

27. Juli bis 29. Juli - Der sich abzeichnende europäische Krieg

Der sich nun wieder in Berlin befindliche Kaiser begann sofort damit, sich durch Zurechtweisung der eigenen Regierung und persönliche Telegramme an den russischen Zaren, den König von England und am Wichtigsten an die österreichische Regierung, für eine friedliche Lösung einzusetzen. Dennoch konnte er die (ursprünglich ja selbst gewollte)

¹³³ Kaiser Wilhelm am 25. Juli um 21 Uhr 30, Zitat abgedruckt in *Rall*, Hans: Wilhelm II., Eine Biographie, Graz 1995, S. 308 f.

¹³⁴ Sonderjournal des *russischen Ministerrats* vom 25. Juli, Int. Bez. I, 5, 42, abgedruckt in *Geiss*: Julikrise und Kriegsausbruch, Band I, S. 418 f. sowie Tagesaufzeichnungen des *russischen Außenministeriums* vom 25. Juli, Int. Bez. I, 5, 51, abgedruckt in *Geiss*: Julikrise und Kriegsausbruch, Band I, S. 412 f.

österreichische Kriegserklärung an Serbien vom 28. Juli nicht mehr verhindern. Damit war ein Zurückweichen auf Grund der fehlgeschlagenen Risikostrategie ungleich schwieriger geworden, da Österreich (das während der Balkankrisen zuvor bereits zweimal ergebnislos äußerst kostspielig Mobil gemacht hatte) ohne Kampf kaum ohne Prestigeverlust wieder Frieden schließen konnte. War aber Österreich nicht mehr zurückzuhalten, so musste man weiter auf die Lokalisierung des Konfliktes setzen, was durch die fortlaufenden russischen Militär Vorbereitungen immer aussichtsloser wurde. Als neue, bis zum Beginn des Krieges weiterverfolgte Alternative schlug der Kaiser daher nun vor, dass die noch bestehenden Differenzen zwischen Österreichern und Serben bereinigt und die militärischen Operationen sich auf eine zeitweise Besetzung der Hauptstadt Belgrad beschränken würden. Ähnliche Vorschläge hatte bereits zuvor die ebenfalls um den Frieden bemühte britische Regierung gemacht, allerdings in Form einer internationalen Konferenz, worauf man in Deutschland nach der für Deutschland katastrophalen Konferenz von Algeciras von 1905 allergisch war und eine erneute internationale Isolation fürchtete.¹³⁵ Außerdem wollte man Österreich-Ungarn, den letzten noch verbliebenen echten Bündnispartner, nicht vor „*ein europäisches Gericht ziehen*“, die Vermittlungstätigkeit solle sich daher „*auf eventuellen österreichisch-russischen Konflikt beschränken*“.¹³⁶ Des Weiteren hatte die Gruppierung um Bethmann Hollweg noch immer nicht das volle Ausmaß des Scheiterns ihrer Risikostrategie erkannt, und schwankte nun zwischen Hoffnung auf einen russischen Bluff und ersten leichten Abschwächungsversuchen.¹³⁷ Kaiser Wilhelm begann nun daher bezüglich seines Vermittlungsvorschlages, intern Druck auszuüben. In einem persönlichen Schreiben an Jagow wiederholte er noch einmal seine Einschätzung, dass mit der serbischen Antwortnote jeder Kriegsgrund weggefallen wäre, man sich mit dem diplomatischen Erfolg begnügen solle und im Sinne seines „*Halt in Belgrad*“ Kompromissvorschlages eine Deeskalation mit Russland anstreben solle.¹³⁸ Allerdings war der Einfluss des Kaisers zu diesem Zeitpunkt bereits merklich zurückgegangen, das Telegramm mit seinen diesbezüglichen Anweisungen blieb während dieser kritischen Zeit zwölf Stunden lang im Äußeren Amt liegen, bevor es an Tschirschky in Wien weitergeschickt wurde. Als es dann schließlich abgeschickt wurde

¹³⁵ Grey an Buchanan (Anmerkung: britischer Botschafter in St. Petersburg), Viermächte vorschlag, Brit. Dok. XI. 1, 142-143, abgedruckt in *Hölzle*: Quellen zur Entstehung des Ersten Weltkrieges, S. 387 f.

¹³⁶ Bethmann Hollweg an Lichnowsky am 27. Juli, Tel. Nr. 179, D. D. 248, abgedruckt in *Geiss*: Juli 1914, Die europäische Krise und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, S. 231 f.

¹³⁷ Im Konzept zu Bethmanns Telegramm an Lichnowsky vom 27. Juli steht sein (wieder gestrichener) Satz: „*Ew. pp. Annahme, dass Lokalisierung [im Sinne der Risikostrategie, Anm.] unmöglich sei, ist noch nicht erwiesen.*“, siehe Bethmann Hollweg an Lichnowsky am 27. Juli, Tel. Nr. 179, D. D. 248, abgedruckt in *Geiss*: Juli 1914, Die europäische Krise und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, S. 231 f.

¹³⁸ Wilhelm II. an Jagow: Nach serbischer Antwort entfällt Kriegsgrund. Faustpfand Belgrad. DD II. 16-17, abgedruckt in *Hölzle*: Quellen zur Entstehung des Ersten Weltkrieges, S. 420 f.

passierte dies in einer von Jagow (der immer noch der Risikostrategie anhing) stark verzerrten Form, die ursprünglichen Äußerungen von Wilhelm II., dass der Krieg nun mehr hinfällig geworden sei wurden gleich gar nicht mehr weitergegeben.¹³⁹ Man wollte den Krieg so schnell wie möglich durchziehen, noch bevor Russland endgültig Mobil machen würde. Der Kaiser wurde dadurch zunehmend entmachtet, wenn nicht offiziell dann doch schlicht durch die eingeschränkten Kommunikationsmöglichkeiten, bis er, der noch bis 1908 selbstherrlich autokratisch in Form des Persönlichen Regiments herrschen wollte, schließlich im Verlauf des Ersten Weltkrieges dann endgültig zu einem reinen Schattenkaiser mutierte.¹⁴⁰ Damit verliefen jedoch auch die kaiserlichen Friedensbemühungen im Sand, und als Russland die Generalmobilmachung einleitete war, musste Wilhelm II: auf Grund der rigiden Kriegspläne der deutschen Mobilmachung und damit dem Ausbruch des großen europäischen Krieges zustimmen.¹⁴¹

Zuvor kam es jedoch noch zur großen Ernüchterung unter den Anhängern der Risikostrategie, welche durch die tatsächliche russische Reaktion nun mit eben jenem großen Krieg konfrontiert waren, denn sie eigentlich vermeiden wollten. Hatte man Tage, ja Stunden zuvor noch jede internationale Vermittlungsaktion in Richtung Wien abgewimmelt und zum serbischen Krieg gedrängt, so versuchte man nun ebenso vehement oder besser gesagt verzweifelt, Österreich zurückzuhalten oder zumindest zu Verhandlungen mit dem bis dahin diplomatisch ignorierten Russland zu überreden. Mittlerweile war bereits auch wieder ein Großteil der Generäle und Anhänger der Imperiumsfraktion aus dem Urlaub zurückgekehrt, welche die russischen militärischen Vorbereitungen zum Anlass nahmen, die deutsche Mobilmachung (die auf Grund der Aufmarschpläne de facto den Krieg bedeutete) immer heftiger zu fordern. Am deutlichsten werden diese beiden Umstände durch die beiden, kurz hintereinander abgeschickten, so genannten „Weltbrandtelegramme“ von Bethmann Hollweg,

¹³⁹ Vgl. Palmer, Alan: Kaiser Wilhelm II., Glanz und Ende der preußischen Dynastie, Wien 1992, S. 223.

¹⁴⁰ Vgl. diesbezüglich Afflerbach, Holger: Wilhelm II as supreme warlord in the First World War sowie Hull, Isabel V.: Military culture, Wilhelm II, and the end of the monarchy in the First World War, Beiträge in Mombauer, Annika und Deist, Wilhelm: The Kaiser, New Research on Wilhelm II's role in Imperial Germany, Cambridge 2003, S. 195 – 216 sowie S. 235 – 258.

¹⁴¹ Berühmt geworden ist in diesem Zusammenhang sein in der letzten Woche der Julikrise beinahe schon stündlicher Telegrammaustausch mit Zar Nikolaus II. geworden, indem er abwechselnd seinen „Halt in Belgrad“ Vorschlag und wiederholte Bitten auf russische Zurückhaltung vorbrachte. Da er innerhalb der deutschen Führung den Kurs nicht mehr ändern konnte versuchte er auf diesem Weg den Frieden zu erhalten oder zumindest den Beginn des Kriegs möglichst weit hinauszuzögern. Kurzfristig gelang es Wilhelm II. sogar, durch seinen Kontakt mit dem Zaren am 30. Juli die russische Mobilmachung noch einmal für einen Tag aufzuhalten, da Nikolaus jedoch dann von seiner Regierung von der Gefährlichkeit dieser Maßnahme überzeugt und wieder umgestimmt wurde, blieb dieser zunächst überraschende Erfolg von Wilhelm II. nur Episode. Für eine ausführliche (allerdings auch voreingenommene) Abhandlung des damaligen französischen Botschafters in Moskau über die so genannten „Willy – Nicky“ Telegramme siehe *Paleologue*, Maurice: Wilhelm II. und Nikolaus II., Bern 1947, für die Spätphase der Julikrise siehe im Speziellen S. 101 -135

in denen er die Regierung in Wien vor den katastrophalen Folgen eines europäischen Kriegs warnt und schließlich sogar so weit geht, für dessen Vermeidung den Bruch mit dem einzig relevanten Verbündeten, Österreich-Ungarn, in Kauf zu nehmen, ungeachtet der wochenlang zuvor gemachten Zusagen seit der Hoyosmission.¹⁴² Bevor er sich in Wien jedoch damit durchsetzen konnte, empfing er am 30. Juli bereits die Nachricht von der russischen Generalmobilmachung, was in seine Augen jede weitere Friedensvermittlung hinfällig machte.¹⁴³

30. Juli bis 1. August - Der europäische Krieg. Gewollt oder nicht mehr aufzuhalten?

Die nun anbrechenden letzten beiden Tage vor der deutschen Kriegserklärung an Russland treffen nun den Kern der Forschungsfrage bezüglich Risikostrategie oder gewollter europäischer Krieg. Bis zu diesem Zeitpunkt, seit dem Attentat von Sarajewo waren immerhin schon mehr als vier Wochen vergangen, wurde eindeutig vom Großteil der in Berlin anwesenden deutschen Führung die Risikostrategie verfolgt. Nachdem diese auf Lokalisierung abzielende Strategie nach Ausbruch des serbischen Krieges und der russischen (Teil-) Mobilmachung völlig gescheitert war, stellt sich erstens die Frage, warum der europäische Krieg gegen Russland und Frankreich trotzdem eröffnet wurde, und zwar in letzter Entscheidung von den eigentlich jetzt hektisch nach Frieden suchenden, vormaligen Anhängern der Risikostrategie wie Bethmann Hollweg und Wilhelm II.! Wie groß war der Einfluss der Anhänger des „Präventivkrieges“ zur Gründung eines Imperiums während jener zwei Tage bis zur tatsächlichen Kriegserklärung? Da der Krieg wie bereits in der Einleitung erwähnt nur wenige Tage nach Beginn vom zunächst propagierten Verteidigungskrieg in einen imperialen Eroberungskrieg umschlug (unter dem Deckmantel von „ausreichenden Sicherheiten für alle zukünftigen Zeiten vor weiteren Angriffen“ sollten ja bekanntlich enorme Gebiete sowohl in West- als auch in Osteuropa annektiert werden sowie ganz Mitteleuropa in

¹⁴² „Wenn Wien ... jedes Einlenken ... ablehnt, ist es kaum mehr möglich, Russland die Schuld an der ausbrechenden europäischen Konflagration zuzuschreiben. ... [Wenn] Wien alles ablehnt, so dokumentiert Wien, dass es unbedingt einen Krieg will, in den wir hineingezogen sind, während Russland schuldfrei bleibt. Das ergibt für uns der eigenen Nation gegenüber eine ganz unhaltbare Situation. Wir können deshalb nur dringend empfehlen, dass Österreich den Greyschen Vorschlag [= ident mit Wilhelm II. zuvor gemachten Vorschlag von einer Besetzung Belgrads und anschließenden diplomatischen Verhandlungen] annimmt, der seine Position in jeder Beziehung wahrt.“ Bethmann Hollweg an Tschirschky am 30. Juli 1914: Tel. Nr. 200, Dringend!, D. D. 441, abgedruckt in Geiss, Imanuel: Julikrise und Kriegsausbruch, Band II, Hannover 1964, S. 380 f.

¹⁴³ Bethmann Hollweg an Tschirschky am 30. Juli 1914: Konzept, D. D. 451, abgedruckt in Geiss, Imanuel: Julikrise und Kriegsausbruch, Band II, S. 383.

ein deutsches Vasallenverhältnis gedrückt werden), stellt sich zum Schluss dieser Arbeit die Frage, in wie weit jene Kräfte, die solche Kriegsziele Anfang September 1914 verfolgten und ausarbeiteten bereits auch zwischen dem 29. und 31. Juli (dem Tag der deutschen Mobilmachung) maßgeblich Einfluss auf die deutsche Kriegserklärung hatten.

Betrachtet man diese letzten beiden, entscheidenden Tage, fällt zunächst auf, dass der Einfluss der imperialen Fraktion auf den ersten Blick gering erscheint. Mit der zunehmenden Wahrscheinlichkeit für einen europäischen Krieg durch die russische Generalmobilmachung sollte man von einer stärker geführten inneren Richtungsdiskussion ausgehen, welche aber so nicht geführt wurde, zumindest sind keine Aufzeichnungen darüber erhalten. Die letzten beiden Tage sind des Weiteren von den Versuchen des immer noch friedlich eingestellten Teils der deutschen Führung um Kaiser, Reichskanzler und nun (mit starker Verzögerung) auch des Äußere Amtes gekennzeichnet, die deutsche Mobilmachung als Antwort auf die russische möglichst lange hinauszuzögern, um so durch weiteren Druck auf Wien doch noch zu einer für alle Seiten akzeptablen Verhandlungslösung zu kommen, worin man bis zum Schluss durch den britischen Außenminister Grey unterstützt wurde. Hier lässt sich, abgesehen von den vorangegangenen Versuchen Botschafter Tschirschkys, auch erstmals ein relevantes Eingreifen der Imperiumsfraktion innerhalb der deutschen Führung nachweisen, der an einer friedliche Lösung nichts gelegen war, und zu diesem Zweck die Vermittlungsversuche in Wien torpedieren musste. Zur gleichen Zeit, als Bethmann Hollweg Wien dringend zur Annahme der Verhandlungsvorschläge mahnte, verlangte Moltke heimlich als Chef des Generalstabs von Hötzendorf, seinem österreichischen Gegenüber, die sofortige Mobilmachung der gesamten österreichisch-ungarischen Streitkräfte, also nicht nur gegen Serbien sondern auch gegen Russland.¹⁴⁴ Dieses diplomatische Doppelspiel führte schließlich zum berühmten (und wahrscheinlich durchaus berechtigten) Frage des österreichischen Außenministers Berchtold, „Das ist gelungen! Wer regiert: *Moltke oder Bethmann?*“. Dies war umso bedeutender, als Wien bereits auf die Deeskalationsversuche der zivilen deutschen Führung zu reagieren begonnen hatte, nun aber von Moltke wieder umgestimmt und in ihrem harten Kurs bestärkt wurde.¹⁴⁵ Trotz seines geschwundenen

¹⁴⁴ Siehe Unterredung *Berchtold* – Conrad am 31. Juli, Conr. IV, S. 152f., abgedruckt in *Geiss*, Imanuel: Julikrise und Kriegsausbruch, Band II, S. 439 f, sowie *Mombauer*, Annika: Helmuth von Moltke and the origins of the First World War, Cambridge 2003, S. 205 f.

¹⁴⁵ Nach der Verlesung der Telegramme Moltkes wandte sich Graf Berchtold an die beinahe vollständig versammelte österreich-ungarische Regierung, welche sich auf Grund der Friedensbemühungen Bethmann Hollwegs und Wilhelm II. zu einer Besprechung zusammengefunden hatte, uns verkündete. „*Ich habe Sie herbitten lassen, weil ich den Eindruck hatte, dass Deutschland zurückweicht; nun habe ich aber von massgebendster militärischer Seite beruhigendste Erklärung.*“ Hieraufhin wurde, ganz Moltkes Wünschen

Einflusses sowohl in Wien als auch in Berlin wehrte sich Bethmann Hollweg (der gemeinsam mit Wilhelm II. die Autorisierung hierfür freigeben musste) jedoch zunächst hartnäckig, die von Moltke und Falkenhayn am 30. Juli als Antwort auf die russische Generalmobilmachung geforderte deutsche Mobilmachung anzuordnen.

Entscheidend für die deutsche Entscheidung zum Angriffskrieg war während dieser kritischen Zeitperiode wider Erwarten jedoch nicht der direkte Einfluss der militärisch dominierten Imperiumsfraktion, sondern der indirekte, dafür aber bindende Einfluss der Kriegs- und Aufmarschpläne, welche in den Jahren zuvor von Moltke und seinem Generalstab ausgearbeitet worden waren. Bis 1913 gab es wie in anderen Staaten üblich auch in Deutschland mehrere Aufmarschpläne, der jeweilige Situation angepasst, so etwa auch einen Aufmarschplan nur gegen Russland. Da sich die internationale Situation jedoch immer mehr verschärft hatte, wurden diese Pläne eineinhalb Jahre vor der Julikrise verworfen, und lediglich der so genannte Schlieffen-Moltke Plan weiterverfolgt. Dieser sah für den Fall eines großen europäischen Zweifrontenkriegs einen raschen Vernichtungsfeldzug gegen Frankreich vor, der beendet sein sollte noch ehe die als langsam eingeschätzte russische Mobilmachung abgeschlossen war, und galt innerhalb der Imperiumsfraktion der deutschen Führung quasi als Wundermittel, dass man für den Sieg nur endlich anwenden müsste. Für die Kriegsentscheidung maßgeblich war nun, dass der Generalstab die Pläne völlig unabhängig von der zivilen Regierung, in letzter Instanz nur dem Kaiser unterstellt, ausgearbeitete hatte und dabei auf höchste Geheimhaltung bedacht genommen hatte. Zwar war der Plan in groben Zügen Bethmann Hollweg und Wilhelm II. bekannt, nachdem jedoch in Berlin bekannt geworden war, dass die russischen Militär Vorbereitungen schon seit dem 26. Juli angelaufen waren und man damit bereits mehrere Tage mit dem Moltke-Schlieffen Plan, den einzigen den man im Ernstfall hatte, in Rückstand geraten war, schien die Zeit für Verhandlungen immer knapper zu werden. Dies reduzierte sich nochmals drastisch, von Tagen und Wochen auf bloße Stunden, als der bisher vor der zivilen Führung geheim gehaltene Überraschungsangriff auf die belgische Festung Lüttich als Grundvoraussetzung für das Funktionieren des Planes bekannt wurde. Auf Grund des notwendigen Überraschungseffektes musste der Überfall auf die Festung laut Moltke nämlich bereits wenige Tage nach Beginn der russischen Mobilmachung erfolgen. Andernfalls würde der Einmarsch in Belgien und anschließend Frankreich im Kriegsfall nicht schnell genug vorangehen, da die französische

entsprechend, bei Kaiser Franz Josef um die Genehmigung für die allgemeine Mobilisierung angesucht. Siehe Unterredung *Berchtold – Conrad* am 31. Juli, *Conr. IV*, S. 152f., abgedruckt in *Geiss*, Imanuel: Julikrise und Kriegsausbruch, Band II, S. 439 f,

Armee zahlenmäßig ja mit der deutschen fast gleichwertig war. Der Moltke-Schlieffen Plan setzte alles auf die angenommene Überlegenheit der deutschen militärischen Führung und der Schnelligkeit des Vormarsches in Form einer gigantischen Umfangsschlacht, jede Verzögerung musst daher gravierende Nachteile mit sich bringen.

Als daher am 30. Juli in St. Petersburg schließlich die endgültige Entscheidung für die (kurz zuvor bereits einmal kurz unterbrochene) Generalmobilmachung getroffen wurde, setzen Generalstab und Kriegsministerium die Regierung unter Berufung auf den Kriegsplan unter Druck und verlangten bis 31. Juli, 12 Uhr Mittags eine Entscheidung bezüglich der deutschen Mobilmachung.¹⁴⁶ Zumindest innerhalb der imperial eingestellten Militärkreise war man sich bewusst, dass in Deutschland auf Grund des Moltke-Schlieffen Planes Mobilmachung innerhalb kürzester Zeit den europäischen Krieg bedeutete, der dann nach auch relativ bald nach Ablauf dieser Frist zunächst dem russischen Imperium erklärt wurde, am Abend des 1. August. Die Julikrise wurde somit durch den Beginn des europäischen Kriegs beendet, welcher vier Jahre lang andauern sollte und so gut wie jedes Land in Mittel- und Osteuropa ins Chaos stürzen sollte.

¹⁴⁶ „Am 30. Juli fanden ‚endlose Verhandlungen‘ statt. Falkenhayn ist der Meinung, dass die eingeleiteten ‚Demarchen‘ ergebnislos verlaufen würden und die Berater des Reichskanzlers vergeblich auf ein Wunder rechneten; er bezeichnet unsere Abhängigkeit von den Beschlüssen Russlands, über dessen Massnahmen die Nachrichten sehr dürftig wären, und Österreichs als unerträglich. Schliesslich setzten Falkenhayn und Moltke es nach 21 Uhr durch, dass spätestens am nächsten Mittage eine Entscheidung über die Erklärung der ‚drohenden Kriegsgefahr‘ [die unmittelbare Vorstufe zur deutschen Mobilmachung, Anmerkung] ergehen müsse. An diesem Tage hat sich Moltke entschiedener für den Krieg ausgesprochen, so dass Falkenhayn der Stimmungswechsel aufgefallen ist.“ Unterredung Falkenhayn – Moltke – Bethmann Hollweg am 30. Juli, abgedruckt in Geiss, Imanuel: Julikrise und Kriegsausbruch, Band II, S. 386.

Quantifizierung, Ausblick und Schlussbemerkung

Nachdem im Laufe dieser Arbeit die Machstrukturen der deutschen Führung, die von hegemonialen Aspirationen bestimmte politische Vorgeschichte und nun der Ablauf der Julikrise selbst betrachtet wurden, bleibt abschließend noch die Beantwortung der Forschungsfrage, welche in Form einer Quantifizierung zu geben ist. Welcher Anteil, welche Gruppe hat nun zusammenfassend innerhalb der deutschen Führung überwogen? Lässt sich bestimmen, ob die Kriegsentscheidung letztlich mehrheitlich durch den Willen zu einem deutschen Imperium oder als Verteidigungsreaktion in Folge der fehlgeschlagenen Risikostrategie getroffen wurde?

Während der Julikrise waren bis kurz vor Kriegsbeginn die Anhänger der Risikostrategie eindeutig dominierend, während sie nach deren Versagen von den Anhängern eines imperialen Angriffskriegs (propagandistisch zunächst als „Präventivkrieg“ verklausuliert) bis zu einem gewissen Maß an den Rand gedrängt und ausgespielt wurden. Für die Beantwortung der Forschungsfrage gilt es diesbezüglich daher, zwei Teilfragen kurz näher zu betrachten.

Erstens, war der imperiale „Präventivkrieg“ von langer Hand geplant, und das Attentat von Sarajewo lediglich ein passender Auslöser? Diese Theorie wurde (und wird) im Rahmen der Kriegsschulddiskussion und hier vor allem von der Hamburgerschule vertreten, die spätestens mit dem kaiserlichen „Kriegsrat“ von 1912 den Beginn dieser Verschwörung annimmt.¹⁴⁷

Und in der Einleitung zu dieser Arbeit wurde ja auch bereits gezeigt, dass bereits wenige Wochen nach Ausbruch des Weltkrieges, als alles auf einen deutschen Sieg gegen die Entente hindeutete, seitens der deutschen Regierung Kriegsziele aufgestellt wurden, welche unter dem Deckmantel von „zukünftigen Sicherheiten“ auf die Gründung eines machtpolitisch gewaltigen deutschen Imperiums im Sinne der Münklerschen Imperiumstheorie hinausliefen, mit Westeuropa als Bund von Vasallenstaaten, Mitteleuropa als Teil eines vergrößerten Deutschlands und fast der gesamte europäische Teil des zerschlagenen russischen Imperiums

¹⁴⁷ Vgl. hierzu Fritz Fischers methodisch bis heute herausragendes Zweitwerk „*Krieg der Illusionen*“, in dem sich der Begründer der Hamburger Schule auf über 800 Seiten ausschließlich mit diesem Thema beschäftigt, anschließend an sein Werk „Griff nach der Weltmacht“, indem er sich zuvor ebenso ausführlich mit den (auf die Gründung eines Imperiums hinauslaufenden) Kriegszielen der deutschen Führung nach Beginn des Ersten Weltkrieges beschäftigte. Fischer, Fritz: *Krieg der Illusionen, die deutsche Politik von 1911 bis 1914*, Düsseldorf 1969 sowie Fischer, Fritz: *Griff nach der Weltmacht, die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-18*, 3. und verbesserte Auflage Düsseldorf 1964.

bis zum Kaukasus hin als deutsche politische und wirtschaftlich Einflusszone. Gegen diese These sprechen jedoch einige wichtige Gründe. So lassen sich bis zur Julikrise, abgesehen von der Heeresreform von 1913, kaum Hinweise auf eine gezielte Planung bezüglich eines großen europäischen Krieges finden. Weder wurden rechtzeitig Getreide und Munition auf Vorrat eingekauft, noch nach militärisch potenten Bündnispartnern gesucht, zumindest nicht über das übliche Maß hinaus. Setzt man des Weiteren als gegeben voraus, dass die Anhänger des „Präventivkrieges“ keine Kenntnis von dem bevorstehenden Attentat auf den österreichischen Thronfolger hatten, so fehlte ihnen schlicht ein zuverlässiger Casus Belli, der aber in Zeiten des Volkskrieges, bei dem es als oberste Priorität galt die jeweils andere Seite als den Aggressor darzustellen, unbedingt notwendig war. Ein weiterer und wahrscheinlich entscheidender Punkt der gegen einen geplanten Krieg spricht, ist die Tatsache, dass es mit Österreich anscheinend keinerlei Absprachen über einen etwaigen Krieg und über die Kriegsziele gab, weder vor noch während der Julikrise, ja nicht einmal in den ersten Wochen und Monaten nach Kriegsbeginn. Ein von langer Hand geplanter Krieg würde aber doch wohl als Mindestanforderung voraussetzen, dass man sich diesbezüglich mit dem einzig verbleibenden, und für die Führung des Krieges absolut notwendigen, Bündnispartner abspricht. In Wirklichkeit gab es jedoch keinerlei Koordination zwischen den beiden Großmächten, nicht einmal über die groben Umrisse des Moltke-Schlieffenplans hatte man den Generalstab der Donaumonarchie informiert.¹⁴⁸ Während Österreich davon ausging, Deutschland würde es gegen Russland verteidigen solange es gegen Serbien kämpfte, baute der deutsche Kriegsplan gerade darauf auf, praktisch die gesamte Verteidigung der Ostfront den Österreichern zu überlassen, während man sich selbst auf Frankreich stürzen wollte. Auf Grund dieser mangelnden Absprache kam es auch zu der paradoxen Situation, dass Österreich (als eigentlicher Auslöser durch seinen Krieg mit Serbien) erst eine Woche später den Krieg gegen Russland erklärte als Deutschland, und auch dann nur unter heftigstem Druck des Bündnispartners.¹⁴⁹ Ein Täuschungs- oder Verschleierungsmanöver scheidet als Option

¹⁴⁸ Für eine ausführliche Abhandlung über die praktisch nicht vorhandene militärische Absprache zwischen Berlin und Wien während der fraglichen Zeit siehe *Kronenbitter*, Günther: Bundesgenossen? Zur militärischen Kooperation zwischen Berlin und Wien 1912 bis 1914, Beitrag in *Bernecker*, Walther L. (Hrg.) und *Dotterweich*, Volker (Hrg.): Deutschland in den internationalen Beziehungen des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1996, S. 143 – 168.

¹⁴⁹ Der Chef des österreichischen Generalstabes Conrad Hötzendorf: *„Wie erinnerlich, hatte ich auf das ... am 30. Juli eingelangte Telegramm aus Berlin geantwortet: ‚Wir werden Russen nicht Krieg erklären und Krieg nicht beginnen.‘ Als Erwiderung erhielt ich am 31. Juli um 7 Uhr 15 nachmittags nachstehendes, mich völlig befremdendes Telegramm des Generals v. Moltke: ‚Will Österreich Deutschland im Stiche lassen?‘ Ich diktierte folgende Antwort: ‚...[Wir haben] aus den Verhandlungen mit England eher auf Absicht Deutschlands geschlossen ..., den Konflikt friedlich beizulegen. Wir waren zum Krieg gegen Serbien gezwungen, Russland hat mobilisiert; bei uns steht bis heute nicht fest, ob Russland nur droht, daher durften wir uns vom Vorgehen gegen Serbien nicht abdrängen lassen. Eine ganz andere Situation tritt ein, wenn uns Deutschland*

hierbei aus, da die mangelnde vorherige Absprache zu großen militärischen Nachteilen für die Mittelmächte führte, da Österreich zunächst seine Truppen gegen Serbien konzentriert hatte und erst nach bekannt werden der deutschen Angriffspläne seine Truppen an die galizische Ostfront verschicken musste, was letztlich nicht unwesentlich zum Desaster in der Karpatenschlacht beigetragen haben dürfte, wodurch das österreichische Heer schließlich einen Großteil seiner Schlagkraft einbüßte, während die nun entblößte serbische Südfront weiter Truppen band. Des Weiteren wurde es verabsäumt, dem unsicheren italienischen Bündnispartner rechtzeitig territoriale Kompensationen anzubieten, so dass dieser zunächst neutral blieb, später sogar gegen die Mittelmächte militärisch vorging, was man durch eine Absprache mit den Österreichern durchaus verhindern hätte können. Von einer langfristige Planung eines „Präventivkrieges“ zur Gründung eines Imperiums kann also unter Einbeziehung dieser Punkte nicht, oder nur unter Annahme größter Inkompetenz der beteiligten Persönlichkeiten, ausgegangen werden.

Zweitens, wurde die Julikrise spontan genutzt, um durch Beiseitedrängung der innerdeutschen Opposition doch noch den, für die Gründung eines Imperiums notwendigen, europäischen Krieg vom Zaun zu brechen? Diese Frage lässt sich nicht so eindeutig beantworten wie die erste. Immerhin wurde die zivile Führung unter Bethmann Hollweg und Wilhelm II. in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch teilweise signifikant hintergangen, so dass letztlich ja auch der erwünschte Krieg ausbrach. Allerdings sprechen auch hier wieder einige Wesentliche Punkte gegen eine Dominanz der Imperiumsfraktion. Wie bereits erwähnt war der Großteil ihrer Anhängerschaft vom Tag des Attentats bis ein paar Tage vor Beginn des Krieges auf Urlaub oder Kuraufenthalt. Wäre die verfehlte Risikostrategie als Chance für den „Präventivkrieg“ gesehen worden, wären wohl einige Proponenten wie Moltke oder Waldersee etwas früher wieder nach Berlin gekommen, um Einfluss auszuüben, anstatt sich auf die Inkompetenz Bethmann-Hollwegs und des Äußeren Amtes zu verlassen, vor allem da sich eine so günstige Gelegenheit wohl so bald nicht wieder ergeben hätte. Auch wurde zwar, wie erwähnt, hinter dem Rücken der Zivilregierung beim österreichischen Bündnispartner intrigiert, die Entscheidungshierarchie (Reichskanzler und Kaiser müssen Mobilmachung beschließen und Kriegserklärung unterzeichnen) wurde jedoch bis in den Krieg hinein stets gewahrt, es fand also kein Putsch oder ähnliches der Imperiumsfraktion statt, wohl auch im Vertrauen darauf, dass nach dem Scheitern der Risikostrategie und der

erklärt, dass es den Krieg gleich führen will. Bitte um diesfällige Eröffnung.“ Conrad and Moltke am 31. Juli 1914, Conrad IV, S. 155, abgedruckt in *Geiss*, Imanuel: Julikrise und Kriegsausbruch, Band II, S. 451 f.

Lokalisierungsversuche der europäische Krieg so oder so kommen würde.¹⁵⁰ Als letzter und wichtigster Punkt bleibt hier noch einmal das, bereits im Kapitel Machtstrukturen behandelte, Intermezzo bezüglich der britisch-französischen Neutralität zu erwähnen. Für die Führung des Krieges als imperialen Angriffskrieg war es auf Grund der ausufernden Ziele praktisch unerlässlich neben Russland auch gleich dessen Verbündeten Frankreich anzugreifen, nur durch die Niederrichtung beider Gegner war das gewünschte Imperium doch noch zu errichten. In jener Krisensitzung vom 1. August 1914, bei der es kurzfristig den Anschein hatte, also ob Großbritannien und Frankreich neutral bleiben könnten, zeigte sich jedoch, dass Kaiser und Reichskanzler immer noch nicht für den Angriffskrieg gewonnen waren, und dass dessen Proponenten wie Moltke und Falkenhayn sich ihnen gegenüber zumindest zu diesem Zeitpunkt noch nicht durchsetzen konnten. Moltke versuchte zwar noch, durch Hinweise auf die Unmöglichkeit eines Abbruchs des Aufmarsches an der Westfront, sowie die nicht vorhandene Alternative zum Moltke-Schlieffenplan, das befürchtete „*abschnappen*“ Frankreichs aus dem Kreis deutscher Eroberungsziele zu verhindern, musste sich nach einer emotionell geführten Debatte aber schließlich dem Willen des Kaisers als obersten Kriegsherren beugen. Der Einmarsch in Luxemburg und Frankreich wurde kurzfristig abgeblasen, und Moltke konnte dem Kaiser nur noch trotzig erwidern, dass dieser als Folge dann eben kein Heer mehr, sondern einen „*wüsten Haufen ungeordneter Menschen ohne Verpflegung*“ zur Verfügung haben werde.¹⁵¹ Die Nachricht über die französisch-britische Neutralität stellte sich zwar wie gesagt bald als falsch heraus, sodass der europäische Krieg trotzdem von statten ging, nun auch mit teilweiser Unterstützung des desillusionierten Kaisers. Allerdings zeigt diese Episode deutlich auf, dass noch auf dem Höhepunkt der Julikrise die Anhänger der (mittlerweile bereits fehlgeschlagenen) Risikostrategie die Entscheidungsgewalt in der Hand hielten, und sie bei direktem Kontakt im Zweifel auch einsetzten, während die Anhänger eines imperialen „Angriffskriegs“ sich lediglich auf Widerspruch und Intrige beschränkten, für eine offenen Auseinandersetzung mit Reichskanzler und Kaiser jedoch noch nicht mächtig genug gewesen sind.

¹⁵⁰ Womit man auch Recht behalten sollte. Bethmann Hollweg skizzierte dem deutschen Botschafter in Paris kurz vor Beginn des Kriegs die Unvermeidlichkeit der Abläufe: „*Russland hat trotz unserer noch schwebenden Vermittlungsaktion und obwohl wir selbst keinerlei Mobilmachungsmassnahmen getroffen hatten, Mobilmachung seiner gesamten Flotte, also auch gegen uns verfügt. Wir haben darauf drohenden Kriegszustand erklärt, dem Mobilmachung folgen muss, falls nicht Russland binnen zwölf Stunden alle Kriegsmassnahmen gegen uns und Österreich einstellt. Die Mobilmachung bedeutet unvermeidlich Krieg.*“ Bethmann Hollweg an Botschafter Schoen am 31. Juli 1914, Tel. Nr. 180 Dringend!, D. D. 491, abgedruckt in *Geiss*: Juli 1914, Die europäische Krise und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, S. 331 f.

¹⁵¹ Aufzeichnungen der verschiedenen Teilnehmer über die Besprechung bei Wilhelm II., abgedruckt in: *Geiss*: Julikrise und Kriegsausbruch 1914, Band II, S. 555 – 563.

Abschließend bleibt zu sagen, dass auf Grund der beiden eben beantworteten Teilfragen bezüglich einer Quantifizierung während der Julikrise der Anteil der Anhänger der ursächlich defensiv eingestellten Risikostrategie überwogen hat, die Forschungsfrage also dahingehend zu beantworten ist. Zwar haben Einzelpersonen wie etwa Botschafter Tschirschky den Lauf der Julikrise maßgeblich in Richtung imperialer „Präventivkrieg“ mitbestimmt. Im Sinne der in der Einleitung dargelegten Münklerschen Imperiumstheorie, aus der die Fragestellung ursprünglich erwachsen ist, würde Tschirschky aber kein Mitglied der engeren Führungsschicht darstellen, sondern, um es mit Münkler zu sagen, das beinahe durch den Ersten Weltkrieg verwirklichte deutsche Imperium *„verdankt seine [potentielle] Existenz einem Gemisch von Zufällen und Einzelentscheidungen, die oftmals auch noch von Personen getroffen wurden, welche dafür politisch gar nicht legitimiert waren. So gesehen ist [es beinahe] ‚in a fit of absence of mind‘ entstanden.“*¹⁵²

Eine „*grand strategy*“ lässt sich während der Julikrise also nicht nachweisen, respektive konnten sich ihre Anhänger nicht entscheidend durchsetzen, die imperiale Zielsetzung als Kriegsmotivation ist daher erst in den Wochen nach Kriegsausbruch bestimmend geworden. Interpretiert man Österreich – Ungarn und die Balkanhalbinsel des Weiteren als Peripherie des deutschen Einflussbereiches, so wäre der deutsche Imperiumsgründungsversuch letztlich durch deren Sogwirkung entstanden oder zumindest ausgelöst worden, begünstigt durch Entscheidungen von politisch eigentlich hierfür gar nicht legitimierten Einzelpersonen wie Botschafter Tschirschky. Somit kann man abschließend sagen, dass die Münklersche Imperiumstheorie in diesem Punkt Recht behalten hat, zumindest was das deutsche Kaiserreich als gescheitertes Imperium betrifft.

¹⁵² Münkler, Herfried: Imperien, Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin 2005, S. 21.

Bibliographie

Afflerbach, Holger: Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr im Ersten Weltkrieg, Quellen aus der militärischen Umgebung des Kaisers 1914 - 1918, München 2005.

Bach, August: Deutsche Gesandtschaftsberichte zum Kriegsausbruch 1914, Berichte und Telegramme der badischen, sächsischen und württembergischen Gesandtschaften in Berlin aus dem Juli und August 1914, Berlin 1937.

Bauer, Maria C.: Die britische Sudanpolitik zur Zeit der Fashodakrise, Wien 1973 (Hausarbeit).

Berghahn, Volker: Das Kaiserreich 1871-1914, Industriegesellschaft, bürgerliche Kultur und autoritärer Staat, Handbuch der deutschen Geschichte Band 16, Stuttgart 2003 (Zehnte, völlig neu bearbeitete Auflage).

Bernecker, Walther L. (gemeinsame Edition mit *Dotterweich*, Volker): Deutschland in den internationalen Beziehungen des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1996.

Boemeke, Manfred F.: The Treaty of Versailles, A Reassessment after 75 years, Washington DC 1998.

Boldt, Hans: Deutsche Verfassungsgeschichte, Band 2, Von 1806 bis zur Gegenwart, München 1993.

Born, Karl Erich: Von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg (Handbuch der deutschen Geschichte 16), München 1988.

Bülow, B.W.v.: Die Grundlinien der diplomatischen Verhandlungen bei Kriegsausbruch, Charlottenburg 1920.

Bülow, Bernhard Fürst von (Hrsg. von *Stockhammern*, Franz): Denkwürdigkeiten Bd.2, Von der Marokko-Krise bis zum Abschied, Berlin 1930.

Canis, Konrad: Von Bismarck zur Weltpolitik, Deutsche Außenpolitik 1890 bis 1902, Berlin 1997.

Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht, Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Nachdruck der Ausgabe 1967, Düsseldorf 2004.

Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht, die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-18, 3. und verbesserte Auflage Düsseldorf 1964.

Fischer, Fritz: Juli 1914, Wir sind nicht hineingeschlittert, Das Staatsgeheimnis um die Riezler- Tagebücher, Eine Streitschrift, Hamburg 1983.

Fischer, Fritz: Krieg der Illusionen, Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf 1969.

Fröhlich, Michael: Imperialismus, Deutsche Kolonial- und Weltpolitik, 1880-1914, München 1994.

Geiss, Imanuel: Der lange Weg in die Katastrophe, die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs, 1815 - 1914, München 1990.

Geiss, Imanuel: Die deutsche Frage 1806 - 1990, Wien 1992.

Geiss, Imanuel: German Foreign Policy, 1871-1914 (Foreign Policies of the Great Powers Volume IX), Neudruck London 2002.

Geiss, Imanuel: Juli 1914, Die europäische Krise und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, DTV Dokumente, München 1965.

Geiss, Imanuel: Julikrise und Kriegsausbruch 1914, Eine Dokumentensammlung, Band I, Hannover 1963.

Geiss, Imanuel: Julikrise und Kriegsausbruch 1914, eine Dokumentensammlung, Band II, Hannover 1964.

George, David Lloyd: War memoirs, Vol. 1, London 1933.

Hamann, Brigitte: Der Erste Weltkrieg, Wahrheit und Lüge in Bildern und Texten, München 2004.

Hertz-Eichenrode, Dieter: Deutsche Geschichte 1871 – 1890, Das Kaiserreich in der Ära Bismarck, Stuttgart 1992.

Hillgruber, Andreas, Dülffer, Jost (Hg.): PLOETZ, Geschichte der Weltkriege, Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945, Freiburg 2005?.

Hillgruber, Andreas: Die gescheiterte Großmacht, Eine Skizze des Deutschen Reiches 1871-1945, Düsseldorf 1980.

Hollweg Bethmann, Th. von: Betrachtungen zum Weltkriege, 1. Teil - Vor dem Kriege, Berlin 1919.

Hölzle, Erwin: Quellen zur Entstehung des Ersten Weltkrieges, Internationale Dokumente 1901-1914, Darmstadt 1995.

Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Band III, Bismarck und das Reich, dritte wesentlich überarbeitete Auflage, Stuttgart 1988.

Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Band IV, Struktur und Krisen des Kaiserreichs, Stuttgart 1969.

Huber, Ernst Rudolf: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Band 2, Deutsche Verfassungsdokumente 1851-1900, Stuttgart 1986.

Jagow, Gottlieb von: England und der Kriegsausbruch, eine Auseinandersetzung mit Lord Grey, Berlin 1925.

Krumeich, Gerd in Zusammenarbeit mit *Fehle*, Silke: Versailles 1919 : Ziele - Wirkung - Wahrnehmung, Essen 2001.

Kruse, Wolfgang: Eine Welt von Feinden, Der Große Krieg 1914-1918, Frankfurt am Main 1997.

Langdon, John W.: July 1914, The Long Debate 1918 - 1990, New York 1991.

Laqueur, Walter und *Mosse*, George L.: Kriegsausbruch 1914, Deutsche Buchausgabe des „Journal of Contemporary History“, München 1967.

McDonough, Frank: The origins of the First and Second World Wars, Cambridge 1997, S. 25.

Meyer-Arndt, Lüder: Die Julikrise 1914, wie Deutschland in den Ersten Weltkrieg stolperte, mit einem Geleitwort von Imanuel Geiss, Köln 2006.

Michalka, W., Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München 1994.

Mombauer, Annika (gemeinsame Ed. mit *Deist*, Wilhelm): The Kaiser, New Research on Wilhem II's role in Imperial Germany, Cambridge 2003.

Mombauer, Annika: Helmuth von Moltke and the origins of the First World War, Cambridge 2003.

Mombauer, Annika: The origins of the First World War, controversies and consensus, Harlow 2002.

Mommsen, Wolfgang J.: War der Kaiser an allem schuld? Wilhelm II. und die preußisch-deutschen Machteliten, München 2002.

Münkler, Herfried: Imperien, Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin 2005.

Neitzel, Sönke: Weltmacht oder Untergang, die Weltreichslehre im Zeitalter des Imperialismus, Paderborn 2000.

Paleologue, Maurice: Wilhelm II. und Nikolaus II., Bern 1947.

Palmer, Alan: Kaiser Wilhelm II., Glanz und Ende der preußischen Dynastie, Wien 1982.

Plehn, Hans: Deutsche Weltpolitik und kein Krieg, Berlin 1913.

Rall, Hans: Wilhelm II., Eine Biographie, Graz 1995.

Röhl, John C. G.: Kaiser, Hof und Staat, Wilhelm II. und die deutsche Politik, Vierte und erweiterte Auflage München 1995.

Röhl, John C.G.: Wilhelm II., Der Aufbau der Persönlichen Monarchie 1888-1900, München 2001.

Schieder, Theodor: Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich, München 1975.

Schlarp, Karl-Heinz: Ursachen und Entstehung des Ersten Weltkrieges im Lichte der sowjetischen Geschichtsschreibung, Hamburg 1971.

Schröder, Stephen: Die englisch-russische Marinekonvention, Das Deutsche Reich und die Flottenverhandlungen der Tripelentente am Vorabend des Ersten Weltkriegs, Göttingen 2006.

Schulte, Bernd F.: Vor dem Kriegsausbruch 1914, Deutschland, die Türkei und der Balkan, Düsseldorf 1980.

Schwabe, Klaus: Quellen zum Friedensschluss von Versailles, Darmstadt 1997.

Stevenson, David: Armaments and the coming of war, Europa 1904-1914, Oxford 1996.

Stürmer, Michael: Die Reichsgründung, Deutscher Nationalstaat und europäisches Gleichgewicht im Zeitalter Bismarcks, Deutsche Geschichte der neuesten Zeit 4, München 1984.

Weitowitz, Rolf: Deutsche Politik und Handelspolitik unter Reichskanzler Leo von Caprivi 1890-1894, Düsseldorf 1978.

Wernecke, Klaus: Der Wille zur Weltgeltung, Außenpolitik und Öffentlichkeit im Kaiserreich am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Düsseldorf 1970.

Williamson, Samuel R. Jr.: The origins of a tragedy, St. Louis 1981.

Winzen, Peter: Bernhard Fürst von Bülow, Weltmachtstrategie ohne Fortune, Wegbereiter der großen Katastrophe, Göttingen 2003.

Wollstein, Günter: Theobald von Bethmann Hollweg, Letzter Erbe Bismarcks, erstes Opfer der Dolchstoßlegende, Göttingen 1995.

Anhang A - Abstract

Das Verhalten der deutschen Führung in der Julikrise 1914 - Risikostrategie oder gewollter Krieg in Europa?

Die vorliegende Diplomarbeit betrachtet die Julikrise 1914 unter dem Blickwinkel der Münklerschen Imperiumstheorie. In der Einleitung wird ein Überblick über diese Theorie gegeben, um dann anschließend die dortige Imperiumsdefinition auf das Deutsche Kaiserreich anzuwenden. Hierbei stellt sich heraus, dass das Kaiserreich von 1871 – 1890 nur als Großmacht, von 1890 – 1914 lediglich als Hegemonialaspirant im Sinne der Münklerschen Imperiumstheorie gelten kann. Allerdings werden bereits wenige Wochen nach Ausbruch des ersten Weltkrieges in Form des Septemberprogramms der Regierung Bethmann Hollweg stark ausgeweitete, imperiale Zielsetzungen verfolgt, welche dann im Frieden von Brest Litowsk 1917 im Osten (zumindest kurzfristig) auch verwirklicht wurden. Es wird daher der Frage nachgegangen, ob die Julikrise von 1914 tatsächlich, durch das Scheitern der defensiven Risikostrategie, einen solch abrupten Wendepunkt bezüglich der deutschen imperialen Absichten hervorgerufen hat, oder ob es sich um eine bereits länger geplante Strategieänderung handelte, welche durch die Provozierung eines großen europäischen Krieges mit Gewalt umgesetzt werden sollte. Da ein Großteil der diesbezüglichen Literatur unter dem moralisierenden Blickpunkt der Kriegsschuldfrage abgefasst ist, erfolgt nach der Einleitung zunächst eine ausführliche Betrachtung der daraus resultierenden Quellenproblematik. Anschließend wird eine Definition der „deutschen Führung“ geliefert, sowie im Kapitel Machtstrukturen die innere Machtverteilung des Kaiserreiches skizziert. Aufbauend darauf wird im dreigeteilten Kapitel Imperiumsaspirationen die diesbezügliche Entwicklung des Kaiserreichs und der deutschen Führung betrachtet. Während unter Reichskanzler Bismarck die Beschränkung auf den Großmachtstatus vorherrscht, strebt die deutsche Führung während der Zeit des Persönlichen Regimentes Wilhelms II. eine Hegemonialstellung an. Die dazu unternommenen Versuche scheitern jedoch, sodass man sich 1908 in der selbstverschuldeten internationalen Isolation befindet und unter der neu eingesetzten Regierung Bethmann Hollweg versucht, den Status Quo zu bewahren. Nach den Niederlagen der deutschen Verbündeten in den beiden Balkankriegen von 1912 und 1913 wird als einziges Mittel hierzu immer mehr die Risikostrategie angesehen, welche durch überfallsartige diplomatische Aktionen und anschließende Kriegsdrohung lokal begrenzte Erfolge erzielen soll. Im anschließenden Kapitel zur Julikrise selbst stellt sich durch

Betrachtung der Abläufe heraus, dass die Risikostrategie von ihren Anhängern bis zu ihrem offensichtlichen Scheitern durchgehalten wurde. Die ebenfalls vorhandene Gruppe der Befürworter eines Krieges zur Imperiumsgründung konnten sich nicht durchsetzen. Erst als es durch das Versagen der Risikostrategie keine Alternative mehr gab entschloss man sich zum Krieg, wobei hierbei relevant ist, dass noch bei Kriegsbeginn die Anhänger der defensiven Risikostrategie die Macht innehatten, und den europäischen Krieg nach Möglichkeit verhindern respektive nur auf Russland begrenzen wollten. Im Sinne der Münklerschen Imperiumstheorie ist das beinahe durch den Ersten Weltkrieg verwirklichte deutsche Imperium daher nicht durch die Entscheidung einer kleinen Gruppe von Machthabern im Zentrum, sondern durch die Sogwirkung der Peripherie auf der Balkanhalbinsel sowie durch Einflussnahme einzelner, hierfür politisch gar nicht befugter Randpersonen entstanden, sodass die Münklersche Imperiumstheorie zumindest in diesem Punkt, bezogen auf das Deutsche Kaiserreich, bestätigt werden kann.

Anhang B - Lebenslauf

Persönliche Daten

Vollständiger Name: Michael Martin Müller
Geburtsdatum: 14. Mai 1981
Geburtsort: Scheibbs, Niederösterreich
Familienstand: Ledig
Hauptwohnsitz: Maisweg 1, 3180 Lilienfeld
Telefonnummer: 02762/54421
Email Adresse: michael20_at@gmx.at



Schulbildung

1987 – 1991 Volksschule in Lilienfeld
1991 – 1999 Gymnasium in Lilienfeld

Hochschulbildung

10/1999 – 02/2000 Informatik an der TU Wien
03/2000 – 06/2000 LA Geschichte und Sozialkunde und LA Philosophie,
Pädagogik, Psychologie
seit 10/2001 LA Geschichte und Sozialkunde und UF Informatik und
Informatikmanagement

Sonstiges

06/2000 – 09/2001 Ableistung des Zivildienstes